



Barbara Witte, Gerhard Syben

# Erosion von Öffentlichkeit

Freie Journalist\*innen in der Corona-Pandemie

OBS-Arbeitsheft 109  
ISSN-Print: 1863-6934  
ISSN-Online: 2365-2314

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung  
Jupp Legrand  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79  
D-60329 Frankfurt am Main  
Tel.: 069-6693-2810  
Fax: 069-6693-2786  
E-Mail: [info@otto-brenner-stiftung.de](mailto:info@otto-brenner-stiftung.de)  
[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

Autor\*innen:

Prof. Dr. Barbara Witte  
Hochschule Bremen  
mobil: +49 173 96 22 168  
E-Mail: [barbara.witte@hs-bremen.de](mailto:barbara.witte@hs-bremen.de)

Prof. Dr. Gerhard Syben  
Forschungsinstitut für Beschäftigung  
Arbeit Qualifikation (BAQ)  
Wachmannstraße 34  
D-28209 Bremen  
mobil: +49 176 23 69 95 52  
E-Mail: [institut@baq-bremen.de](mailto:institut@baq-bremen.de)  
[www.baq-bremen.de](http://www.baq-bremen.de)

Redaktion:

Benedikt Linden (OBS)

Lektorat:

Ulrike Stephan  
<https://www.lektoren.de/profil/ulrike-stephan>

Satz und Gestaltung:

think and act –  
Agentur für strategische Kommunikation

Druck:

Druckerei Zeidler GmbH & Co. KG, Mainz-Kastel

Titelbild:

New Africa/AdobeStock.com

Redaktionsschluss:

07. Februar 2022

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Download und weitere Informationen:

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

## Vorwort

„[F]ür 9,35 Euro Mindestlohn habe ich bei der Biobäckerei im Nachbardorf eben Brot ausgefahren, bin die Supermärkte angefahren, bin um 5 Uhr morgens aufgestanden, habe Kisten geschleppt und habe erst mal so mein Geld verdient, weil keiner wusste, wie es weitergeht.“ So beschreibt eine freie Journalist\*in gegenüber dem Bayerischen Rundfunk ihre Versuche, sich zu Beginn der Corona-Krise ökonomisch über Wasser zu halten – und dürfte ihre Unsicherheit mit tausenden freien Kolleg\*innen in ganz Deutschland geteilt haben. Mit dem Beginn der Pandemie fielen zahlreiche kulturelle, soziale und politische Ereignisse weg, über die, insbesondere auf lokaler Ebene, meist freie Journalist\*innen für die Medien berichteten. Ein ganzer Berufsstand geriet gehörig unter Druck. Über die individuellen Entbehrungen und Unsicherheiten hinaus, die freie Journalist\*innen in dieser Zeit mit anderen Berufen und Beschäftigten teilten, entfaltete sich hier eine besondere gesellschaftliche Relevanz. Deutsche Medienhäuser stehen schon seit einigen Jahren unter einem enormen Sparzwang. In der Folge nimmt nicht nur die Arbeitsverdichtung in den Redaktionen zu, es werden auch ganze Bereiche ausgegliedert und Inhalte verstärkt eingekauft – häufig von freien Journalist\*innen. Werden diese für das Funktionieren der Presse also strukturell wichtiger, so arbeiten viele von ihnen aufgrund knapp bemessener Honorare und großer Planungsunsicherheit doch unter prekären Bedingungen. Diese paradoxe Situation wurde durch die ökonomische Erschütterung des Geschäftsmodells freier Journalist\*innen bei zugleich steigender Nachfrage nach gründlich recherchierten Fakten in der Pandemie schlagartig verstärkt.

Wie erging es freien Journalist\*innen mit dieser Entwicklung in den vergangenen beiden Jahren? Welchen Einfluss hatte die Corona-Krise – auch über das monatliche Einkommen hinaus – auf ihre konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen? Lassen sich aus den Erfahrungen Lehren für die Zukunft ziehen, die die Berufsgruppe der „Freien“ und damit den Journalismus als Ganzes resilienter gegen Krisen und Schocks machen können?

Die Otto Brenner Stiftung ist froh, Barbara Witte und Gerhard Syben für die Beantwortung dieser Fragen gewonnen zu haben. Das Forscher\*innenduo der Hochschule Bremen und des Forschungsinstituts für Beschäftigung Arbeit Qualifikation (BAQ) führte Tiefeninterviews mit freien Journalist\*innen, sprach mit Vertreter\*innen von Medienbetrieben, die Freie beschäftigen und lässt Gewerkschafter\*innen zu Wort kommen, um ein detailliertes Bild der Branche während der Corona-Krise anhand des Beispiels Bremen zu zeichnen.

Dabei zeigt sich ein sehr heterogenes Feld. Ob freie Journalist\*innen ein angemessenes Auskommen hatten und auch in der Pandemie einigermaßen abgesichert waren, hängt vor allem davon ab, für welches Medium sie arbeiteten. Während die Freien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen sind, sieht es bei den Print-Medien völlig anders aus. Der Umgang mit den Freien in diesem Bereich muss als stellenweise skandalös bezeichnet werden. Die Arbeit als „Soloselbständige“ (so der formale Status freier Journalist\*innen) wird im Printbereich schon in normalen Zeiten nicht angemessen bezahlt, die Honorare erreichen häufig nicht einmal die Mindestlohngrenze. Während der Pandemie wurden freie Printjournalist\*innen plötzlich nicht mehr gebraucht und standen entsprechend ohne Einkommensquellen da. Da auch die Hilfsmaßnahmen des Bundes Soloselbständige anfänglich explizit ausschlossen, mussten sie selbst Lösungen für ihr finanzielles Auskommen finden. Das blieb und bleibt nicht ohne Folgen: Ausnahmslos alle Interviewten aus dem Printbereich spielten mit dem Gedanken, sich Perspektiven außerhalb ihrer Arbeit für Zeitungen zu eröffnen.

Ein massenhafter Exodus der Freien hätte jedoch insbesondere für den Lokaljournalismus verheerende Folgen, wiederum mit ernsthaften Konsequenzen für die demokratische Öffentlichkeit: „Gerade hier treten Störfälle im System der Machtbalance zu Tage“, schrieb die Bundeszentrale für politische Bildung bereits 2012 zum Lokaljournalismus, „[u]nd gerade hier wiegt der demokratische Auftrag schwer: zur Teilhabe zu befähigen und Orientierungshilfe für politische Fragen zu bieten.“ Wenn die (Lokal)Medien ihren Demokratieauftrag weiterhin erfüllen sollen, werden wir uns Gedanken über Alternativen zur heutigen Situation machen müssen. Denn zumindest für die freien Mitarbeiter\*innen im Printbereich lässt sich längst ein Marktversagen feststellen. Zur Verbesserung der faktisch nicht vorhandenen sozialen Absicherung sowie der Arbeitsbedingungen dieser Soloselbstständigen müssen gesetzliche Regelungen her.

Journalismus ist ein wesentlicher Teil unseres Alltags und eben auch ein wesentlicher Teil unserer Demokratie, der als notwendige vierte Gewalt in unzähligen Sonntagsreden gepriesen wird. Doch welchen Stellenwert der Journalismus für eine Gesellschaft wirklich hat, zeigt sich insbesondere an seinen Rändern. Wenn freie Journalist\*innen Brote ausfahren müssen um Geld zu verdienen, während das Bedürfnis nach Informationen und Orientierung explodiert, ist es Zeit für ein Umdenken. Stiftung und Autor\*innen hoffen, mit der vorliegenden Studie einen Anstoß dafür zu geben.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im März 2022

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Freier Journalismus in Deutschland .....</b>	<b>11</b>
2.1	Freier Journalismus in Zeiten des Umbruchs .....	11
2.2	Wer sind die Freien? .....	23
2.3	Die Freien in Bremen.....	29
<b>3</b>	<b>Durchführung und Methoden der Untersuchung .....</b>	<b>33</b>
<b>4</b>	<b>Der lange Weg zur Unterstützung Soloselbstständiger .....</b>	<b>38</b>
<b>5</b>	<b>Einstellungen zur Freiberuflichkeit .....</b>	<b>42</b>
<b>6</b>	<b>Die Arbeit von Freien unter dem Druck der Pandemie .....</b>	<b>49</b>
6.1	Über die Veränderung von Arbeit, Arbeitszeit und Einkommen .....	49
▶	<i>Exkurs: Rationalisierung der Arbeit von Freien im Fotojournalismus .....</i>	<i>55</i>
6.2	Der Umgang mit Einkommensverlusten .....	56
6.3	Die Bedeutung von Netzwerken.....	61
6.4	Profilveränderung als Lösungsstrategie .....	63
▶	<i>Exkurs: Arbeiten im Home-Office .....</i>	<i>64</i>
6.5	Mit Akquisition gegen die Krise?.....	66
6.6	Selbstzweifel und Anpassung .....	69
6.7	Staat, Kolleg*innen, Familie: Hilfen und Unterstützung in Krisenzeiten.....	71
6.8	Die allgemeine Beurteilung der sozialen Sicherung .....	75
6.9	Ausstieg als letzte Rettung .....	76
<b>7</b>	<b>Arbeitssituation und Arbeitsprozesse im Rundfunk.....</b>	<b>78</b>

<b>8</b>	<b>Die (zukünftige) Rolle der Freien bei den Print-Medien.....</b>	<b>88</b>
<b>9</b>	<b>Perspektiven .....</b>	<b>93</b>
	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>100</b>
	<b>Interviewpartner*innen .....</b>	<b>104</b>
	<b>Weitere Interviews .....</b>	<b>105</b>
	<b>Hinweise zu den Autor*innen .....</b>	<b>106</b>

# 1 Einleitung

In demokratischen Gesellschaften wird den Medien die Funktion zugewiesen, Öffentlichkeit herzustellen. Sie sollen den Bürger\*innen die freie Meinungsbildung als zentrale Voraussetzung für demokratische Prozesse ermöglichen. Üblicherweise wird diese Leistung primär den Journalist\*innen zugewiesen, die bei Medienhäusern angestellt sind oder regelmäßig fest für sie arbeiten. Ihre Unabhängigkeit wird als einer der wichtigen Garanten einer unabhängigen Presse betrachtet. Dabei gerät leicht aus dem Blick, dass die notwendige Vielfalt, die Medien abbilden müssen, um ihren Leistungsanforderungen gerecht werden zu können, traditionell auch immer durch freie Mitarbeiter\*innen gewährleistet wurde.



## Freie Journalist\*innen

Freie Journalist\*innen (auch einfach ‚Freie‘ genannt) sind Personen, die journalistisch arbeiten, ohne bei einem Medienunternehmen fest angestellt zu sein. Es gibt verschiedene Typen von Freien, die unterschiedliche Bezeichnungen erforderlich machen. Journalist\*innen, die selbstständig und mit unterschiedlichen Dienstleistungen für verschiedene Medien arbeiten, bezeichnen wir in dieser Studie als freie Freie. Dieser Begriff markiert den Unterschied zu denen, die, ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben, regel-

mäßig und hauptsächlich für *ein* Medienunternehmen bzw. *eine* Redaktion tätig sind. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden diese Mitarbeiter\*innen dann als feste Freie bezeichnet, wenn sie – ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben – eine festgelegte Zahl an Arbeitstagen unselbstständig für die jeweilige Redaktion arbeiten. Für diese festen Freien zahlen die Sender auch Sozialabgaben. Bei den Zeitungen werden die Journalist\*innen, die für einen festgelegten Arbeitsumfang bzw. Arbeitsbereich ein Pauschalhonorar bekommen, als Pauschalist\*innen bezeichnet. Daneben gibt es noch – vor allem im Bereich der Zeitungen – Personen, die journalistisch tätig sind, davon aber nicht vollständig ihren Lebensunterhalt bestreiten, weil sie entweder noch einem anderen Beruf nachgehen oder bereits in Rente bzw. Pension sind. Diese Gruppe wird hier als Hobbyjournalist\*innen bezeichnet.

Schon seit einigen Jahren stehen die Medienhäuser unter einem enormen Sparzwang, mit der Folge, dass die Arbeitsverdichtung in den Redaktionen zunimmt. Ganze Bereiche werden ausgegliedert, Inhalte werden eingekauft, häufig von freien Journalist\*innen. Das führt dazu, dass diese auch immer wichtiger für die Unabhängigkeit der Presse werden (vgl. Steindl et al.



2018), während gleichzeitig viele von ihnen als Soloselbstständige aufgrund knapp bemessener Honorare und großer Planungsunsicherheit unter prekären Bedingungen arbeiten (vgl. Schnedler 2017).

Dabei ist die Entwicklung von Zahl und Arbeitsbedingungen freier Journalist\*innen je nach Medium sehr unterschiedlich. Während in den Lokalzeitungen die hauptberuflichen Freien eher weniger und die nebenberuflichen eher mehr geworden sind, übernehmen die hauptberuflichen Freien in anderen Bereichen Aufgaben, die man eigentlich bei den festangestellten Kolleg\*innen vermuten würde – so etwa in der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt *Radio Bremen*, wo Freie auch in der Redaktion die Arbeitsstrukturen aufrecht erhalten.

### **Freie sind von den Auswirkungen der Pandemie gleich mehrfach betroffen.**

Zusätzlich sind die Freien, oder wenigstens ein großer Teil von ihnen, von den Auswirkungen der Pandemie gleich mehrfach betroffen. Traditionell ist die Arbeit im Innendienst in den Redaktionen von festangestellten Redaktionsmitgliedern erledigt worden, während Freie als Reporter\*innen die Ereignisse oder Veranstaltungen besucht haben. In der Pandemie sind aber die meisten Anlässe, über die üblicherweise Freie berichtet haben, weggefallen: das Vereinsleben und der lokale Sport, die kulturellen Veranstaltungen

und die Jubiläumsfeiern, die Jahreshauptversammlungen und die Gremiensitzungen, wenigstens soweit diese nicht medial abgehalten werden konnten. Das betraf vor allem die lokalen Tageszeitungen. Die wiederum beschäftigen einen großen Teil der Gesamtheit der freien Mitarbeiter\*innen und lassen ihre Berichterstattung über die kulturellen, sozialen und politischen Ereignisse auf örtlicher Ebene mehr oder weniger ausschließlich von Freien produzieren. Diese haben folglich bisher dafür gesorgt, dass sich ein wichtiger Teil des lokalen und kommunalen Lebens in der örtlichen Zeitungslandschaft widerspiegelte. Mit diesen Ereignissen aber entfielen auch die Aufträge.

Die freien Mitarbeiter\*innen im Rundfunkbereich waren in unterschiedlicher Weise von der Pandemie betroffen. Schwierig war die Situation vor allem für diejenigen, die nicht fest für eine bestimmte Rundfunkanstalt, sondern für verschiedene Medien oder auch für verschiedene Rundfunkanstalten arbeiten. Abgesehen von den fehlenden Arbeitsmöglichkeiten zu Beginn der Pandemie, wurden auch die Produktionen schwieriger, denn auf Grund der Hygienemaßnahmen fielen die üblichen senderübergreifenden Produktionshilfen weg: Wenn ein\*e freie\*r Mitarbeiter\*in von Bremen aus für den *Westdeutschen Rundfunk* arbeitet, oder von Berlin aus für den *Saarländischen Rundfunk*, werden die Beiträge im Funkhaus vor Ort mit Hilfe der dortigen Technik und der dortigen technischen Mitarbeiter\*innen produziert. Das funktionierte in der Pandemie auf Grund der Hygieneregeln temporär nicht mehr.



Darüber hinaus haben Medienhäuser, insbesondere die Verlage, zur Sicherung ihrer festangestellten Belegschaften das Instrument der Kurzarbeit genutzt. Damit war nach ihrer Auffassung für diesen Zeitraum zugleich eine rechtliche Hürde für die Vergabe von Aufträgen an Freie verbunden.

### **Kurzarbeit für Festangestellte – zu Lasten der Freien?**

Von der Gewerkschaft ver.di ist diese Aussage allerdings als „rechtlich so nicht einwandfrei“ und als „Schutzbehauptung“ bezeichnet worden (Interview Hofmann/von Fintel 2021). Wir haben für die Gesamtstudie nicht die Möglichkeit gehabt, diesen Sachverhalt selbst rechtlich zu prüfen. Soweit Freie in unseren Interviews diese Argumentation als ihnen gegenüber kommunizierte Begründung für fehlende Aufträge genannt haben, was vielfach der Fall war, wird dies im Folgenden jeweils so wiedergegeben.

Und schließlich führte der pandemiebedingte Rückgang der Wirtschaft dazu, dass auch die Werbung, also Anzeigen und Beilagen, reduziert wurde. Folglich gingen die daraus resultierenden Erlöse zurück und die Medienhäuser mussten nach Möglichkeiten suchen, die sich daraus ergebenden Einnahmeausfälle aufzufangen. Kurzfristige Einsparungen aber waren im Wesentlichen nur bei den Aufträgen für die Berichterstattung möglich: Betroffen waren erneut vor allem die Freien.

Die materielle Situation, die dadurch für die Freien entstanden ist, ist bereits vielfältig untersucht worden (vgl. DJV 2020a; DJV 2021; Hanitzsch/Rick 2021). Gut belegt ist auch die grundsätzliche Verschiedenartigkeit von Arbeits- und Einkommenssituation freier Journalist\*innen sowie ihr weiteres Auseinanderdriften in den letzten Jahren (vgl. Meyen/Springer 2009, DJV 2020a). Offen blieb bisher jedoch, wie sich die Arbeitssituation der freien Mitarbeiter\*innen in der Corona-Krise entwickelt und wie ihre Betroffenheit konkret ausgesehen hat. Diesen Fragen geht die vorliegende Studie nach. Sie beleuchtet darüber hinaus, wie die jeweiligen Situationen von den Freien empfunden wurden und welche Möglichkeiten sie hatten, mit den Auswirkungen der Krise umzugehen. Für mindestens einen Teil der freien Journalist\*innen, so die Ausgangsthese der Untersuchung, könnte die aktuelle Situation sogar ein Anlass sein, sich ganz oder zumindest teilweise aus dem Beruf zurückzuziehen. Insgesamt würde sich damit der Trend verstärken, Journalismus nur noch im Nebenberuf auszuüben, was die Deprofessionalisierung des Metiers vorantreiben könnte.

Dabei gehen wir ferner davon aus, dass die freien Journalist\*innen sehr heterogen mit der Krise und ihren Folgen umgehen, denn auch ihre aktuelle Situation ist, wenngleich die Corona-Krise alle betrifft, sehr unterschiedlich.

Je nach Tätigkeitsschwerpunkt hatte die Krise unterschiedliche Auswirkungen. Der lokalen Berichterstattung in den Zeitungen war weitestgehend der Gegenstand entzogen.

## **Je nach Tätigkeits- schwerpunkt hatte die Krise unterschiedliche Auswirkungen.**

Freie Freie im Rundfunk haben ein größeres Problem, wenn sie nicht arbeitnehmerähnlich in erster Linie für eine Rundfunkanstalt arbeiten, sondern völlig frei für verschiedene Sender tätig sind. Auch die je persönliche Situation spielt eine große Rolle. So werden vermutlich in einer Partnerschaft oder Familie, in der der andere Teil ein gutes Einkommen hat oder in der die Großeltern im gleichen Ort wohnen, weniger Probleme entstehen, als für eine\*n freie\*n Journalist\*in, der/ die Kinder alleine versorgen muss. Zu erwarten ist daher, dass auch die Betroffenheit der Freien von der Pandemie ebenso unterschiedlich sein wird wie ihre Möglichkeiten, sich in der neuen Situation zurechtzufinden und sich mit den Folgen auseinanderzusetzen.

Um diesen Fragen nachzugehen, haben wir zunächst genauer betrachtet, von wem die Rede ist, wenn über freie Journalist\*innen gesprochen wird (Kapitel 2): In diesem Teil wird zwangsläufig, wenngleich nur kurz, auch die Situation der Medienlandschaft in Deutschland behandelt und die Lage der Freien skizziert, die davon wesentlich mitbestimmt wird. Nach Vorstellung der Vorgehensweise und Methodik der Studie (Kapitel 3) wird auf die Konstruktion der staatlichen Hilfen eingegangen, die erst mit Verspätung auf die spezifische Situation der Soloselbstständigen

ging (Kapitel 4). Davon ließen sich die Freien allerdings nicht beeindrucken, jedenfalls nicht, was den Umgang mit der Veränderung ihrer beruflichen Situation und was ihr berufliches Selbstverständnis angeht. Wie sie zur Freiberuflichkeit stehen und wie sie trotz aller Erschwernisse durch die Pandemie am Verständnis ihres Berufs festhalten, wird anschließend näher beleuchtet (Kapitel 5).

Wie haben Freie die direkten Folgen der Pandemie erlebt, wie sind sie mit ihnen umgegangen? Dazu kommen im Kapitel 6 zunächst vorrangig die freien Journalist\*innen selbst zu Wort. Zunächst geben wir wieder, wie sich der Arbeitsalltag für jene verändert hat, deren Berichterstattungsgegenstände plötzlich entfielen und deren Aufträge gestrichen wurden. Wir berichten, wie sie reagiert haben, als Arbeitszeitverkürzung für sie von einem auf den anderen Moment von einem erstrebenswerten gesellschaftspolitischen Ziel zu einem ungewollten Problem wurde, für das plötzlich eine Lösung gefunden werden musste, die zugleich das eigene Selbstbild aufrechterhielt (Kapitel 6.1) und finanzielle Notwendigkeiten berücksichtigte: Nicht jede\*r hatte ein finanzielles Polster oder sofort neue Auftraggeber\*innen, mit deren Hilfe die entfallenen Honorare ausgeglichen werden konnten, oder freundliche Nachbar\*innen, die schon mal einen vollen Einkaufskorb vor die Tür stellten (Kapitel 6.2). Einige haben in der Krise den Vorteil der Solidarität und der Vernetzung erfahren, sei es als Angebot beruflicher Kooperation oder als persönliche Hilfe. Doch erwies sich auch, dass Vernetzung nicht

per se ein Instrument zur Rettung aus der Krise ist (Kapitel 6.3). Was konnten Einzelne tun? Wir haben nach zwei Strategieansätzen gefragt, die im Unternehmensbereich nicht unüblich sind und erfahren, dass diese hier nicht ohne Weiteres anwendbar sind. Neue Produkte zu kreieren, also das eigene Profil zu verändern oder auszuweiten, ist im Journalismus nicht so einfach wie Produktinnovation in der Wirtschaft. Das eigene Profil ist in der Regel das Ergebnis von Interesse, Kompetenz und Erfahrung und damit gebunden an die Person und nicht so einfach zu verändern (Kapitel 6.4). Verstärkte Bemühungen der Akquisition waren nur dann erfolgversprechend, wenn der oder die Freie sich vorher darum nur wenig gekümmert hatte, was in der vorliegenden Studie nur vereinzelt zu beobachten war (Kapitel 6.5). Die Erwartung, dass die Pandemie zu einer derart verschlechterten Situation der Freien geführt hat, dass berufliche Standards und Honorare unter erhöhten Druck geraten sind, konnte in den Interviews nicht bestätigt werden. Selbst diejenigen, die im Einzelnen von ziemlichen Einbrüchen der Auftragslage berichteten, verneinten die Frage, ob die Pandemie zu einem erhöhten Druck in diesem Sinne geführt habe. (Selbst-)Zweifel an der eigenen Berufswahl infolge der Krise spielten ebenfalls nur eine geringe Rolle (Kapitel 6.6). Die Honorare lagen allerdings vor allem im Bereich der Zeitungen schon vorher auf einem Niveau, das als nicht mehr reduzierbar zu bewerten ist. Auch deswegen war die Hilfe von Kolleg\*innen und Freund\*innen praktisch von Nutzen, machte darüber hinaus allerdings auch das Gefühl von Solidarität erlebbar (Kapi-

tel 6.7). Dringlich erhebt sich zudem die Frage, was das System der sozialen Sicherung dieses Landes für freie Journalist\*innen als Soloselbstständige leisten könnte oder sollte (Kapitel 6.8). Dass die Pandemie auch aus der Sicht der Branche allerdings keinesfalls nur ein Feld individueller Betroffenheit war, zeigen Überlegungen und Handlungen einzelner Freier, mit denen wir gesprochen haben und die ihre Zukunft eben nicht mehr im Journalismus sehen (Kapitel 6.9).

Wie aber hat die Pandemie aus der Sicht derer ausgesehen, die freie Journalist\*innen einsetzen? Ins Auge springt der eklatante Unterschied zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dem privaten Zeitungsbereich, was auch, aber nicht nur, auf den unterschiedlichen Stand der Digitalisierung zurückzuführen ist. Zusammengefasst waren es im Rundfunk Probleme der pandemiebezogenen Vorsorge und der Hygiene, die in organisatorische Herausforderungen mündeten. Hier waren die betroffenen Individuen gefordert und auch belastet, aber nicht bedroht (Kapitel 7). Für die Zeitungen – Blätter mit im Wesentlichen lokaler und regionaler Reichweite und Einbindung – stellen sich durch die Pandemie verstärkt Fragen von weitaus größerer Bedeutung, die bis in die Konzeption eines Blattes reichen: Von grundlegenden Veränderungen in diesem Bereich wären freie Journalist\*innen oder jedenfalls ein erheblicher Teil von ihnen vermutlich existentiell betroffen (Kapitel 8). Daran anknüpfend werden abschließend die Perspektiven für die Zukunft des freien Journalismus in Deutschland aufgezeigt (Kapitel 9).

## **Danksagung**

Unsere Studie wurde dadurch ermöglicht, dass eine große Gruppe von Menschen sich bereitgefunden hat, uns für ein Interview zur Verfügung zu stehen. Das waren in erster Linie Freie, die bereit waren, uns ihre Zeit zu opfern, und mit bemerkenswerter Auskunftsbereitschaft zu schildern, wie es ihnen in der Pandemie ergangen ist und welche Möglichkeiten sie hatten, den Folgen zu begegnen und trotz allem ihrem Beruf nachzugehen. Ohne sie hätten wir diese Studie nicht durchführen können. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle sehr herzlich bedanken.

Genauso danken wir den Vertretern und Vertreterinnen der Medienhäuser, die, zum Teil nachdem sie ihre Vorbehalte gegen Menschen überwunden hatten, die von außen ihre Verhaltensweisen im Inneren der Unternehmen untersuchen wollten, ebenfalls zu einem Interview bereit gewesen sind.

Nicht zuletzt danken wir den Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaft ver.di und der dju, des Deutschen Journalisten-Verbandes und der Freischreiber, die sich bereitgefunden haben, mit uns einige unserer Resultate zu diskutieren und die uns damit geholfen haben, Ergebnisse besser einordnen und verstehen zu können.

Unser Dank gilt schließlich allen Leserinnen und Lesern, die uns damit eine Freude machen, dass sie diese Schrift mit Interesse und Verständnis zur Hand nehmen.

Barbara Witte und Gerhard Syben

Bremen, im März 2022

## 2 Freier Journalismus in Deutschland

### 2.1 Freier Journalismus in Zeiten des Umbruchs

Wie viele freie Journalist\*innen es in Deutschland tatsächlich gibt, ist ebenso unbekannt, wie die Zahl aller Journalist\*innen, beides kann nur geschätzt werden. Ursächlich dafür ist letztlich die Schwierigkeit, Journalismus als Beruf überhaupt zu definieren.

**Journalismus ist weder ein geschützter Begriff noch ein geschützter Beruf.**

Wesentliche Untersuchungen des journalistischen Berufes haben im Grunde mit einer Hilfskonstruktion gearbeitet: Demnach werden als Journalist\*innen alle Personen gezählt, die mindestens die Hälfte ihrer Einkünfte mit Journalismus erzielen (vgl. Weischenberg et al. 2006; Hanitzsch et al. 2019; Meyen/Springer 2009; Steindl et al. 2018). Diese Hilfskonstruktion wurde gewählt, weil eine klare Abgrenzung des journalistischen Berufs nicht möglich ist. Journalismus ist weder ein geschützter Begriff, noch ist Journalist\*in ein geschützter Beruf. Auch einen eindeutig definierten Zugang zu diesem Beruf gibt es nicht, vielmehr existieren verschiedene Möglichkeiten, Journalist\*in zu werden.

Diese Nicht-Definierbarkeit des Journalismus folgt letztlich aus Artikel 5 des Grundgesetzes (GG): „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt“ (Artikel 5.1 GG). Damit ist eine Regelung des Berufszugangs nicht möglich, was zur Folge hat, dass sich auch Personen in die Berufsgruppe der Journalist\*innen einreihen können, die vielleicht einen einzigen Artikel im Jahr schreiben und veröffentlichen. Möglich ist eine Selbstetikettierung als Journalist\*in auch dann, wenn die tatsächliche Arbeit gar nicht oder nicht mehr im Bereich des Journalismus, sondern etwa in der Öffentlichkeitsarbeit (Public Relations) stattfindet.

Aus diesem Grund kommen Nebenberufler\*innen, also Journalist\*innen, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht hauptsächlich über den Journalismus verdienen (bzw. verdienen können) in den meisten Studien über den Beruf nicht vor. Deren Ergebnisse zeichnen daher ein Bild von Journalist\*innen, das die Realität wedervollständig noch präzise abbildet. Der Sozial- und Medienwissenschaftler Horst Pöttker hielt bereits 2008 das Festhalten (vgl. Weischenberg et al. 2006a) an einem gefestigten und „von

Professionalität geprägte[n] Berufsbild“ für ein „methodisches Artefakt“ und schlussfolgerte: „Wer Freie, die weniger als die Hälfte ihres Einkommens durch Journalismus erwerben, per definitionem unberücksichtigt lässt, hat das Problem schon entsorgt, bevor die Forschungsarbeit beginnt“ (Pöttker 2008).

Selbst Zählungen über die Berufsverbände oder Gewerkschaften liegen für die Gesamtheit der freien Journalist\*innen quasi nicht vor (zu Schätzungen siehe weiter unten).

### **Gesicherte Zahlen über die Gesamtheit der freien Journalist\*innen liegen nicht vor.**

So heißt es beim Deutschen Journalisten-Verband: „Der DJV geht in seiner Statistik nur von hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten aus; seine Zahlen beruhen auf Angaben der Berufsverbände, der Wissenschaft und auf Statistiken von Institutionen wie dem Presseversorgungswerk und der Künstlersozialkasse“ (DJV 2021). „Hauptberuflich“ bedeutet hier ebenfalls, dass die betroffenen Personen mindestens die Hälfte ihrer Einkünfte aus journalistischer Tätigkeit gewinnen müssen, unabhängig davon, ob sie fest angestellte oder freie Journalist\*innen sind.

Mit der Einführung dieser ökonomischen Definition<sup>1</sup> hat man in der Forschung zwar eine Möglichkeit gefunden, Aussagen über Journalist\*innen zu treffen, wobei aber ein relevanter Teil der journalistischen Arbeit und der journalistisch Tätigen ausgeblendet wurde. Nach einer frühen Untersuchung von Moenikes (2001), die erstmals auch nebenberuflich als Journalist\*innen tätige Freie mit einbezog, änderte sich das Vorgehen in der Breite erst in jüngster Zeit. Freie Journalist\*innen rücken seit rund zehn Jahren zunehmend in den Fokus der (deutschsprachigen) Medien- und Kommunikationswissenschaft, auch die aktuelle Worlds of Journalism Study hat Freie im Blick (vgl. Meyen et al. 2008; Meyen/Springer 2009; Buckow 2011; Helka 2014; Schnedler 2017; Steindl et al. 2018) und erste Untersuchungen aus den letzten Jahren berücksichtigen explizit auch nebenberuflich tätige freie Journalist\*innen (vgl. Wagner/Möhring 2020; Rinsdorf/Theiss 2020; Hanitzsch/Rick 2021). Trotz aller Unsicherheiten hinsichtlich der Gesamtzahl aller Journalist\*innen ist klar, dass der Journalismus vor allem an seinen sogenannten ‚Rändern‘ von Veränderungen betroffen ist. Bezogen auf die journalistisch Tätigen bedeutet dies, dass vor allem die nicht-hauptberuflichen Journalist\*innen, also ein großer Teil der freien Mitarbeiter\*innen (siehe unten für konkrete Zahlen), betroffen sind. Es bedeutet auch, dass an dieser Stelle noch erheblicher Forschungsbedarf besteht.

---

1 Diese Definition wird auch Weischenberg-Definition genannt.

Dass die weitere Erforschung gerade der viel und oft zitierten ‚Ränder‘ des Journalismus dringend geboten ist, liegt aber auch daran, dass sich das journalistische Berufsfeld wie das journalistische Berufsbild, vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten, stark verändert haben. Wandel, so lässt sich konstatieren, ist der zentrale Begriff zur Beschreibung der Situation des Journalismus in der jüngeren Vergangenheit. Dieser Wandel, angestoßen vor allem von der Digitalisierung, betrifft unterschiedliche Ebenen und alle Bereiche des Journalismus. Von der Recherche über die Produktion, von den Arbeitsbedingungen für die Journalist\*innen bis hin zum Vertrieb der Produkte ist der gesamte Herstellungsprozess einbezogen.

Doch dabei bleibt es nicht. Der Wandel bezieht sich auch auf wesentliche externe Faktoren: Das Publikum und seine veränderten Erwartungen, die Werbeindustrie, die für ihre Anzeigen und Kampagnen zunehmend weniger auf die Produkte des Journalismus zurückgreift, und nicht zuletzt die Gesellschaft insgesamt, die Wege der Beschaffung und Verbreitung von Informationen findet, die mit Journalismus nichts mehr zu tun haben, und die sich in ihrer Struktur und Funktionsweise durch die Digitalisierung ebenfalls zunehmend verändern. Vor allem für die privaten Medienunternehmen hatte der Wandel vor allem finanzielle Verluste zur Folge. Weniger Abonent\*innen und weniger Werbung führten zu teils dramatischen Einbußen. Die Folge waren Kürzungen und Entlassungen in den Redaktionen bis hin zu Auslagerungen ganzer Bereiche.

Die Bandbreite der Konsequenzen geht aber noch darüber hinaus. Die Sparzwänge führen längst auch zu ungewöhnlichen Kooperationen, deren Folgewirkungen heute noch gar nicht ganz abgeschätzt werden können (vgl. Dachwitz/Fanta 2020). Dabei gab es seit der Medienkrise Anfang der 2000er Jahre immer wieder Sparrunden, wobei grundsätzlich alle Bereiche der Medienhäuser betroffen waren. Schon vor einem Jahrzehnt wurden „[i]m journalistischen Bereich [...] Redaktionen zusammengelegt und gemeinsame Content- bzw. Newsdesks eingeführt, was auf der Personalseite häufig mit einem Einstellungsstopp oder Entlassungen einhergeht“ (Beck et al. 2010: 8).

### **Freie sind von Sparzwängen besonders betroffen.**

Auch wenn sich die Sparzwänge in den Medienhäusern in den letzten beiden Jahrzehnten überall bemerkbar machten, trafen und treffen sie insbesondere den Bereich der freien Mitarbeiter\*innen – in unterschiedlichem Ausmaß. So sind etwa Bildjournalist\*innen, die für gedruckte Medien arbeiten, stärker von dieser Entwicklung erfasst, als Moderator\*innen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Aber wenn in einer Redaktion der finanzielle Druck größer wird, dann ist es kurzfristig deutlich einfacher, zunächst weniger Aufträge an freie Mitarbeiter\*innen zu geben, oder aber diese Aufträge schlechter zu bezahlen, als etwa festangestellten Redakteur\*innen zu kündigen. Das ändert nichts an der Tendenz



dazu, ganze Bereiche auszugliedern und damit langfristig Inhalte vermehrt von Freien oder mindestens ausgegliederten und schlechter bezahlten Redakteur\*innen erstellen zu lassen. Auch Fixkosten, beispielsweise für Gebäude oder Lizenzen, lassen sich in der Regel nicht von heute auf morgen reduzieren oder kündigen. Ob aber freie Mitarbeiter\*innen eingesetzt werden, wird in einer Redaktion relativ kurzfristig entschieden und diese Entscheidung wird in Zeiten, in denen die wirtschaftliche Lage für die Medienhäuser angespannt ist, häufiger zu Lasten der freien Mitarbeiter\*innen gehen. Das konstatierten bereits Beck et al. vor über einem Jahrzehnt in einer Untersuchung zur journalistischen Qualität in der Wirtschaftskrise.

### **Verlage verkaufen keine Zeitungen mehr, sie verkaufen Informationen.**

Die Verlage, so die Autor\*innen, stünden unter dem Druck, Kosten zu senken. „Betroffen sind Druck und Vertrieb sowie die Werbevermarktung, aber auch Redaktion und insbesondere freie Journalisten, Fotografen und Korrespondenten“ (Beck et al. 2010: 232). Die Beispiele für die Auslagerung journalistischer Arbeit bis hin zur Auslagerung ganzer Ressorts an freie Journalist\*innen sind dabei zahlreich; genannt sei hier nur die 2010 erfolgte Entlassung der kompletten Redaktion der Münsterschen Zeitung. Seinerzeit beschönigend als „Ausgliederung“ oder „Outsourcing“ von Journalist\*innen bezeichnet,

wurde de facto eine Umgehung von Tarifverträgen mit Arbeit zu Dumping-Löhnen und der Ersatz einer Redaktion durch eine neue, nicht an einen Tarifvertrag gebundene Journalist\*innen-Gruppe vorgenommen. Zusätzlich wurde, wie inzwischen beinahe selbstverständlich, von der nun neuen, billigeren Redaktion erwartet, jederzeit alle Mediengattungen bedienen zu können. Heribert Prantl beschrieb diesen gewünschten neuen Journalist\*innen-Typ seinerzeit so: „Der Manchester-Journalist ist demnach ein Trommelaffe: Mit den Händen patscht er die Tschinellen zusammen, mit den Ellenbogen schlägt er die Trommel auf seinem Rücken, an die Füße kriegt er ein paar Klappern und Rasseln, in den Mund steckt man ihm eine Trompete. Das ist die neue Multifunktionalität der Pressefreiheit. So kehrt der Journalismus zurück zu seinen marktschreierischen Ursprüngen auf den Marktplätzen des Mittelalters“ (Prantl 2010).

Diese seinerzeit noch leicht polemische Überzeichnung der neuen Medienrealität ist gut zehn Jahre später in vielen Medienhäusern längst Arbeitsalltag. Schon das Wort Medienhäuser steht hier für einen paradigmatischen Wechsel. Verlage verkaufen keine Zeitung mehr, sie verkaufen Informationen, die auf diversen Wegen zu den Nutzer\*innen finden.

Das journalistische Kerngeschäft der gedruckten Tageszeitung ist seit Jahren auf dem Rückzug. 2012 hat Klaus Meier die Auflagenverluste der Tageszeitungen in einer Grafik dargestellt und die Verluste weitergerechnet. Demnach gibt es 2034 keine gedruckte Zeitung mehr (vgl. Meier

2012). Diese Daten hat er 2018 noch einmal verglichen und konstatiert: „2012 habe ich die Auflagenzahlen der gedruckten Tageszeitungen in Deutschland der vergangenen 20 Jahre *in eine Trendberechnung geschickt*. Das Ergebnis war frappierend: Fast alle Werte lagen tatsächlich sehr genau auf einer Kurve, die sich langsam, aber immer stärker senkt. Die Statistik sagte uns voraus: 2022 würden noch ca. 11 Millionen Exemplare verkauft – und 2034 sei dann Schluss. Was aus heutiger Sicht noch frappierender ist: Alle Auflagenzahlen bis 2018 liegen fast genau auf dieser Linie – alles in allem sogar leicht darunter: Mit heutiger Berechnung erscheint 2033 die letzte gedruckte Tageszeitung, also in 14 Jahren“ (Meier 2019 – Hervorhebung im Original).

Dass die Auflagen gesunken sind, liegt vor allem an der digitalen Konkurrenz. Onlineangebote sind aus der Sicht der Nutzer\*innen hoch attraktiv: ‚Die Nachricht kommt zu mir, anstrengungslos und im Zweifel nach meinen persönlichen Interessen.‘ Außerdem haben die Verlage zu Beginn des Netz-Zeitalters den inzwischen vielfach beklagten Fehler gemacht, alles kostenfrei ins Netz zu stellen und sich zudem viel zu wenig um die Entwicklung attraktiver kostenpflichtiger Angebote zu kümmern.

Die Nutzer\*innen haben sich an diese Umsonst-Kultur gewöhnt und die Zahlschranken, die immer wieder eingeführt werden, werden häufig auch wieder abgeschafft, weil es zu wenige Nutzer\*innen gibt, die für die Angebote zahlen. Denn im Netz gibt es Informationen meist umsonst.

## **Nutzer\*innen haben sich an eine Umsonst-Kultur im Netz gewöhnt.**

Dass viele Angebote qualitativ eher zweifelhaft sind, entwickelt sich zwar zum gesellschaftlichen Problem, ändert aber nichts daran, dass nicht-journalistische Angebote längst schon eine große und viel diskutierte Konkurrenz für den Journalismus sind. Das Problem wird noch dadurch verschärft, dass Parteien und Unternehmen dies längst erkannt haben und journalistische Formen als PR-Strategie einsetzen (vgl. Frühbrodt 2016). Doch die Probleme für die Verlage sind nicht erst durch das Netz entstanden, sondern auch durch eine Gesellschaft, die sich bereits vorher stark verändert hatte: Dass man mit dem Auszug aus dem Elternhaus und der Gründung einer eigenen Familie in der Regel auch die örtliche Lokalzeitung (oder eine der noch existierenden verschiedenen Lokalzeitungen) abonnierte, gehört lange schon der Vergangenheit an. Die Redaktionen befinden sich in einem Kampf um Aufmerksamkeit. Und der Rückgang der Zeitungsauflagen ist eine der Entwicklungen, die sich in der Konsequenz beobachten lassen.

Das alles bedeutet nicht, dass der Journalismus noch bis exakt Jahresende 2033 existiert und danach nicht mehr. Es bedeutet nicht einmal, dass tatsächlich keine Zeitungen mehr gedruckt werden. Es bedeutet aber schon, dass das bisherige Geschäftsmodell für einen erheblichen Part des Journalismus nicht mehr funktioniert.

## **Das Geschäftsmodell für einen erheblichen Bereich des Journalismus funktioniert nicht mehr.**

Die Monetarisierung der digitalen Angebote läuft auch 2021 noch nicht so, dass etwa alle Lokalzeitungen einfach umschwenken könnten. Mehrheitlich wird das Geld hier immer noch mit der gedruckten Zeitung verdient – soweit allerdings überhaupt noch verdient wird und nicht Verluste gemacht werden.

Im Umgang mit dieser Krise ist Sparen eine Möglichkeit. Eine weitere Konsequenz wäre allerdings, sich auf veränderte Nutzungsgewohnheiten einzustellen. Wenn im Zuge der Digitalisierung mehr digitale Angebote, vor allem in Form von Bewegtbildern und neuerdings auch in Form von Audios, gefragt sind, dann ist eine Möglichkeit, auch diese Produkte anzubieten. Die Idee hinter vielen Angeboten war dabei immer, bereits recherchierte und bearbeitete Inhalte noch einmal aufzubereiten und gewissermaßen noch einmal Profit daraus zu ziehen. Dass sich ein Zeitungsartikel nicht einfach als Video im Netz anbieten lässt, ist dabei aber sehr schnell deutlich geworden. Dennoch ist die dahinterstehende Idee eine Strategie, die inzwischen in den meisten Redaktionen den Arbeitsalltag bestimmt. Crossmediales Arbeiten ist eine Antwort der Verlage (und nicht nur der Verlage) auf die Entwicklungen im Medienmarkt und zu einem

wesentlichen Konzept der journalistischen Arbeit geworden. Verschiedene Medienbereiche (Print, Hörfunk, Fernsehen und Online) werden kombiniert (vgl. Meier 2016: 203). Ein Thema wird beispielsweise nicht mehr allein für die Zeitung, sondern gleichzeitig auch für die eigene Online-Plattform und den hauseigenen Sender aufbereitet. Das Konzept Crossmedia ist in der Praxis angekommen und in der Wissenschaft mittlerweile umfangreich erforscht (vgl. Neuberger et al. 2009; Hohlfeld et al. 2010; Blöbaum et al. 2011; Meier 2016). Dabei werden die Vorteile und Möglichkeiten diskutiert (Meier 2016), aber auch Probleme hervorgehoben. So zeigt sich immer wieder: Crossmedia ist an vielen Stellen eine Strategie zur Kostensenkung und nicht zur Bereicherung des inhaltlichen Angebots (vgl. Rautenberg 2016).

Dadurch leidet zwar nicht unbedingt die Qualität der Medienprodukte, wohl aber die Medienvielfalt (vgl. Meier 2016): Denn wenn eine Redaktion eine ganze Reihe von Angeboten mit ihren Inhalten gestaltet, dann sind diese Inhalte am Ende im Kern gleich.

Bezogen auf die Arbeitsbelastung für Journalist\*innen bedeutet die Entwicklung, dass sich weniger Personen um mehr ‚Fläche‘ kümmern müssen. Es handelt sich damit um eine Arbeitsverdichtung, die auch zur Folge hat, dass die weniger werdenden festangestellten Journalist\*innen zunehmend mit der Arbeit für die Struktur der Angebote beschäftigt sind. Inhalte müssen dann stärker als zuvor von freien Journalist\*innen erstellt werden.

Für Journalist\*innen bedeutete Crossmedia vor allem am Anfang eine Herausforderung. Viele, vor allem ältere Kolleg\*innen, sind beispielsweise noch in den Beruf als Zeitungsjournalist\*in oder Fernsehjournalist\*in hineingewachsen. Jüngere Kolleg\*innen haben bereits in der Ausbildung verschiedene Medienformate kennengelernt und sind mit verschiedenen Bereichen vertraut. Die Wandlungen, die sich durch die Digitalisierung ergeben haben, erhöhen aber für alle Mitarbeiter\*innen die Anforderungen. Zum einen werden mehr technische Kompetenzen erwartet, zum anderen ist das Zeitmanagement für Journalist\*innen anspruchsvoller geworden. Anders gesagt: die Arbeitsverdichtung hat zugenommen. Dabei führten die zunehmenden Erwartungen an technische Kompetenzen in den letzten Jahren nicht unbedingt dazu, die entsprechend erbrachten Leistungen auch besser zu honorieren. Es sind im Gegenteil eher Berufsbereiche erodiert, die vormals davon lebten, diese höhere Kompetenz am Markt anzubieten. Beispielsweise ist der Bereich des Bildjournalismus stark unter Druck geraten. Darauf macht Hirschler aufmerksam (Interview Hirschler 2021). Bisher lukrative Aufträge sind, so Hirschler, durch die Zunahme technischer Möglichkeiten weggefallen. War es früher etwa notwendig, für ein einziges Bild eine\*n Fotograf\*in in die entlegensten Ecken der Erde zu schicken (weshalb dann aber natürlich nicht nur ein Bild, sondern mindestens eine ganze Fotostrecke produziert wurde), reicht heute ein Telefonat oder eine E-Mail an eine\*n Kolleg\*in vor Ort, die/der das Bild digital zusendet: schneller, in gleicher Qualität und selbstverständlich wesentlich kostengünstiger.

Dieser Wandel hat im gesamten Journalismus zu großen Veränderungen geführt, die auf der Ebene der einzelnen Mitarbeiter\*innen für neue Herausforderungen und größere Unsicherheit sorgen. Das gilt besonders für die Freien, die für ihre berufliche und soziale Existenz nur begrenzt auf den Rückhalt eines Medienhauses rechnen können. So konstatiert Pöttker: „Das Verlangen nach fester (An-)Stellung in der Redaktion eines Verlags oder einer Rundfunkanstalt wird wegen der geschilderten ökonomischen Probleme, die mit einem mehr oder weniger starken Druck zur Kosten- und Personaleinsparung einhergehen, zunehmend zur Illusion. Das führt letztlich zu einem unfruchtbaren oder sogar kontraproduktiven Konkurrenzverhalten unter Journalisten, wo Kooperation und Solidarität mehr denn je nötig wären“ (Pöttker 2018: 78).

**Inhalte werden verstärkt von freien Journalist\*innen erstellt. Die Zahl der hauptberuflichen Journalist\*innen hingegen nimmt stetig ab.**

In diesem Umfeld hat in den letzten Jahrzehnten die Zahl der hauptberuflichen Journalist\*innen abgenommen. Weischenberg et al. gingen für 2005 noch von rund 48.000 hauptberuflichen Journalist\*innen aus (vgl. Weischenberg et al. 2006), konstatierten allerdings schon damals einen erheblichen Rückgang – Anfang der 90er Jahre hatten sie die Anzahl noch

auf rund 54.000 geschätzt (vgl. Weischenberg et al. 1993).<sup>2</sup> Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) geht gegenwärtig von rund 43.000 hauptberuflich tätigen Journalist\*innen aus (DJV 2021). Ähnlich schätzen Steindl et al. (2019: 38) – auch auf Grundlage früherer Studien (Meyen/Springer 2009; DJV 2014) – mit Daten der Worlds of Journalism Study (WJS) eine „Grundgesamtheit von circa 41.250 hauptberuflichen Journalisten“ in Deutschland und betonen: „[Ein w]eiteres Indiz für die Verringerung der Gruppe hauptberuflicher Journalisten in Deutschland ist in den abnehmenden Mitgliederzahlen der Journalistenverbände zu sehen: Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) verzeichnet aktuell rund 36.000 Mitglieder und stellt damit eine Abnahme von 6.000 Journalisten seit 2005 dar“ (Steindl et al. 2019: 38).<sup>3</sup>

Der Schrumpfungsprozess zwischen Mitte der 90er und der 2000er Jahre lag vor allem daran, dass die Zahl der hauptberuflichen *freien* Journalist\*innen abnahm. Das ging zum einen auf Zunahmen der festen Stellen im Bereich Online und bei Fachzeitschriften sowie den privaten Rundfunkanbietern zurück, die damals den Rückgang der sonstigen Stellen kompensierten. „Zweitens und vor allem ist die reduzierte Zahl der freien Journalisten aber darauf zurückzuführen, dass heute weniger Freie das Kriterium der Hauptberuflichkeit im Journalismus erfüllen“, konstatierten Weischenberg et al. (2006: 350).

Statt auf rund 18.000, wie noch 1993, kam das Forscher\*innen-Team 2005 nur noch auf rund 12.000 hauptberufliche freie Journalist\*innen (ebd.) – mutmaßlich, da viele Freie nicht mehr hauptberuflich als Journalist\*innen, sondern in erster Linie in der PR und nur noch nebenberuflich im Journalismus arbeiteten. „Der Grund liegt auf der Hand: Im Journalismus wird gespart. Möglichst viele Arbeiten müssen vom festgestellten Personal erledigt werden und die Arbeit der Freien wird oft äußerst knapp bezahlt. Heute sind vor allem dort weniger hauptberufliche Freie als 1993 beschäftigt, wo insgesamt am meisten Personal gespart wird, nämlich bei Zeitungen, Anzeigenblättern und Nachrichtenagenturen. (...) Dass der Arbeitsmarkt für freie Journalisten schwieriger geworden ist, lässt sich auch daran ablesen, dass heute mehr Freie verschiedenen Medien zuarbeiten als vor zwölf Jahren“ (Weischenberg et al. 2006: 350).

Die Daten der WJS (vgl. Steindl et al. 2019) zeigen, dass diese Entwicklung – ebenso wie der Rückgang des hauptberuflichen Journalismus insgesamt – bis heute anzuhalten scheint. Steindl et al. verorten den Beginn dieses Rückgangs in der Medienkrise Anfang der 2000er Jahre, der aber, bedingt durch die Finanzkrise, weiterhin anhalte. Insgesamt gehen die Autor\*innen für die Jahre vor der Corona-Pandemie von rund 122.500 haupt- und nebenberuflichen

---

2 Diese Zahlen sind zwar schon relativ alt, haben aber nach wie vor einen großen Einfluss auf die Forschung und auch auf die Einschätzungen aus der Praxis. Denn selbst bei aktuellen Untersuchungen werden die eigenen Daten immer noch mit den Zahlen aus der Studie von Weischenberg et al. abgeglichen (vgl. etwa Steindl et al. 2018: 49).

3 Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich auch die WJS unter anderem auf die Daten von Weischenberg et al. (2006) stützt, die Grundgesamtheit in der Worlds of Journalism Study jedoch nicht identisch mit der der Studie von Weischenberg et al. ist, was das Ergebnis der Vergleiche verzerren könnte.

freien Journalist\*innen in Deutschland aus (vgl. Steindl et al. 2018), davon „rund 9.600 freie Journalisten im Hauptberuf“, wie die Autor\*innen an anderer Stelle schätzen (Steindl et al. 2019: 38), wobei die Zahl der hauptberuflichen freien Journalist\*innen gegenüber der Anzahl der nebenberuflich frei tätigen Journalist\*innen sinkt (vgl. Steindl 2018).

### **Der freie Journalismus wird zu einem erheblichen Teil als nebenberufliche Tätigkeit betrieben.**

Bei aller Vorsicht gegenüber diesen Schätzungen, lässt sich daraus aber doch schließen, dass es am Rande des definierten Journalismus offenbar große Unschärfen und eine vermutlich sehr viel größere Zahl an nebenberuflichen Journalist\*innen (nämlich rund 110.000) gibt, als hauptberuflich tätige, die auf 40.000 freie und festangestellte Journalist\*innen geschätzt werden. Da von den freien Journalist\*innen nach diesen Schätzungen ca. 10.000 hauptberuflich tätig sind, dürfte dies weiterhin bedeuten, dass von allen Freien mindestens zehnmal so viele nebenberuflich tätig sind. Außerdem deutet sich daraus an, dass die Zahl der hauptberuflichen festangestellten Journalist\*innen mit ca. 30.000 etwa dreimal so groß ist, wie die Zahl der hauptberuflichen freien Kolleg\*innen. Wenn sich diese Zahlen so erhärten ließen, dann hat der freie Journalismus – auf die Personen bezogen – zu einem erheblichen Teil die Form der nebenberuflichen Tätigkeit, also einer Tätigkeit neben anderen.

Viele freie Journalist\*innen haben in Krisensituationen wie der Pandemie also einerseits vermutlich Ausweichmöglichkeiten für entgangene Aufträge und für Verluste gehabt, indem sie auf Ressourcen außerhalb des Journalismus zurückgreifen können; andererseits könnte es aber auch bedeuten, dass viele freie Journalist\*innen sich in einer Lage befinden, in der sie die Abwanderung aus dem Beruf als eine naheliegende Option sehen.

Der zunehmende Trend zur Nebentätigkeit bedeutet allerdings auch, dass immer mehr Menschen im Journalismus arbeiten, die ihren Lebensunterhalt anderweitig bestreiten. Von Seiten der Gewerkschaften, aber auch aus der Wissenschaft wurde deswegen immer wieder befürchtet, dass es zu einer Deprofessionalisierung im Journalismus kommt. Schließlich haben einige Nebenberufler\*innen keine journalistische Ausbildung und daher nie journalistische Standards erlernt, andere können ihre Arbeit in der PR nicht adäquat von der journalistischen Arbeit trennen.

Eine aktuelle Befragung, die schon die Auswirkungen der Corona-Krise berücksichtigen konnte, bestätigt den Trend zum Nebenberuf. „Die Daten machen auf eine Verschiebung zum Journalismus als Nebenberuf aufmerksam. Der Aussage, man könne heutzutage nicht mehr vom Journalismus als Hauptberuf leben, stimmten 32,5 Prozent der Befragten teilweise zu. Vermutlich aus diesem Grund geht über ein Viertel (25,8 Prozent) der Studienteilnehmer\*innen einer bezahlten Nebentätigkeit außerhalb des

Journalismus nach“ (Hanitzsch/Rick 2021: 10).<sup>4</sup> Ob die befragten Journalist\*innen tatsächlich wegen bzw. in Folge der Corona-Krise aus dem Beruf aussteigen, lässt sich allerdings durch die Studie bisher nicht sagen. Immerhin schätzen viele Freie ihre Situation als prekär ein: 43 Prozent der befragten Journalist\*innen haben ihre Arbeitssituation in diese Kategorie eingeordnet (Hanitzsch/Rick 2021: 14). Gleichzeitig stimmen neun von zehn der Aussage zu, Freie seien stärker von Prekarität betroffen, als Festangestellte (Hanitzsch/Rick 2021: 16). Diese Einschätzung wird durch andere Daten der Studie unterstützt. So haben etwa nur 17,3 Prozent aller Freien eine Arbeitslosenversicherung, und nur 31,1 Prozent der Freien und 52,1 Prozent der festen Freien gaben an, immer ihren Lebensunterhalt mit ihrem Einkommen aus dem Journalismus bestreiten zu können (vgl. Hanitzsch/Rick 2021: 11). „Bei den Teilnehmer\*innen, die angegeben haben, ‚nie‘ oder ‚fast nie‘ ihren Lebensunterhalt mit Journalismus abdecken zu können, ist der Anteil der freiberuflichen Journalist\*innen am größten“ (Hanitzsch/Rick 2021: 11). Freie Journalist\*innen benötigen also zunehmend eine Nebentätigkeit, um dann von den gesamten Einkünften leben zu können und es ist zu vermuten, dass dieser schon vorhandene Trend durch die Corona-Krise noch verstärkt worden ist.

Begonnen hat diese Entwicklung aber schon vorher. „Hinsichtlich des Anstellungsverhältnisses,

das die Grundlage und den Rahmen für jede weitere journalistische Tätigkeit bildet, diskutieren Praxis und Forschung über einen möglichen Trend weg von Normalarbeitsverhältnissen und hin zu atypischer Beschäftigung“ (Lauerer et al. 2019: 74); eine Beobachtung, die schon 2005 nahegelegt worden ist (vgl. Weischenberg 2006: 350).

### **Freie verdienen im Schnitt 884 Euro netto weniger als Festangestellte.**

Auch wenn der Vergleich der Einkommen von festen und freien Journalist\*innen aufgrund der unterschiedlichen Arbeitssituation schwierig ist, kann konstatiert werden, dass die Einkommen der freien Journalist\*innen seit Jahren weit unter denen der festangestellten Kolleg\*innen liegen: Der jüngsten Befragung nach verdienen Freie im Schnitt 884 Euro netto weniger als Festangestellte (vgl. Hanitzsch/Rick 2021: 9).

Die Honorare für die freien Mitarbeiter\*innen im Zeitungsbereich sind dabei, das äußerten auch einige der Freien, mit denen wir gesprochen haben, seit Jahren nicht gestiegen – auf die Kaufkraft bezogen sind sie sogar gefallen. Und schon vor der Corona-Pandemie zählten 23,3 Prozent der männlichen und 35,4 Prozent der weiblichen freien Journalist\*innen als Geringverdiener\*innen (vgl. Steindl et al. 2018). Für die wenigsten

---

4 Auch eine hauptberufliche Tätigkeit schließt andere Einkommensquellen nicht vollständig aus. Insgesamt gehen „32,6 Prozent der hauptberuflichen Freien einer bezahlten Nebentätigkeit außerhalb des Journalismus nach. Dies stellt eine Zunahme der außerjournalistischen Nebenbeschäftigung unter freien Journalist\*innen um mehr als sechs Prozentpunkte während der vergangenen 20 Jahre dar“ (Steindl et al. 2018: 52).



freien Mitarbeiter\*innen, vor allem der Zeitungen, ist es unter den Umständen möglich, Geld zurückzulegen. In einer Krisensituation, wie bei der Corona-Krise, macht sich das dann für viele unmittelbar bemerkbar.

Es überrascht daher nicht, dass fast die Hälfte der Befragten mit ihrem Einkommen eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden war (vgl. Hantzsche/Rick: 2021). Dabei ist der Vergleich der Einkommen von festen und freien Journalist\*innen ein komplexes Problem, denn wirklich vergleichbar sind Einkünfte und Arbeitssituationen selten bis nie.

Besonders im Print-Bereich verdienen die Freien so gut wie immer schlechter als ihre festangestellten Kolleg\*innen, vor allem im Lokaljournalismus. Hier sind die Zeilenhonorare meist so niedrig, dass die Bezahlung oft nicht einmal das Niveau des Mindestlohns erreicht.

Für den Online-Bereich, soweit er zu den Zeitungen gehört, ist das – den Berichten von Freien zufolge – ähnlich. Dort, wo Online-Angebote sich zu bundesweiten Plattformen entwickeln, sieht die Honorarsituation jedoch anders aus. Hier werden die Freien nach eigenen Aussagen mit Tagessätzen honoriert, die zwar nicht die Höhe des im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Gezahlten erreichen, aber doch deutlich über den Honorarsätzen der Freien in den Lokalteilen der Print-Redaktionen liegen.

Im Bereich von Hörfunk und Fernsehen lässt sich nicht so kategorisch sagen, dass die Freien

schlechter verdienen. Das liegt daran, dass etwa in der Moderation sehr gut bezahlt wird und die meisten Moderator\*innen freie Mitarbeiter\*innen sind. Außerdem werden im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Freien entweder für Beiträge oder für Schichten bezahlt. Das Honorar ist von Alter oder Erfahrung unabhängig, was zur Folge hat, dass Freie in jungen Jahren vergleichsweise gut, später dann aber, verglichen mit den Festangestellten, schlechter verdienen.

### **71,6 Prozent der Freien sehen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen durch die Pandemie.**

Zulagen, wie etwa Feiertags-, Sonntags- oder Nachtzuschläge, gibt es in der Regel allerdings nur für Festangestellte. Die Alterssicherung ist für Festangestellte ebenfalls besser als für freie Mitarbeiter\*innen.

Bei den Vergleichen zwischen festangestellten und freien Journalist\*innen ist also immer zu berücksichtigen, dass die Gruppe der Freien sehr heterogen ist. Durch die Top-Verdiener\*innen, wie etwa die Moderator\*innen im Bereich Fernsehen, werden Vergleiche sehr verzerrt und Aussagen zu Durchschnittseinkommen im Grunde unbrauchbar. Darauf weist auch der Deutsche Journalisten-Verband in seiner Studie zur Betroffenheit der Freien von der Corona-Krise hin (vgl. DJV 2021).

Nach den bisher vorliegenden Daten hat die Corona-Krise offenbar einen großen Teil der freien Journalist\*innen getroffen. So geben 71,6 Prozent der Freien eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen während der Pandemie an (vgl. Hanitzsch/Rick 2021: 18).

### **Die Hälfte der Freien musste Corona-Soforthilfen beantragen.**

Eine Studie des DJV, die 2020 die Situation der freien Journalist\*innen untersucht hat, zeigte dramatische Einkommensverluste (vgl. DJV 2020a). Demnach hat sich bereits im ersten Jahr der Pandemie der monatliche Gewinn von Freien<sup>5</sup> von durchschnittlich 2.470 Euro auf 780 Euro verringert. Dieser Einschnitt ist als umso erheblicher anzusehen, wenn man bedenkt, dass diese Durchschnittssumme aufgrund der oben genannten Verzerrungen nur wenig aussagekräftig ist – für einzelne freie Mitarbeiter\*innen bedeutet diese Berechnung, dass sie unter dem Existenzminimum lebten. Diese unterschiedliche Betroffenheit von der Krise wird in der DJV-Studie von 2021 mit einer anderen Betrachtungsweise noch sehr viel deutlicher. „Rund 20 Prozent verzeichnen einen Rückgang von bis zu 25 Prozent, ebenfalls rund 20 Prozent bis zu 50 Prozent. Praktisch ebenso viele Personen (23 Prozent) melden einen Rückgang bis zu 75 Prozent. Rund acht Prozent geben an, überhaupt keine Aufträge mehr zu haben“ (DJV 2021: 3).

Die Studie „Prekarisierung im Journalismus“, ebenfalls nach Beginn der Corona-Krise durchgeführt, kommt auf ein Durchschnittseinkommen von 1.942 Euro netto für freie Journalist\*innen im Hauptberuf (vgl. Hanitzsch/Rick 2021: 8), allerdings bleibt unklar, ob sich die Angaben zum Einkommen auf die Zeit vor oder während der Corona-Pandemie beziehen. Ein weiterer Hinweis auf große finanzielle Einbußen eines erheblichen Teils der freien Journalist\*innen infolge der Pandemie zeigt sich aber auch durch die Inanspruchnahme von Hilfsmaßnahmen. Die Hälfte der Freien (49,8 Prozent) und jeder fünfte feste Freie (19,9 Prozent) hat Corona-Soforthilfen beantragt; 90,6 Prozent von diesen haben sie auch erhalten (vgl. Hanitzsch/Rick 2021: 19).

Das war laut einer Studie des DJV (2021) zu Beginn der Pandemie noch anders. Die freien Journalist\*innen waren zwar auf Unterstützung angewiesen, die Hilfen kamen allerdings im Frühjahr 2020 zunächst nicht bei ihnen an: „Von staatlichen Finanzspritzen oder Sozialleistungen haben die meisten Freien seit Beginn der Krise nichts gesehen: Fast drei Viertel der Freien haben keine der Sofort- oder Überbrückungshilfen in Anspruch genommen, Sozialleistungen konnten von noch weniger Personen beansprucht werden, nur 15 Prozent. Arbeitslosengeld oder die Corona-Grundsicherung wurde von sehr wenigen Freien in Anspruch genommen, unter drei Prozent aller Personen“

---

5 Es handelt sich hier um Daten des Deutschen Journalisten-Verbandes, der Selbsteinschätzungen abgefragt hat. Dadurch werden diejenigen berücksichtigt, die sich selbst als Journalist\*innen verstehen.

(DJV 2021: 2). Das bedeutet, dass die staatlichen Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen der Corona-Krise zunächst von den freien Journalist\*innen nicht in Anspruch genommen wurden, bzw. nicht in Anspruch genommen werden konnten. Dabei wären Hilfen schon zu diesem Zeitpunkt, also dem Frühjahr 2020, dringend nötig gewesen, vor allem bei denjenigen unter den freien Journalist\*innen, die schon vor der Krise nicht gut verdient haben. „Diejenigen, die einen Rückgang von bis zu 75 Prozent feststellten, verdienten bereits im Jahr 2019 deutlich unterdurchschnittlich, nämlich 26.500 Euro; im Jahr 2020 waren es dann nur noch 11.300 Euro“ (DJV 2021: 5).

Die Bewertung der professionellen und ökonomischen Situation im Journalismus durch die freien Journalist\*innen selbst ist durch die dargestellten Entwicklungen geprägt. So stimmten 85,5 Prozent der Befragten der Aussage stark oder eher zu, prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Journalismus bedrohten die Qualität der journalistischen Inhalte und 64,6 Prozent glauben, Prekarität mache Journalismus unattraktiv für den Nachwuchs (vgl. Hanitzsch/Rick 2021: 16 f).

Die hier vorgelegte Studie hat einen anderen Schwerpunkt. Dennoch haben wir – insbesondere im Bereich des freien Journalismus für lokale und regionale Zeitungen – einige Belege dafür gefunden, dass freier Journalismus in Deutschland unter Bedingungen der Prekarität oder hart an deren Rand stattfindet. Wir können deswegen entwarnenden Stimmen in dieser

Hinsicht (vgl. Meyen/Springer 2009: bes. 149) nicht folgen. In den gut zehn Jahren seit dieser zur Gelassenheit mahnenden Einschätzung scheint sich die Lage nicht wesentlich verbessert zu haben.

Unklar bleibt bisher, wie die freien Journalist\*innen mittel- und langfristig mit der prekären Finanzsituation und ihrer Verschärfung durch die Pandemie umgehen: Werten sie die Probleme als kurzfristig und ändern nichts oder nichts Wesentliches an ihrer beruflichen Situation? Werden sie noch weiter in Nebentätigkeiten gedrängt oder befördert die Krise sogar den Ausstieg von Journalist\*innen aus dem Beruf? Und wovon werden die beruflichen Entscheidungen geprägt: Durch den Arbeitsbereich? Durch die je unterschiedliche persönliche Situation? Und schließlich: Welche Folgen haben diese Entwicklungen für den Journalismus und damit für eine gut informierte Öffentlichkeit in Deutschland?

## 2.2 Wer sind die Freien?

Für eine Untersuchung der Arbeitssituation freier Journalist\*innen gilt es, die Frage zu klären, unter welchen Bedingungen ein\*e journalistisch tätige\*r freie\*r Mitarbeiter\*in tatsächlich als Journalist\*in gelten kann. Denn neben der generellen Schwierigkeit, den journalistischen Beruf zu definieren (siehe Kapitel 2.1) kommt bei Freien noch hinzu, dass sie häufig zusätzlich in angrenzenden Bereichen tätig sind, sodass unklar ist, welcher Personenkreis als ‚echte‘ freie Journalist\*innen angesehen werden kann.

## **Wann ist ein\*e freie\*r Journalist\*in ein\*e freie\*r Journalist\*in?**

Dies gilt vor allem, wenn sie zusätzlich im Bereich Public Relations (PR) tätig sind: Sind sie Journalist\*innen, die nebenbei noch PR betreiben, Texte übersetzen oder andere Dinge tun, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen? Oder handelt es sich zum Beispiel um PR-Mitarbeiter\*innen, die nebenbei ein wenig journalistisch arbeiten? Es geht also nicht nur um die Einschätzung, ob ein\*e Einzelne\*r nun haupt- oder nebenberuflich als Journalist\*in arbeitet, sondern auch um die Einordnung der Arbeit. ‚Handelt es sich um Journalismus?‘ ist die Frage, die sich oftmals stellt. Auch spielen unterschiedliche Sichtweisen eine Rolle: Während einige sich selbst als hauptberufliche Journalist\*innen verstehen, definieren die Redaktionen das nicht immer zwingend genauso. Für das Berufsleben dieser Freien hat das durchaus Folgen, wie wir später sehen werden.

Freie Journalist\*innen wurden relativ spät zum Gegenstand der wissenschaftlichen Betrachtung. Zwar war die Studie von Moenikes über Hobbyjournalist\*innen schon 2001 erschienen, aber noch 2005 konnte Weichler mit Blick auf den Gesamtkomplex der Freien konstatieren: ‚Noch wartet der freie Journalismus auf seine Entdeckung durch die Wissenschaft. Die zuständige Kommunikator- und Medienforschung hat trotz der existentiellen Bedeutung des freien Journalismus für das Funktionieren des Medien-

systems bislang einen großen Bogen um dieses Feld geschlagen‘ (Weichler 2005: 70). Später wurde das Feld mit einer ‚Blackbox‘ (Pöttker 2008) verglichen. 2009 schreiben Meyen und Springer dann aber nach ihrer umfangreichen Untersuchung im Auftrag des Deutschen Fachjournalisten-Verbandes: ‚Von einer Blackbox kann keine Rede mehr sein: Die freien Journalisten in Deutschland sind in diesem Buch von allen Seiten beleuchtet worden.‘ (Meyen/Springer, 2009: 149). Im Zusammenhang mit den bereits in Kapitel 2.1 vorgestellten Ergebnissen dieser Studie zur (schlechten) Bezahlung freier Journalist\*innen, legen deren Autor\*innen in der Interpretation ihrer Daten großen Wert darauf, dass freie Journalist\*innen auf der anderen Seite über ein hohes Maß an Freiheit verfügen, das als Lebensqualität verstanden werden kann. ‚Freiberuflich im Journalismus arbeiten: Das bedeutet auch Freiraum für Kreativität und Selbstverwirklichung, Freiraum bei der Gestaltung von Arbeitstag und Arbeitsjahr und nicht zuletzt Freiraum bei der Interpretation des Berufsbildes‘ (Meyen/Springer, 2009: 149).

Wie groß der individuelle Freiraum tatsächlich ist, hängt dabei, das hat auch unsere Untersuchung gezeigt, von einer Reihe von Faktoren ab, die zum Teil mit der journalistischen Tätigkeit zu tun haben, aber auch mit den persönlichen Lebensumständen der jeweiligen Journalist\*innen. So wird der individuelle Freiraum größer, wenn Freie statt bei einer schlecht zahlenden Lokalzeitung beispielsweise beim wesentlich besser zahlenden öffentlich-rechtlichen Fernsehen arbeiten. Er kann aber auch zum Beispiel nach einer Erb-

schaft oder an der Seite eines gut verdienenden Partners bzw. einer gut verdienenden Partnerin stärker ansteigen, als durch die Arbeit für eine Redaktion, die gut bezahlt. Auch für die Frage, ob sich einzelne Journalist\*innen hauptberuflich als Journalist\*innen verstehen oder nicht, ist die Lebenssituation entscheidend.

### **Den oder die freie Journalist\*in gibt es nicht.**

In jedem Fall lässt sich sagen: Den oder die freie\*n Journalist\*in gibt es nicht. Allerdings wird in Untersuchungen aus den vorliegenden Daten oftmals ein Durchschnitt formuliert. Folgt man dieser Methode dann lassen sich Freie etwa wie folgt kategorisieren (vgl. Steindl et al. 2018):

- 45 Jahre alt und eher (58 Prozent) männlich
- politisch eher links der Mitte stehend
- hoher Akademisierungsgrad (82 Prozent)
- eher schlechter Verdienst (27,9 Prozent verdienen unter 1.800 Euro monatlich)

Das bekannte Problem des Durchschnitts aber ist, dass er die Disparität des Gegenstandes verdeckt. Besonders deutlich wird das bei Untersuchungen zum Einkommen. Auch in unserem gar nicht für quantitative Ergebnisse ausgelegten, kleinen Sample (17 Interviewte) variieren die Brutto-Einkünfte der interviewten freien Journalist\*innen extrem und liegen zwischen 300 Euro und mehr als 10.000 Euro im Monat. Aus diesen Polen einen Durchschnitt zu errechnen, wäre im besten Falle nichtssagend, im Grunde aber so-

gar verfälschend. Mit einem Durchschnittsverdienst von 5.150 Euro brutto würde der Eindruck erweckt, dass die Einkommen in Ordnung seien – was der Realität mit ihren vielen prekären Arbeitsverhältnissen nur Hohn spräche. Auch bezüglich der soziodemografischen Merkmale lässt sich aus einer allein lebenden Journalistin, die ihren Lebensunterhalt im Grunde hauptsächlich mit PR-Aufträgen verdient und einem Journalisten und Familienvater, der komplett im Journalismus tätig ist, kein aussagefähiger Durchschnitt bilden.

Um ein Bild von den Lebensverhältnissen freier Journalist\*innen in der Pandemie zu gewinnen, ist es dennoch nötig, zu einem gewissen Maß an Verallgemeinerung zu gelangen. Daher müssen Aussagen über die freien Journalist\*innen auch zumindest für eine Teilgruppe zutreffen. Die Schwierigkeit besteht hier in der Abgrenzung der einzelnen Gruppen untereinander (vgl. Meyen/Springer 2009: 17). Weichler stellt fest: „Frei ist ein Journalist, wenn er für mehrere Auftraggeber arbeitet und sich selbst um Aufträge und Sozialabgaben kümmern muss“ (Weichler 2005: 69 f.). Das ist natürlich richtig, berücksichtigt aber zunächst einen großen Teil der freien Journalist\*innen nicht, wie er selbst feststellt: Nicht erfasst sind damit etwa alle, die auf arbeitnehmerähnlicher Basis beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeiten, außerdem alle Freien, die sich zwar als Journalist\*innen verstehen, einen großen oder vielleicht sogar den größeren Teil ihres Einkommens aber durch PR-Aufträge verdienen. Außerdem werden all diejenigen ausgeschlossen, die sich zwar als

Journalist\*innen verstehen, aber auf Grund der persönlichen Lebenssituation – etwa weil sie in einer Lebensphase sind, in der sie hauptsächlich Kinder betreuen – ihre soziale Absicherung nicht über die journalistische Arbeit generieren. Schließt man all diese Gruppen aus, hat man zwar ein wesentlich klareres Bild von der Gruppe der freien Journalist\*innen – leider ist dieses Bild dann aber nicht mehr sehr aussagekräftig.

### **Es muss um ein umfassendes, inkludierendes Verständnis von Freien gehen.**

Es muss also darum gehen, ein möglichst umfassendes, inkludierendes Verständnis von freien Journalist\*innen zu Grunde zu legen, um zunächst einmal ein Bild der Lage zu gewinnen. Daher werden in der vorliegenden Studie auch freie Journalist\*innen berücksichtigt, die auf Grund ihrer Arbeit im PR- oder in anderen Bereichen nicht zwingend und ausschließlich in die Kategorie „freie Journalist\*innen“ fallen; zumindest dann, wenn sie überhaupt noch journalistisch tätig sind, denn einige sind auf Grund der Pandemie in andere Bereiche abgewandert.

Zunächst einmal ist es einleuchtend, dass freie Journalist\*innen Personen sind, die journalistisch arbeiten, ohne bei einem Medienunternehmen fest angestellt zu sein. Sie sind also nicht Arbeitnehmer\*innen, sondern Freiberufler\*innen. Weil sie in der Regel allein arbeiten und selbst keine Angestellten beschäftigen, werden

sie seit einiger Zeit auch zu den sogenannten Soloselbstständigen gerechnet.

Wir werden diese Journalist\*innen in dieser Studie aber nicht einfach nur als freie Journalist\*innen bezeichnen, sondern als freie Freie. Damit wollen wir den Unterschied zu denjenigen freien Journalist\*innen deutlich machen, die zwar ebenfalls kein abhängiges Beschäftigungsverhältnis zu einem Medienhaus als Arbeitgeber haben, die aber dennoch in bestimmter Weise mit einer Redaktion oder einem Medienunternehmen – meistens einer Zeitung oder einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt – verbunden sind und die hauptsächlich und regelmäßig für diese eine Redaktion arbeiten. Wenn sie – ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben – eine festgelegte Zahl an Arbeitstagen unselbstständig für die jeweilige Redaktion tätig sind, werden sie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk als feste Freie bezeichnet. Für diese festen Freien zahlen die Sender dann auch Sozialabgaben. Bei den Zeitungen heißen diejenigen, die – wiederum ebenfalls ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben – einen festgelegten Arbeitsumfang leisten oder einen bestimmten inhaltlichen Bereich bearbeiten und dafür ein Pauschalhonorar bekommen, meistens Pauschalist\*innen. Sie werden dort allerdings üblicherweise nicht sozialversichert. Die Zahl der Pauschalist\*innen ist in den letzten Jahren stark gesunken, da viele Zeitungen ihre Pauschalist\*innen entweder fest angestellt oder nicht weiter beschäftigt haben. Hintergrund waren Vorwürfe und Ermittlungen gegen Zeitungshäuser in Köln, die nicht wenige Pauschalist\*innen de facto als Scheinselbstständige beschäftigt hatten, sodass hohe Nachzah-

lungen in die Sozialkassen drohten<sup>6</sup> (vgl. Fromm 2015). Freie Journalist\*innen haben seit 1983 die Möglichkeit, ihre Sozialversicherungsbeiträge über die sogenannte Künstlersozialkasse (KSK) zu leisten. Der normalerweise von den Arbeitgeber\*innen finanzierte Anteil der Sozialversicherung wird hier vom Staat übernommen, die Verlage hatten also ihre Sozialversicherungspflicht an die Steuerzahler\*innen weitergereicht. Die Angst davor, der Scheinselbstständigkeit im eigenen Hause überführt zu werden, war bei den Verlagen nach 2015 groß, denn sie hätten nicht nur die aktuellen Sozialversicherungsleistungen, sondern auch solche aus der Vergangenheit nachzahlen und zudem mit Strafverfahren rechnen müssen. So gab es auch in unserer Untersuchung praktisch keine Zeitung, die angegeben hat, in großem Umfang hauptberufliche freie Journalist\*innen zu beschäftigen. Dies zeigt: Auch wenn sich einige Freie als hauptberufliche Journalist\*innen bestimmter Redaktionen begreifen, werden sie von der Redaktion selbst nicht zwingend so wahrgenommen.

In manchen Untersuchungen (Hörnig 1999; Meyen/Springer 2009) wird die Gruppe der hauptberuflichen freien Journalist\*innen noch in solche Freie unterteilt, die ohne feste und solche, die für mehrere feste Auftraggeber\*innen arbeiten. In unserer Untersuchung spielte die erste Gruppe (ohne feste Auftraggeber\*innen) allerdings praktisch keine Rolle.

### **Auch wenn sich einige Freie als hauptberufliche Journalist\*innen begreifen, werden sie von den Redaktionen selbst nicht zwingend so wahrgenommen.**

Feste freie Journalist\*innen und Pauschalist\*innen arbeiten somit mehrheitlich für eine\*n Auftraggeber\*in; in einzelnen Fällen trafen wir auf die Verpflichtung, im eigenen regionalen Bereich nicht für konkurrierende Medien zu arbeiten oder einen Artikel zum gleichen Thema anderen Auftraggeber\*innen erst mit einem zeitlichen Abstand von mindestens einem Tag anzubieten. In allen diesen Fällen handelte es sich eindeutig um hauptberufliche Journalist\*innen, weil sie ihren Lebensunterhalt vollständig oder zumindest überwiegend durch journalistische Arbeit verdienen; diese Feststellung schließt an die bekannte sogenannte „Weischenberg-Definition“ an. Wir können sie also auch dann als Journalist\*innen bezeichnen, wenn sie neben dem Journalismus noch andere Einkommensquellen haben indem sie etwa PR-Aufträge realisieren oder Veranstaltungen moderieren, immer der Definition entsprechend, dass sie mit ihren Tätigkeiten außerhalb des Journalismus nicht den Hauptteil ihres Einkommens verdienen. In diesem Fall sind sie hauptberuflich Journalist\*innen und begreifen sich selbst auch als solche.

<sup>6</sup> Im Nachgang wurden viele ehemalige Scheinselbstständige entweder eingestellt oder nicht weiterbeschäftigt und es gab – nach Angaben von Betroffenen – auch was die Versicherungszeiten angeht, Einzelfallentscheidungen zugunsten der Betroffenen. Insgesamt aber scheinen sich Dumont und der Zoll damals geeinigt zu haben. Folgeentscheidungen, etwa was die Eingruppierungen der ehemaligen Scheinselbstständigen angeht, sind noch nicht alle entschieden.



Auch freie Freie, die für verschiedene Redaktionen journalistisch tätig sind, gerne auch „Bauchladenjournalist\*innen“ genannt, begreifen sich selbst als Journalist\*innen.

### **Hauptberuflichen Journalist\*innen standen rund doppelt so viele Hobbyjournalist\*innen gegenüber.**

Daneben gibt es – vor allem im Bereich der Zeitungen – noch eine weitere Gruppe, deren Angehörige journalistisch tätig sind, die aber davon in der Regel nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten, weil sie entweder zusätzlich einem anderen Beruf nachgehen oder bereits in Rente bzw. Pension sind. Diese Gruppe wird üblicherweise als Hobbyjournalist\*innen bezeichnet. Ihnen hatte Moenikes (2001) eine erste Untersuchung gewidmet. Sie hat dabei ein zwar nicht unbedingt schmeichelhaftes, aber doch mitfühlendes Bild von Tätigkeit und Situation dieser Hobbyjournalist\*innen gezeichnet: „(Sie) opfern Abende und Wochenenden und das für ein paar Pfennige Honorar“ (ebd.: 10), sie werden von Redaktionen nicht betreut, obwohl diesen die Kompetenz-Defizite der Hobbyjournalist\*innen durchaus auffallen und durch Qualifizierungen die journalistische Qualität ihrer Arbeit wesentlich verbessert werden könnte (ebd.: 10).

Bereits Moenikes hatte in diesem Zusammenhang auf die Zahlenverhältnisse zwischen den

Gruppen aufmerksam gemacht. Auch wenn hauptberuflich tätige Journalist\*innen angesichts der von ihnen jeweils für die journalistische Tätigkeit aufgewendeten Zeitbudgets nicht einfach den Hobbyjournalist\*innen gegenübergestellt werden können, so ist doch bemerkenswert, dass den damals von der Forschung ermittelten etwa 54.000 hauptberuflichen Journalist\*innen geschätzt rund doppelt so viele Hobbyjournalist\*innen gegenüberstanden (Moenikes 2001: 12).

Auch wenn, so hatte sie argumentiert, diese Hobby-Freien in vielen Fällen Texte ablieferten, die in den Redaktionen erst noch für die Veröffentlichungsreife redigiert werden müssten (ebd.: 17, 22), so sei die Bedeutung der nebenberuflich tätigen und überwiegend nicht journalistisch qualifizierten Hobby-Freien für die Berichterstattung vor allem über die Routinen und die Besonderheiten des täglichen Lebens, die ohne sie nicht stattfinden könnte, dennoch unübersehbar: Sie füllten Personallücken in den Redaktionen, brächten aufgrund ihres persönlichen Lebensweges oder ihrer Kenntnis der Region spezifisches Wissen, Beziehungen, Kontakte und Kompetenzen mit und seien im Übrigen auch Reservoir für den journalistischen Nachwuchs (ebd.: 13).

Eine Typologie von freien Journalist\*innen ist zuletzt von Meyen und Springer (2009) vorgelegt worden.<sup>7</sup> Sie berücksichtigen dafür allerdings weniger das Selbstverständnis der Freien, als

---

<sup>7</sup> Genaugenommen präsentieren Meyen und Springer sogar zwei Typologien, sie verwenden dann aber nur eine davon für ihre Analyse.

vielmehr deren Beschäftigungssituation; dabei ist auffällig, dass die für den Beruf doch wichtige Kategorie der Ausbildung – Volontariat und/oder Studium – hier offenbar ausgelassen wird. Nach der Argumentation von Meyen und Springer schreiben Freie nicht in erster Linie für ihre Leser\*innen, sondern für die Redakteur\*innen, von denen sie beauftragt worden sind und die ihre Arbeit beurteilen. „Diese entscheiden, welcher Beitrag gedruckt oder gesendet wird, welcher Freiberufler überhaupt einen Auftrag bekommt und wie dieser Auftrag bezahlt wird“ (Meyen/Springer 2009: 106).

In unserer Untersuchung hat dieser Aspekt allerdings keine zentrale Rolle gespielt. Wir wollten die Wahrnehmung und Bewältigung der Pandemie-Folgen im Leben der von uns in die Untersuchung einbezogenen Freien weniger in dem durch Hierarchieverhältnisse beeinflussten beruflichen Status suchen, als vielmehr mit den berufsbiographischen und sozialen Umständen des beruflichen und privaten Lebens der von uns befragten Personen verknüpfen.

### 2.3 Die Freien in Bremen

Obwohl Bremen, anders als Hamburg, Köln oder Berlin, nicht als Medienstadt gilt, sind Stadt und Umland dennoch ein zwar kleines, aber zutreffendes Abbild der deutschen Medienlandschaft. Als Bundesland hat Bremen mit *Radio Bremen* eine Landesrundfunkanstalt, zudem sind in Bremen und „Umzu“ (die Bremer Bezeichnung für das Bremer Umland) mehrere Lokal- und Regionalzeitungen ansässig: Neben dem *Weser-Kurier* auch die *Syker Kreiszeitung* oder in Bremerhaven,

der zweiten Stadt im Zwei-Städte-Staat Bremen, die *Nordsee-Zeitung*. Mit dem *Weser Report* gibt es in Bremen außerdem ein zweimal wöchentlich erscheinendes, kostenloses Anzeigenblatt, das auch einen durchaus respektablen, lokal orientierten Informationsteil hat. Sowohl RTL als auch SAT.1 haben in Bremen eigene Redaktionen, vertreten sind zudem einige Privatradios (vgl. Langer/Dienel 2019). Hinzu kommen die *Bild* und einige kleinere Redaktionen von ZDF, *dpa* und *taz* sowie verschiedene Korrespondent\*innen überregionaler Medien. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Werbeblättern und Programmagazinen.

### **Bremen bietet einen Mikrokosmos der deutschen Medienlandschaft.**

Viele dieser Redaktionen arbeiten mit freien Mitarbeiter\*innen. Weitere freie Journalist\*innen arbeiten von Bremen aus für überregionale Medien oder Fachmedien. Es finden sich hier also alle Typen von Presseorganen, die das Arbeitsumfeld freier Journalist\*innen mehr oder weniger vollständig und präzise abbilden. Für unsere Studie wurde Bremen als Mikrokosmos angenommen, in dem die Situation des Arbeitens und Lebens freier Journalist\*innen und eben auch ihrer Betroffenheit von der Pandemie in einer typischen Arbeitsumgebung beobachtet werden können. Vor diesem Hintergrund sehen wir es als gerechtfertigt an, diesen Mikrokosmos als Feld für die Untersuchung der Arbeits- und Lebenssituation freier Journalist\*innen, insbesondere ihrer Betroffenheit von der Corona-Pandemie, zu definieren.

Der Rundfunksektor in Bremen wird vor allem durch *Radio Bremen* geprägt (vgl. Rudershausen 2020: 25). *Radio Bremen* bietet die Bereiche Hörfunk, Fernsehen und Online an. Die bremische Landesrundfunkanstalt ist die mit Abstand kleinste aller öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mit „einem Anteil von weniger als einem Prozent am gesamten festangestellten Personal der neun ARD-Rundfunkanstalten. Hinzu kommen freie Mitarbeiter, deren Anteil an den freien Mitarbeiterkapazitäten aller ARD-Anstalten mit rund zwei Prozent jedoch deutlich höher liegt“ (Rudershausen 2020: 28). Die Verwendung des Begriffs „Mitarbeiterkapazitäten“ bedeutet, dass die Beschäftigung nicht nach Köpfen gezählt, sondern – wegen der unterschiedlichen Arbeitsvolumina von Freien und Festangestellten – auf Vollarbeitsverhältnisse umgerechnet wird. Der Anteil des Personals von *Radio Bremen* am Personal der ARD wird also nicht in realen Personen ausgedrückt, sondern in Personentagen. Die Zahl aller festangestellten Beschäftigten bei *Radio Bremen* ist, nach einem Beschluss der Ministerpräsident\*innen der Länder, der für *Radio Bremen* zu dramatischen Finanzverlusten führte, in den Jahren zwischen 1999 und 2006 um fast 40 Prozent gesunken (vgl. Rudershausen 2020: 29), er liegt heute laut eigenen Angaben bei 230 Mitarbeiter\*innen. Diese Größenordnung beruht auf einer Vorgabe der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) und kann vom Sender allein nicht geändert werden. Personalbewegungen sind folglich nur durch Beschäftigung von Freien möglich. Die Zahl der Freien, die der Sender (als arbeitnehmerähnliche Freie) beschäftigt, liegt, nach

Mitarbeiterkapazitäten gerechnet, ebenfalls bei rund 230. Tatsächlich dürften es etwa 400 bis 450 Personen sein, die – oftmals nur im Äquivalent einer Teilzeittätigkeit – für *Radio Bremen* arbeiten. Bedenkt man, dass bei der Anzahl der festangestellten Mitarbeiter\*innen auch viele dabei sind, die nicht oder nicht direkt journalistisch arbeiten (während Freie dafür kaum eingesetzt werden), so ergibt sich, dass von Freien ein wesentlich größerer Anteil des Programms erstellt wird als von festangestellten Mitarbeiter\*innen.

### **Bei Radio Bremen wird der größere Teil des Programms von Freien produziert.**

Die freien Mitarbeiter\*innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung zufolge grundsätzlich finanziell schlechter gestellt als die festangestellten Mitarbeiter\*innen: „Im direkten Honorarvergleich (Monatshonorare) der Moderator\*innen, Redakteur\*innen und redaktionellen Mitarbeiter\*innen schneiden die freien Mitarbeiter\*innen gegenüber den fest angestellten Mitarbeiter\*innen bedeutend schlechter ab“ (Langer/Dienel 2019: 52). Es handelt sich hier um eine Aussage, die auf der Grundlage der durchschnittlichen Einkommen in allen bundesdeutschen Rundfunkanstalten zustande gekommen ist.

Rudershausen kommt zu dem Schluss, dass die arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten bei *Radio Bremen* im Vergleich zu denen anderer Rundfunkanstalten bessergestellt sind: Hier hätte man „So-

ziale Leistungsansprüche, Sicherheiten und Möglichkeiten, die bei anderen Rundfunkanstalten nicht oder nicht im gleichen Umfang vorhanden bzw. vertraglich fixiert sind“ (Rudershausen 2020: 33). Dass ein direkter Einkommensvergleich zwischen Freien und Festangestellten problematisch ist, haben wir bereits dargelegt. Langer und Die-nel beziehen sich außerdem auf eine Aussage auf der Basis der durchschnittlichen Werte aller neun Landesrundfunkanstalten, unter denen *Radio Bremen* auf Grund zu kleiner Fallzahl der Befragten nicht gesondert ausgewiesen wurde.

Bezogen auf die Zufriedenheit der freien Mitarbeiter\*innen betont die Studie von Langer/Die-nel (2019), dass *Radio Bremen* besser abschneidet als andere Rundfunkanstalten. Das mag damit zusammenhängen, dass *Radio Bremen* auf Grund der vielen Sparmaßnahmen stärker als andere Landesrundfunkanstalten auf freie Mitarbeiter\*innen angewiesen ist, und dass die Freien daher in anderer Weise in die Redaktionen integriert werden.

Die Redaktionen der privaten Anbieter\*innen spielen in Bremen insgesamt, vor allem aber auch bezogen auf die freien Mitarbeiter\*innen, eine wesentlich kleinere Rolle. Neben *ENERGY Bremen* als einem etwas größeren Hörfunkprogramm gibt es einige sehr kleine Hörfunkredaktionen anderer Programme sowie lokale Redaktionen der privaten Fernseh-Anbieter SAT.1 und RTL. In einigen Redaktionen werden freie Mitarbeiter\*innen beschäftigt, allerdings nur vereinzelt, und damit deutlich weniger als im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Die dominierende Tageszeitung in Bremen ist der *Weser-Kurier*, der mit einigen Lokalausgaben auch in der Region erscheint. Seit 2016 verfügt die Zeitung über einen Internetauftritt, der im Jahr 2021 vollständig überarbeitet wurde. Mit der Überarbeitung sind viele Artikel inzwischen kostenpflichtig bzw. nur für Abonnent\*innen zugänglich, während es zuvor keine Paywall gab. Die Druckauflage der Zeitung hat sich seit 1998 auf rund 114.000 Exemplare im Quartal 2/2021 halbiert (vgl. IVW 2021a). Zudem hat der *Weser-Kurier* in Bremen-Nord, einem zur Stadt Bremen gehörenden, aber räumlich etwas getrennt von der Kernstadt liegenden Stadtteil mit etwa 100.000 Einwohnern, eine Regionalausgabe.

### **Die Auflage des *Weser-Kurier* hat sich seit 1998 halbiert.**

Außerdem gab es bis Oktober 2021 eine Ausgabe der *taz* mit einer Bremen-Seite, die Bestandteil der *taz* Nord war. Auch bei der *taz* sind die Druckauflagen um eine dem *Weser-Kuriervergleichbare* Größenordnung, nämlich 47,8 Prozent, gesunken (vgl. IVW 2021b). Die Druckauflage der *taz* Bremen betrug damit im Quartal 2/2021 noch 4.104 Exemplare. Generell bereitet die *taz* ein Ende der gedruckten Zeitung (bis auf die Wochenendausgabe) in den nächsten Jahren vor, die dann nur noch als Online-Zeitung erscheinen soll, was neben der Gesamtzeitung natürlich auch den bremischen Part betreffen wird.

Mit der *Nordsee-Zeitung* erscheint eine weitere regional ausgerichtete Zeitung in Bremerhaven,

mit der *Syker Kreiszeitung*, die zur Ippen-Gruppe gehört, eine Tageszeitung in Syke und Umgebung, einer Kreisstadt südlich von Bremen. Mit Ippen-Digital hat man sich inzwischen auch bei der Ippen-Gruppe sehr auf den digitalen Bereich fokussiert, die Zeitung wird jedoch auch weiterhin in der gedruckten Variante erscheinen. Darüber hinaus gibt es mit dem *Weser Report* ein Anzeigenblatt, das eine Redaktion unterhält, in der ebenfalls einige freie Mitarbeiter\*innen tätig sind bzw. waren. Die *Bremer Nachrichten*, die früher als zweite Tageszeitung in Bremen erschienen, existieren nur noch als äußere Hülle; die Inhalte sind identisch mit denen des *Weser-Kurier*. Der Print-Bereich in Bremen wird also von einigen wenigen Akteuren dominiert. Dennoch ist Bremen mit gedruckten Zeitungen angesichts des generell schrumpfenden Print-Bereichs in Deutschland auch aus einer überregionalen Perspektive noch vergleichsweise gut ausgestattet (Interview Hofmann/von Fintel 2021). Die Zahl der Tageszeitungen nimmt stetig ab (vgl. auch Hasebrink et al. 2017: 11ff.). Die sinkenden Auflagen deuten auf einen entsprechenden Spardruck bei den Verlagen hin. Für die angestellten Mitarbeiter\*innen ist dabei – neben der bereits thematisierten Arbeitsverdichtung – auch problematisch, dass sich immer mehr Verlage aus der Tarifbindung lösen (vgl. Rudershausen 2020: 36).

Neben den Tageszeitungen erscheinen noch eine Reihe stadtteilbezogener Werbeblätter und mit *Mix* und *Bremer* zwei Programmmagazine. Letztere waren von der Corona-Pandemie beson-

ders stark betroffen, weil ihre Inhalte so gut wie vollständig weggebrochen sind. Es existieren außerdem eine Reihe von Stadtmagazinen, die zum Teil auch nur in einzelnen Stadtteilen erscheinen und verteilt werden; auch sie beschäftigen, meist überwiegend, Freie.

In den Print-Redaktionen wurde mit Beginn der Pandemie, deutlich häufiger als im Rundfunkbereich, Kurzarbeit genutzt und auf die Zuarbeit von freien Journalist\*innen verzichtet.

### **Radio Bremen musste, wie alle öffentlich-rechtlichen Sender, keine Kurzarbeit anmelden.**

Das ist nicht weiter überraschend, da *Radio Bremen* als größter Sender wie alle öffentlich-rechtlichen Sender keine Kurzarbeit anmelden musste. Dort, aber auch bei den privaten Sendern, wurden die freien Mitarbeiter\*innen während der Pandemie weiter beschäftigt.

Dass Journalist\*innen in Bremen insgesamt erheblich von der Corona-Pandemie betroffen waren, lassen nicht zuletzt die Arbeitslosenzahlen des Bundeslandes vermuten (Rudershausen 2020). Diese liegen zwar nicht berufsspezifisch vor, haben in den Berufsgruppen „Werbung und Journalismus“ 2020 jedoch um fast 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat zugelegt (Rudershausen 2020: 49).

### 3 Durchführung und Methoden der Untersuchung

Die Untersuchung, inwieweit freie Journalist\*innen von der Corona-Pandemie und den Maßnahmen zur Bewältigung ihrer Folgen betroffen waren und sind, wollten wir als Regionalstudie durchführen. Dafür sprachen zusammengefasst drei miteinander verbundene Argumente:

- Zum einen standen uns für die Durchführung des Projektes dankenswerterweise, aber nur in begrenztem Umfang, materielle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung.
- Diese Ausgangssituation traf sich mit der Absicht, Ergebnisse in absehbarer Zeit vorlegen zu können.
- Die Region Bremen kann als ein Mikrokosmos der Presselandschaft in Deutschland angesehen werden. Ergebnisse, die wir hier erarbeiten konnten, sollten auch für einen größeren Bereich Gültigkeit beanspruchen können.<sup>8</sup>

Es wurden zwei Ansatzpunkte gewählt. Zum einen haben wir freie Journalist\*innen befragt. Zum anderen wollten wir von den Redaktionen, die Freie einsetzen, wissen, wie sie deren Situation wahrnehmen und nicht zuletzt auch, wie sie ihre eigene Verantwortlichkeit und Handlungsmöglichkeiten den Freien gegenüber interpretierten und nutzten.

Insgesamt schrieben wir zwölf in Bremen ansässige Medienhäuser an, erklärten unser Projekt, erläuterten unser Untersuchungsinteresse und baten um einen Video-Interviewtermin. Zwei der angeschriebenen Medienhäuser antworteten uns nicht auf unsere Anfrage (bei diesen handelte es sich jedoch um Redaktionen, die nach uns vorliegenden Informationen auch vor der Pandemie nur sehr wenige Freie beschäftigt hatten). Zwei weitere konnten wir mit etwas hartnäckiger Freundlichkeit dazu bewegen, ihr anfängliches Zögern zu überwinden und uns ein Interview zu geben. In einem Falle erhielten wir eine Absage per E-Mail, wobei wir aus der Begründung wichtige Informationen entnehmen konnten, so dass wir am Ende mit telefonischen Erläuterungen der darin zum Ausdruck kommenden Sachverhalte zufrieden sein konnten. Ein nachträglich kontaktiertes Medium, das nicht zu den zwölf anfänglich angefragten Medien gehörte, gab uns ebenfalls seine Daten über die – geringe – Beschäftigung von Freien telefonisch durch, stand allerdings nicht für ein Interview zur Verfügung. In der Summe konnten wir also insgesamt elf Medienhäuser in die Befragung einbeziehen, die die Medienbereiche öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk, Zeitung sowie Stadtmagazi-

---

<sup>8</sup> Um die überregionale Gültigkeit unserer Ergebnisse überprüfen zu können, haben wir am Ende der Untersuchung Gespräche mit Personen aus Gewerkschaften und Verbänden der Journalist\*innen, die aufgrund ihrer Zuständigkeiten einen Überblick über die überregionale Situation haben, geführt. Eine Übersicht über die Interviewpartner\*innen findet sich am Ende dieses Textes.

ne und ihre jeweiligen Online-Ableger repräsentierten. Für je ein Interview standen uns damit Personen aus der Leitungsebene folgender zehn Medien zur Verfügung:

### Bereich Rundfunk

- *Radio Bremen* (Hörfunk, Fernsehen und Online)
- die Redaktionen von RTL und SAT.1
- der private Radiosender *ENERGY Bremen* und
- die Produktionsfirma „Sendefähig“

### Bereich Print

- der *Weser-Kurier*
- die *Syker Kreiszeitung*
- der *Weser Report*
- die *taz Bremen*
- die *Nordsee-Zeitung*<sup>9</sup>

Allen Medienhäusern war mit der Bitte um einen Interviewtermin auch ein Statistikblatt zugeschickt worden, in das eingetragen werden sollte, wie viele Freie insgesamt, aufgeschlüsselt nach festen und freien Freien, 2019, 2020 und bis zum Frühsommer 2021 beschäftigt worden waren. Diese Datenblätter erhielten wir zunächst von fünf Medienhäusern ausgefüllt zurück, ein weiteres sandte uns die entsprechenden Informationen in einer E-Mail-Nachricht und vier weitere gaben uns ihre (sehr geringen) Zahlen telefonisch durch oder wir erhielten sie im Rahmen des Interviews. In den Fällen, in denen es nicht nur um wenige freie journalistische Mitarbeiter\*innen ging, waren diese Informationen mit

Hilfe der Lohnbuchhaltung ermittelt worden, die jede Person gezählt hatte, die in dem fraglichen Zeitraum eine Honorarzahlung erhalten hatte.

## Wie sind freie Journalist\*innen mit der Pandemie zurechtgekommen?

Da sich unser Untersuchungsinteresse nicht auf quantifizierbare Sachverhalte richtete, sondern auf die erlebte Wirklichkeit in der Pandemie, wurde über diese Erfassung grundlegender Daten hinaus die Methode der qualitativen Befragung gewählt. Ziele waren die Erfassung der typischen Folgen für die Arbeit von Freien, für ihre persönliche Situation und für ihr Selbstverständnis als Journalist\*innen sowie die Beschreibung der Bewältigungsstrategien in schwierigen Situationen. Ganz allgemein wollten wir wissen, wie sich ihre Betroffenheit von der Pandemie darstellte und wie sie mit dieser Situation zurechtgekommen waren.

Da die Gruppe der freien Journalist\*innen heterogen und in ihrer Gesamtheit noch nicht umfassend erforscht ist (siehe Kapitel 2), stand für die Auswahl der zu befragenden Personen kein empirisch zutreffendes Strukturmuster zur Verfügung, das wir mit unserem Sample hätten nachbilden können und das uns ermöglicht hätte, die Verteilung zentraler Merkmale in unserem Sample an die Verteilung in der gesamten Gruppe der Freien anzugleichen. Deswegen wurde

---

9 Die *Nordsee-Zeitung* übermittelte uns ihre Informationen telefonisch und per E-Mail.



darauf geachtet, solche Merkmale angemessen zu repräsentieren, von denen aufgrund theoretischer Überlegungen und bisheriger Kenntnisse zu erwarten war, dass sie einen Einfluss auf Ausmaß und Form der Betroffenheit freier Journalist\*innen von der Pandemie haben. Das Sample der Befragten sollte also so zusammengestellt werden, dass die Faktoren Geschlecht, Berufserfahrung, Beruflichkeit, Mediengattung, Arbeitsform, die Tatsache, ob jemand alleine arbeitet oder in einer Bürogemeinschaft, weiter die konkrete Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses und schließlich auch die familiäre Situation und der Familienstand ausreichend und angemessen repräsentiert waren. Konkret wurde eine Zusammensetzung nach folgenden Merkmalen angestrebt:

- **Geschlecht:** Die Gruppe der Befragten sollte je zur Hälfte aus Frauen und Männern bestehen. Weitere Geschlechter haben wir nicht ausgeschlossen, sind bei unserer Recherche aber auch auf keine entsprechenden Personen gestoßen.
- **Berufserfahrung:** Die Dauer der Berufserfahrung wurde dem gleichsam ‚natürlich‘ erscheinenden Merkmal ‚Alter‘ vorgezogen, weil sie eher Eigenschaften wie berufliche Kompetenz, Integration in existierende Netze und Kontakte oder Bekanntheit abbildet. Es wurde angenommen, dass relevante Grenzen einmal bei weniger als fünf Jahren liegen, bis der Status als Berufsanfänger\*in überwunden ist und zum anderen bei 15 Jahren, eine

Zeitspanne, nach der die journalistische Kompetenz umfassend ausgebildet und die Integration in den heimischen Pressemarkt vollzogen ist.

- **Beruflichkeit:** Gerade unter dem Aspekt der Betroffenheit von den Auswirkungen der Pandemie und den Möglichkeiten zu deren Bewältigung wurde angenommen, dass es eine Rolle spielt, ob es sich bei Befragten um Personen handelt, die haupt- oder nebenberuflich im Journalismus arbeiten, welchen Umfang die journalistische Tätigkeit an der gesamten beruflichen Tätigkeit hat, in welchem Ausmaß die journalistische Tätigkeit zum Einkommen beiträgt und ob die anderen ausgeübten beruflichen Tätigkeiten mit dem Journalismus verwandt sind oder nicht.<sup>10</sup>
- **Mediengattung:** Ebenfalls Folgen für die Betroffenheit durch die Pandemie und die Möglichkeiten zu deren Bewältigung wurden der Tatsache zugemessen, für welches Medium Befragte arbeiten sowie der Frage, ob sie nur für eines oder für mehrere Medien tätig sind. Für relevant wurde dabei – schon wegen der unterschiedlichen institutionellen und rechtlichen Bedingungen – die Trennung in (privaten und öffentlich-rechtlichen) Hörfunk und Fernsehen sowie Print- und Onlinemedien angesehen.
- **Arbeitsform:** Es wurde darauf geachtet, dass sowohl Befragte, die allein, als auch solche, die in einer wie auch immer gearteten Gruppe (Medienbüro, Bürogemeinschaft etc.) arbeiten, einbezogen wurden.

---

<sup>10</sup> Dieses Kriterium entspricht im wesentlichen der Weischenberg'schen Journalismus-Definition.

- **Form des Arbeitsverhältnisses:** Die Interviewpartner\*innen wurden nach den formalen Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit unterschieden. Während zunächst nur zwischen freien Freien und festen Freien differenziert wurde, zeigte sich während der empirischen Erhebungen, dass die formalen Rahmenbedingungen noch deutlich differenzierter sind.
- **Familienstand:** Wegen der Auswirkungen der Pandemie auf das Privatleben (über das Einkommen hinaus) wurde der Kategorie ‚Familienstand‘ eine besondere Rolle zugemessen. Es wurde danach differenziert, ob die Interviewten in einer Partnerschaft leben und ob sie Kinder haben, da beide Faktoren den Handlungsspielraum der von der Pandemie Betroffenen erheblich beeinflussen dürften.

### **Hobbyjournalist\*innen sind für die Wissenschaft schwer zu erreichen.**

Aufgrund unserer begrenzten Ressourcen mussten wir die Gruppe der befragten Freien begrenzen. Eine systematische Variation bei voller Berücksichtigung aller Merkmale hätte die Zahl der zu befragenden Personen zu stark erhöht und wäre in einem vernünftigen Zeitrahmen sowie im Rahmen der Projektressourcen nicht zu leisten gewesen. Darüber hinaus nimmt, nach aller Erfahrung aus der empirischen Sozialforschung, bei einer größeren Zahl von qualitativen Interviews zu einer begrenzten Fragestellung ab einer bestimmten Menge der zusätzliche Informationsgehalt aus weiteren Gesprächen erkennbar

ab, und diese Schwelle dürfte mit den von uns geführten 17 Interviews mit freien Journalist\*innen erreicht worden sein.

Insgesamt waren unter den Befragten weniger Frauen (sechs) als Männer (elf). Damit kann das Sample zwar nicht als befriedigend, aber immerhin als akzeptable Näherung an die durch die Arbeitnehmerkammer Bremen ausgewiesenen Geschlechterverhältnisse (Rudershausen 2020: 15) angesehen werden.

Die Befragten wiesen überwiegend eine mittlere und längere Dauer der Berufserfahrung auf. Wir haben zwei Personen mit einer Berufserfahrung von weniger als fünf Jahren, sieben Personen mit einer Berufserfahrung von unter fünfzehn Jahren und acht Personen mit einer Berufserfahrung von fünfzehn und mehr Jahren befragt. Die geringe Zahl an Berufseinsteiger\*innen korrespondiert dabei mit den Daten früherer Studien (vgl. Meyen/Springer 2009). Leider haben sich fast nur hauptberufliche Journalist\*innen für ein Interview bereiterklärt. Von den beiden, die ihre journalistische Tätigkeit selbst als nebenberuflich bezeichnet haben, war eine Person noch in der Ausbildung, die andere Person hatte eine journalistische Ausbildung zumindest begonnen. Echte Hobbyjournalist\*innen, also Personen aus anderen Berufen und ohne journalistische Ausbildung, haben wir in unsere Untersuchung nicht einbeziehen können.

Die Befragten haben teilweise für mehrere Medien gearbeitet, daher summiert sich die Auflistung der Mediengattungen nicht auf siebzehn. Es dominieren: Zeitungen (zehn) und der öffent-

lich-rechtliche Rundfunk mit den Bereichen Hörfunk und Fernsehen (neun) sowie Online (acht). Nicht erreicht wurden Freie, die ausschließlich für Online-Medien arbeiten. Die meisten Journalist\*innen, die wir befragen konnten, arbeiten allein oder – das gilt für die Freien aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich – innerhalb der jeweiligen Redaktion. Die Zahl derer, die in Bürogemeinschaften arbeiten, liegt deutlich niedriger (drei). Soweit wir das einwandfrei erheben konnten, leben sieben der Interviewpartner\*innen allein und wenn in Partnerschaft (neun), dann meist ohne Kinder. Wir haben allerdings auch einige Freie erreicht (vier), die ihre journalistische Tätigkeit mit Familienpflichten koordiniert haben.

Somit bildet unser Sample die Zielgruppe insofern zufriedenstellend ab, als wir hier brauchbare Ergebnisse über die Betroffenheit freier Journalist\*innen in der Pandemie präsentieren können. Fast alle hier aufgeführten, von uns als bedeutend angesehenen Merkmale, konnten ausreichend abgedeckt werden.<sup>11</sup>

Der Zugang zu den Personen, die sich für ein Interview über die Situation freier Journalist\*innen unter den Bedingungen der Pandemie zur Verfügung stellten, erfolgte auf mehreren Wegen. Einerseits haben die entsprechenden Gewerkschaften – die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di (dju) und der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) – sowie der Berufsverband der freien Journalistinnen

und Journalisten (Freischreiber), andererseits die Personalvertretungen in verschiedenen Medienhäusern freundlicherweise unsere Interview-Bitte über ihre Verteiler an mögliche Betroffene weitergeleitet. Zusätzlich haben freie Mitarbeiter\*innen Kolleg\*innen angesprochen und so den Kreis unserer Gesprächspartner\*innen erweitert.

Alle Interviews – mit Freien und mit ihren Auftraggeber\*innen – wurden als Leitfadeninterviews geführt. Die Interviews mit den Vertreter\*innen der Medienhäuser fanden in der zweiten Maihälfte und der ersten Junihälfte 2021 statt, ein Interview konnte erst Mitte Juli durchgeführt werden. Die Freien wurden in der zweiten Junihälfte und in der ersten Julihälfte 2021 interviewt. Alle Interviews wurden als Video-Gespräche und mit ganz wenigen Ausnahmen von beiden Verfasser\*innen dieser Studie gemeinsam durchgeführt. Die Gespräche wurden mit Zustimmung der Befragten aufgezeichnet und anschließend von uns verschriftlicht.

Die Aussagen aller Interviewten werden im Folgenden sinngemäß oder wörtlich wiedergegeben. Wörtliche Zitate sind grundsätzlich nicht verändert worden; die Eigenheiten der gesprochenen Sprache wurden auch dort beibehalten, wo sie mit der geschriebenen nicht übereinstimmt. Eine Ausnahme hiervon haben wir nur gemacht, um gegebenenfalls einer Deanonymisierung vorzubeugen.

---

<sup>11</sup> Informationen zu den einzelnen Befragten über die genannten Merkmale hinaus werden nicht veröffentlicht, da allen Interviewpartner\*innen Anonymität zugesichert wurde – eine Zusage, die in einem relativ kleinen Raum wie der breimischen Journalist\*innenszene ohnehin schon schwer zu gewährleisten ist. Unsere Leser\*innen bitten wir dafür um Verständnis.

## 4 Der lange Weg zur Unterstützung Soloselbstständiger

Für die Kreativen insgesamt, insbesondere aber für die Soloselbstständigen, also auch die Gruppe der freien Journalist\*innen, waren die Corona-Hilfen von großer Bedeutung. Während aber staatliche Unterstützungsmaßnahmen zur Abwendung der wirtschaftlichen Einbußen durch die Pandemie relativ unmittelbar und massiv aufgebaut wurden, wurde die Personengruppe der freien Journalist\*innen dabei anfangs so gut wie vollständig verfehlt.

### **Freie Journalist\*innen wurden mit den Hilfsmaßnahmen anfangs fast völlig verfehlt.**

Ein wichtiger Grund dafür kann im Wesentlichen darin gesehen werden, dass das Konzept der staatlichen Hilfeleistungen offensichtlich an einem volkswirtschaftlichen Modell orientiert war, bei dem es einerseits Unternehmungen gibt, die Sachkapital, Personal und gegebenenfalls eine Kreditfinanzierung benötigen und andererseits Haushalte, die Beschäftigung in den Unternehmen nachfragen und mit dem dort erzielten Einkommen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Folglich war das Rettungskonzept auf den Erhalt dieser materiellen und personellen Unternehmensstrukturen und auf die Sicherung der abhängig Beschäftigten gerichtet. Zur Verfügung gestellt wurden zum einen Mittel, mit denen Unterneh-

men, wenn ihnen keine oder stark reduzierte Einnahmen zur Verfügung standen, ihre weiterhin anfallenden Betriebskosten decken konnten, also etwa Mieten und Pachten oder die Raten für Kredite und geleaste Betriebsmittel, aber auch Personalkosten. Zum anderen wurden die Arbeitnehmer\*innen (und damit natürlich auch die Unternehmen) durch die Kurzarbeitsregelungen der Bundesanstalt für Arbeit (die einen großen Teil der Lohnzahlungen für Beschäftigte in Kurzarbeit übernahm) unterstützt, was den Beschäftigten ein Einkommen sicherte, die Unternehmen entlastete und Entlassungen oftmals verhindern konnte.

Freie Journalistinnen und Journalisten allerdings konnten durch dieses Hilfenetz gerade nicht aufgefangen werden. Hilfen zur Deckung der Betriebskosten liefen bei ihnen ins Leere. Ihre Arbeit erfordert in aller Regel keine Sachausstattung in einem Umfang, der durch die Absicherung von Betriebsmitteln hätte aufrechterhalten werden müssen. Und für die auf Situation und Status abhängig Beschäftigter ausgerichtete Konstruktion der Kurzarbeit verfügten sie als Selbstständige nicht über die grundlegende Voraussetzung, nämlich den Arbeitnehmerstatus. Zeitungsverlage und Rundfunkanstalten – außer dem öffentlich-rechtlichen Bereich – nahmen die Kurzarbeitsregelung zwar in Anspruch, sicherten damit aber nur ihre festangestellten Beschäftigten ab.

Die große Gruppe der Freiberufler in der Kultur- und Kreativwirtschaft, zu der auch freie Journalist\*innen gehören, konnte weder auf Zahlungen für Betriebskosten, noch auf Lohnersatzzahlungen hoffen – stattdessen hätte es direkter Hilfen zum Lebensunterhalt bedurft. Die Verwendung der Mittel aus den existierenden Unterstützungsprogrammen für die private Lebensführung aber war im ersten Stadium der staatlichen Überbrückungshilfen explizit ausgeschlossen (BJV 2020; Döbler 2020). Diese Lücke im System staatlicher Hilfeleistung ist angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung des Sektors der Kultur- und Kreativwirtschaft, dem freie Journalist\*innen angehören und der insgesamt durch (solo-)selbstständige Arbeitsverhältnisse geprägt ist, verwunderlich. Immerhin handelt es sich hier um einen Wirtschaftszweig, dessen Bruttowertschöpfung auf dem Niveau des deutschen Maschinenbaus liegt, die in Deutschland nur noch vom Fahrzeugbau übertroffen wird, während sie zum Beispiel die Wertschöpfung der Finanzwirtschaft oder der chemischen Industrie übersteigt (BMWi 2020:12).

Eher scheint es plausibel, den Grund für die anfänglich inadäquate Unterstützung im existierenden Unterstützungssystem selbst zu suchen. Denn mit der Grundsicherung existiert im deutschen Sozialsystem eine Vorkehrung für die Absicherung der privaten Lebensführung, diese musste folglich nicht noch einmal neu erfunden werden. Vielmehr erfüllte die Grundsicherung – wenn auch auf niedrigem Niveau und unter restriktiven Bedingungen – die Funktion einen Lebensunterhalt sicherzustellen.

## **Die Wertschöpfung der Kreativwirtschaft liegt auf dem Niveau des Maschinenbaus.**

Eine Regelung im Rahmen der Corona-Hilfen, die nichts anderes erreichte, als die existierende Sicherung schon leistete, wurde folglich als überflüssig angesehen. Folgerichtig wiesen das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium der Finanzen immer wieder – beispielsweise in einer Information über „Neustarthilfen“ von Februar 2021, die mit der Grundsicherung kombiniert werden könnten – auf das etablierte Instrument hin (BMWi 2021). Von den Soloselbstständigen und ihren Interessenvertretungen wurde und wird die Grundsicherung jedoch nicht als akzeptabler Bestandteil von Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie verstanden. Auf der Ebene der Betroffenen ist dies unter anderem auf das Stigma zurückzuführen, das gesellschaftlich mit der Grundsicherung verbunden ist und sich beispielsweise dadurch ausdrückt, dass ein Bezug der Grundsicherung als „Abrutschen“ verstanden wird. Wer ganz offensichtlich nur deswegen aktuell kein Einkommen erzielt, weil er oder sie daran gehindert wird, seiner Arbeit nachzugehen, der bzw. die möchte sich nicht in eine Situation bringen lassen, die als gesellschaftliche Deklassierung empfunden wird. Auch die Journalistenverbände kritisierten die unzureichende Konstruktion der staatlichen Pandemiehilfen. Sie wiesen erkennbar zurückhaltend und hilfsweise auf das System

der Grundsicherung sowie auf die Möglichkeit zur Beantragung weiterer Sozialleistungen wie Wohngeld, Arbeitslosengeld (auf der Basis früherer nicht-selbstständiger Beschäftigung) oder Infektionsschutzgeld (etwa bei Betroffenheit von Quarantäne) hin (DJV 2020d; ver.di/dju 2020).

### **Dass Hilfszahlungen nicht für die private Lebensführung verwendet werden durften, wird als Konstruktionsfehler der Pandemie-Hilfen angesehen.**

Aus der Sicht der betroffenen Beschäftigtengruppen, zu denen auch freie Journalist\*innen zählen, war die politische Entscheidung, dass Hilfszahlungen nicht für die private Lebensführung verwendet werden durften, ein Konstruktionsfehler der staatlichen Hilfen.

Dadurch wurde genau das ausgeschlossen, was sie in ihrer Lage benötigt hätten, so dass diese Bestimmung de facto einer Ausgrenzung der Soloselbstständigen und damit auch der Freien gleichkam. Die entsprechende Kritik und die Forderungen für eine angemessene Gestaltung wurden nicht zuletzt von ver.di/dju und DJV vorgetragen (ver.di/dju 2021a; DJV 2020b; DJV 2020c). Die Regelung wurde dennoch in weiteren, veränderten Auflagen der Überbrückungshilfen beibehalten und erst zu Beginn des Jahres 2021 mit der sogenannten „Neustarthilfe“ im Rahmen der Überbrückungshilfe III verändert. Erst ab diesem

Zeitpunkt wurden Soloselbstständige auch explizit zur Zielgruppe gemacht und die Verwendung der Unterstützungsleistung ausdrücklich auch für die private Lebensführung zugelassen; die Neustarthilfe sollte insbesondere dann geleistet werden, wenn die Fixkostenerstattung im Rahmen der Überbrückungshilfe III nicht in Frage kam – was, wie erläutert, bei freien Journalist\*innen meist zutrifft (BMW/BMF: 2020).

Als antragsberechtigt für die Neustarthilfe wurde bestimmt, wer als Soloselbstständige\*r im Jahre 2019 mindestens 51 Prozent seines Umsatzes aus selbstständiger Tätigkeit erzielt hatte; das bedeutete in der Konsequenz allerdings, dass diese Konstruktion wiederum drohte, freie Journalist\*innen im Nebenberuf nicht zu erfassen. Als Förderung sollten, vereinfacht gesagt, für den Zeitraum von Januar bis Juni 2021 25 Prozent des Jahresumsatzes von 2019 gezahlt werden, maximal allerdings 7.500 Euro (BMW/BMF 2020). Bekommt ein\*e Soloselbstständige\*r den vollen Förderbetrag, so sind dies 1.250 Euro im Monat. Formal galt dieser Betrag als Betriebskostenpauschale. Er war außerdem als Vorschuss bestimmt und musste versteuert werden. Wenn im Förderzeitraum von Januar bis Juni 2021 unvorhergesehen Umsätze erzielt wurden, die mehr als 60 Prozent des Referenzumsatzes betragen, musste die Hilfe zurückgezahlt werden. Außerdem war diese Hilfeleistung für Soloselbstständige mit einigen ergänzenden Erleichterungen verbunden. So wurde bestehendes Vermögen bis 60.000 Euro nicht mehr angerechnet und eine bestehende Altersversorgung beim Presseversorgungswerk

oder an anderer Stelle musste nicht aufgelöst werden. Wie bei den vorherigen Hilfsmaßnahmen (Überbrückungshilfen I und II) gab es allerdings auch hier erneut den Hinweis, dass die Neustarthilfe mit Leistungen der Grundsicherung kombiniert werden könnte (BMWi: o. J.: 3, 14).<sup>12</sup> Die Hilfe ist in einer Situation wirksam geworden, in der die betroffenen freien Journalist\*innen durch die Pandemie bereits rund ein Dreivierteljahr Ausfälle an Aufträgen, Arbeitsmöglichkeiten und Einnahmen verzeichneten – ein Umstand, der sich nicht nur auf die materielle Lage der Betroffenen, sondern auch auf die soziale und die psychische Situation ausgewirkt haben dürfte.

In Bremen, wie auch in anderen Bundesländern, gab es nach Beginn der Pandemie für eine ganz kurze Zeit allerdings eine Möglichkeit für Soloselbstständige und damit auch für freie Journalist\*innen, aus einem der Corona-Hilfsprogramme eine Unterstützung zu erhalten, die auch für den Lebensunterhalt eingesetzt werden konnte (Interview Hofmann/von Fintel 2021; Interview Rose 2021). Der Senat hatte am 20. März 2020 im Rahmen der Corona-Soforthilfe des sogenannten Bremen-Fonds ein „Zusätzliches Förderprogramm zur Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise“ beschlossen, in dessen Durchführungsbestimmungen die Verwendung der Fördermittel für den Lebensunterhalt nicht – wie bei den Bundesprogrammen zu

der Zeit – explizit ausgeschlossen war (Senatorin für Wirtschaft und Arbeit 2020: 2). Diese Regelung ist von den Personen, mit denen wir gesprochen haben, ausdrücklich gelobt worden und einige der Freien, die sich uns für ein Interview zur Verfügung gestellt hatten, konnten diese Möglichkeit auch nutzen. Andere haben sie verpasst, weil die bremischen Bewilligungsbedingungen schon nach ganz kurzer Zeit an die Regelungen der Bundesprogramme angepasst wurden.

### **Bevor die Hilfen wirksam wurden, mussten Betroffene ein Dreivierteljahr Einnahmeverluste selbst bewältigen.**

In der Gesamtschau lässt sich konstatieren, dass die freien Journalist\*innen von den Corona-Hilfsmaßnahmen des Bundes anfänglich völlig vergessen wurden. Besser stellten sich die einzelnen länderspezifischen Hilfsmaßnahmen dar, die zunächst auch von freien Journalist\*innen genutzt werden konnten. Nach kurzer Zeit wurden die Regelungen in Bremen allerdings an die restriktiveren Vorgaben des Bundes angepasst. Erst zu Beginn des Jahres 2021 verbesserte sich die Lage durch eine entsprechende Veränderung der Regeln auf Bundesebene.

---

<sup>12</sup> Galt die Neustarthilfe anfangs nur für Freiberufler\*innen, so wurde sie später auch auf solche Soloselbstständigen ausgeweitet, die in der Rechtsform einer Personengesellschaft oder als Alleininhaber\*in einer Kapitalgesellschaft tätig sind; dies dürfte für freie Journalist\*innen allerdings nur im Ausnahmefall von Bedeutung sein.



## 5 Einstellungen zur Freiberuflichkeit

Die Einstellung der von uns befragten Freien zum Status und zur Arbeitsweise als freie Journalist\*innen war durchaus verschieden. Alle waren aktuell gerne Freie, in der Beurteilung zeigte sich aber doch eine interessante Bandbreite der Differenzierung. In dieser Struktureigenschaft, wenn auch nicht in allen einzelnen Merkmalen, entspricht unser relativ kleines Sample im Grundsatz der Struktur freier Journalist\*innen in Deutschland, wie sie in älteren Studien ermittelt worden ist (Meyen/Springer 2009: 10).

Die Entscheidung, freiberuflich zu arbeiten, ist, neben der grundsätzlichen Entscheidung Journalist\*in zu werden, einer von zwei „Knotenpunkten“ (Meyen/Springer 2009) auf dem Weg in den freiberuflichen Journalismus. Er soll im Folgenden für die Befragten unserer Studie intensiver betrachtet werden.

### **Verzicht auf Geld für Zeitautonomie**

Grundsätzlich werden die zentralen Argumente, die oftmals als „Vorzüge der Freiberuflichkeit“ (vgl. Meyen/Springer 2009: 74 ff.) gegenüber der Festanstellung angeführt werden, auch in unseren Befragungen als maßgeblich benannt. Darunter fallen die Unattraktivität des Innendienstes in der Redaktion, der aus verwaltungs-

mäßigen Tätigkeiten und nur sehr begrenzt aus Journalismus bestünde, der Verzicht auf das „Rausgehen“ und die Notwendigkeit, statt selbst schreiben zu können, anderer Leute Texte redigieren zu müssen, womit nicht nur die Beiträge von Freien, sondern auch die Angebote der Nachrichtenagenturen gemeint waren. Dass die meisten Freien, vor allem im Printbereich, weniger verdienen als festangestellte Kolleg\*innen, wird von ihnen nicht selten als Resultat einer einfachen Rechnung dargestellt: Sie verfügen über mehr freie Zeit und vor allem Zeitautonomie und verzichten dafür auf Geld (vgl. auch Meyen/Springer 2009: 76).

So war einer der Interviewten nach seinem Volontariat bei einer klassischen Regionalzeitung als fester Freier in der Redaktion einer Zeitung auf einer halben Pauschalistenstelle tätig. Parallel dazu begann er, als Freier für einen Radiosender zu arbeiten, wobei ihm die Radioexpertise aus einer Fortbildung zugutekam. Inzwischen ist er nur noch als Freier tätig, den Wunsch nach einer Festanstellung hatte und hat er seither nicht. Die Tätigkeit als Freier beruhte bei ihm auf einer gewählten und bewussten Entscheidung. Er habe zwar auf der Pauschalistenstelle gelernt, schnell zu arbeiten, aber auch gemerkt, dass das damit verbundene Arbeiten unter hohem Zeitdruck „nicht das ist, was ich machen will. Mir ging es immer darum, im klassischen Wortsinn

journalistisch zu arbeiten, und das mache ich seitdem. Ich suche mir die Geschichten aus, die ich mache. Aufträge sind die Ausnahme“ (Freier H). Und: „Ich empfinde das irgendwie als Privileg – mit all den Nachteilen, die es natürlich gibt; ich krieg’ kein Urlaubsgeld und so weiter. Ich empfinde das inzwischen ... Ich mache das jetzt seit knapp 20 Jahren und ich kann mir das inzwischen schlecht vorstellen, festangestellt zu arbeiten“ (Freier H).

Natürlich lässt sich eine freiberufliche Existenz leichter verteidigen, wenn die Einkünfte daraus als ausreichend empfunden werden. Doch auch bei einer guten Einkommenssituation kann das Beharren auf den Vorteilen der Freiberuflichkeit mit den typischen freiberuflichen Risiken behaftet sein, nicht zuletzt, wenn man dabei eine Art und Weise zu leben und zu arbeiten behaupten möchte.

Ein anderer unserer Interviewpartner gab an, dass er, als er vor die Entscheidung gestellt wurde festangestellt oder als Freier zu arbeiten, feststellte, dass „ich Spaß an dieser unabhängigen Tätigkeit als Freier hatte“ (Freier G). Im Nachhinein habe er diese Entscheidung auch nie bereut.

Eine Festanstellung habe sich nicht mit seiner Lebensweise vertragen und würde das auch niemals tun. Er sei nicht an Dienste gebunden und erwerde nicht eingeteilt. Zwar verdienten festangestellte Redakteure mehr, insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk: „Aber dieses Minus an Einkommen gönne ich mir, weil ich ja auch andere, flexiblere Arbeitszeiten habe. Das

habe ich immer gerne mit Geld bezahlt, wenn Sie so wollen“ (Freier G). Auch Freie A hat sich irgendwann entschieden, ihren Freien-Status nicht mehr in Frage zu stellen, zumal sie feststellte, „dass ich zu der Zeit bereits relativ gut verdiente“ (Freie A).

### **Eine Festanstellung verträgt sich nicht mit der Lebensweise einiger freier Journalist\*innen.**

Aber auch, wenn viele der Interviewten heute lieber als freie denn als festangestellte Journalist\*innen arbeiten: Zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn hatten nicht wenige von ihnen eine feste Anstellung akzeptiert oder strebten diese an. Die Feststellung von Meyen und Springer (2009: 73), „der typische Freiberufler habe freiwillig auf eine feste Anstellung verzichtet und möchte Freiberufler bleiben“, gilt offenbar in dieser Allgemeinheit vor allem dann, wenn man ihn oder sie in einer beruflichen Phase interviewt, in der die Etablierung im Beruf bereits gelungen ist. Die Berufseinsteigerin in unserem Sample bemühte sich gerade um eine Festanstellung, andere hatten in der Phase des Berufseinstiegs festangestellt gearbeitet.

In anderen Fällen kann es offenbar durchaus dauern, bis die Vorteile freiberuflicher Tätigkeit sichtbar werden. Ausschlaggebend waren oftmals andere Gründe, wie eine Interviewte erzählte: „Damals war es eher aus der Not geboren,

weil es nicht so richtig Stellen gab“ (Freie A). Eine andere Befragte sagte, sie arbeite auch deswegen als Freie, weil sie zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn in der Stadt keine Anstellung als Journalistin gefunden habe, aus privaten Gründen aber dort leben wollen (Freie C). Mit der Zeit und mit der Etablierung in diesem Berufsfeld seien dann aber die Vorteile der Freiberuflichkeit sichtbarer geworden. „Und dann habe ich das ein Jahr gemacht und habe gemerkt, eigentlich ist das richtig gut, weil es den Vorteil hat, dass man für mehrere Verlage und Unternehmen schreiben kann und sich themenmäßig breit aufstellen kann“ (Freie C).

Für andere stehen die freie Zeiteinteilung und die Möglichkeit, die flexible Arbeitszeit selbst zu bestimmen, sowie die eigene Verfügung darüber, wieviel man arbeiten will und wieviel der Lebenszeit gewidmet sein soll, im Vordergrund (vgl. dazu auch Meyen/Springer 2009: 83).

### **„Selbstständig zu arbeiten bringt eine große Freiheit mit sich.“**

Mit der Freiberuflichkeit ist nach ihrer Auffassung auch die Freiheit von hierarchischer Einbindung und Weisungsunterworfenheit verbunden. „Festangestellt? Nein, auf keinen Fall. Ich habe [...] in einem Angestelltenverhältnis gearbeitet ... Selbstständig zu arbeiten [...] bringt eine große Freiheit mit sich, es steht niemand zwischen mir und dem Kunden und ich kann mir meine Zeit selbst einteilen. Und für die PR gilt außerdem: Ich verdiene deutlich mehr“ (Freie M).

Während für diese Befragten die Entscheidung gefallen war und nicht (mehr) infrage stand, bezeichneten andere ihre Situation als noch nicht entschieden. Beispielsweise kann der Status als Freie\*r eine Station in einem hürdenreichen Weg in das Berufsfeld sein, wobei offen ist, wohin der Weg führt: Für eine Befragte folgte nach einem Volontariat bei einer Tageszeitung eine feste, aber befristete Stelle als Redakteurin, von der jedoch schnell klar war, dass sie nicht verlängert werden würde. Folglich bewarb sie sich bei der Landesrundfunkanstalt, wo sie aber nur auf Probe und nicht in einer festen Anstellung hätte anfangen können. Dann tauchte im Zuge ihrer Bemühungen zusätzlich die Möglichkeit einer Fortsetzung der Arbeit bei der Tageszeitung auf, und zwar als Freie. Schließlich lautete die Alternative für sie: „Freie bei der Zeitung vs. Freie beim Rundfunk“. In dieser Situation hat sie die Arbeit als Freie für die Rundfunkanstalt vorgezogen, und zwar auch deswegen, weil ihr diese Option bei der Tageszeitung deutlich unsicherer erschien und zudem die Bezahlung bei der Zeitung nach Zeilen zu unattraktiv war. Hinzu kam, dass die von ihr frei gewählten Themen in der Zeitung zunehmend weniger unterzubringen waren. Auch hatte sie früher bei der Zeitung häufig neben ihren normalen Aufgaben auch zusätzliche, verantwortungreichere Aufgaben übernehmen müssen, ohne dass sich das in der Bezahlung (zum Beispiel als Zulage) niedergeschlagen hätte.

Allerdings gab es in unserem Sample auch Freie, die das Interesse an der Freiberuflichkeit deutlich relativiert haben. Das konnte auf ganz private Beweggründe zurückgehen, die nichts mit der

beruflichen Tätigkeit zu tun hatten, aber gleichwohl hohe Bedeutung besaßen. Einer, der während seiner gesamten beruflichen Karriere als Freier tätig gewesen ist, hätte eine Festanstellung angestrebt, wenn er Kinder bekommen hätte (was nicht der Fall war). Heute bezeichnet er sich indes als „glücklich“ mit dem Status eines festen Freien bei der Landesrundfunkanstalt.

Er sieht in diesem Status vor allem die Möglichkeit, Anfragen oder Zumutungen auch mal ablehnen sowie mitentscheiden zu können, was er tut und was nicht. Dabei legt er allerdings Wert auf die Feststellung, dass man das ‚Nein-Sagen‘ auch nicht übertreiben kann und darf (Freier I).

Für einen anderen wäre die Festanstellung keine Frage des Prinzips gewesen, sondern der konkreten Umstände. Entscheidend wäre dabei für ihn gewesen, wie sich seine Arbeit im Einzelnen darstellt. „Ich sehe ja, was die Redakteure so tagsüber machen und das ist eben 80 Prozent Organisation, also sich um Themen kümmern, Aufträge formulieren und die Abläufe organisieren, Fotografen und Freie einsetzen. Und das ist eine Tätigkeit, die ich nicht so gerne machen würde, weil ... ja, Schreiben liegt mir doch sehr und ich mache es ja so mit Herzblut sozusagen, weniger, um jetzt Geld zu verdienen, weil es mir auch großen Spaß macht“ (Freier K). Ein anderer Befragter nannte unzureichende Bedingungen als festangestellte\*r Redakteur\*in als entscheidendes Kriterium für die Freiberuflichkeit: Ihm wurde nach dem Volontariat eine Festanstellung angeboten, allerdings zu einem Gehalt, das er – sehr höflich gesagt – „bescheiden“ fand: Im

zweiten Jahr des Volontariats hatte er 1.100 Euro netto verdient und nach dessen Ende wurden ihm als ausgebildetem Redakteur 100 Euro netto mehr geboten. „Ich hatte zwar sehr viel mitgenommen, Positives wie Negatives. Aber das war eine finanzielle Entscheidung“ (Freier D). Und er bezeichnete es als eine „Frage der Lebensqualität“, dieses Angebot einer als völlig unzureichend bezahlt empfundenen Festanstellung auszuschlagen.

### **Freiberuflichkeit als Möglichkeit, Anfragen oder Zumutungen auch mal abzulehnen**

In unserem Sample kam schließlich auch der Fall vor, dass die Frage, ob jemand lieber festangestellt wäre, bis heute nicht entschieden ist. Freier L erläuterte, die Abwägung von Vor- und Nachteilen freiberuflicher und festangestellter Tätigkeit ergebe für ihn kein eindeutiges Bild und künftige Entwicklungen seien unsicher. Sehr wichtig für ihn sei, dass er sich als freier Journalist für die Anfertigung eines Textes so viel Zeit nehmen könne, wie nötig, um die Qualität zu erreichen, die er von sich verlangt. Als Festangestellter würde er sich nach seiner Vermutung und nach seiner Kenntnis der Arbeit festangestellter Redakteur\*innen häufiger unter einem Zeitdruck fühlen, den er mit sich und seinen Ansprüchen an seine Arbeit nicht vereinbaren könne. „Meine Arbeit würde, glaube ich, so wie ich das mache, ein bisschen leiden“ (Freier L). Weiterhin spräche gegen eine Festanstellung, dass er einen relevanten Teil der dann notwendigen Arbeit

nicht gerne mache: „Redakteur möchte ich nicht sein“, da „Redakteure ganz selten rausgehen, die kommen da ja nicht zu. Die sind drinnen und redigieren. Ich gehe lieber raus und schreibe, statt an einem Schreibtisch zu sitzen und fremde Texte zu redigieren“ (Freier L). Außerdem sage ihm die Koordinierungsfunktion des Redakteurs, der zum Beispiel auf die pünktliche Abgabe der mit Freien verabredeten Texte achten müsse, nicht zu. Er sähe seine Arbeit dann bestimmt durch die Angst darum, dass die Freien, die er zu Terminen geschickt habe, ihre Texte nicht rechtzeitig abgeben; aufgrund seiner Erfahrung mit Freien sähe er das als reale Gefahr an.

### **Lieber mal fest? Anfangs nicht, mittlerweile schon eher.**

Es gab auch einige, die deutlicher mit einer Festanstellung liebäugeln, auch wenn das für sie anfangs nicht vorstellbar war: „[...] weil ich merke, dass ich manche Festangestellten um ihr Sicherheitsgefühl auf eine gesunde Art und Weise beneide“ (Freier R). In diesem Fall spielt auch die Pandemie eine spürbare Rolle. Da in der Redaktion, für die der Freie R arbeitet, die Einsätze sehr genau durchgeplant werden, damit es zu so wenig Begegnungen wie möglich kommt, ist er „eher entspannter als vorher [...]. [Das] hat sehr gut funktioniert und es gibt dadurch eine andere Art von Sicherheit [...]. Trotzdem ist es noch einmal etwas anderes, die Sicherheit zu haben, dass man jeden Monat das Geld auf dem Konto

hat. Ich fange spätestens Mitte des Monats an, mir aufzuzeichnen, wie viel am Ende rauskommen wird. Ich habe immer ein recht gutes Gefühl dabei, aber es kann eben auch mal 500 bis 800 Euro weniger sein als im Monat davor. Da beneide ich die Kollegen, weil ich gemerkt habe, dass es mir auch mittlerweile darum geht, dass man die Karriere vorantreiben will“ (Freier R). Zwar sei er sich sicher, dass er auch als freier Mitarbeiter Karriere machen kann, indem er zum Beispiel andere Angebote macht und gute Konzepte einreicht. Aber eine institutionalisierte Karriereleiter „ist natürlich auch verlockend. Die Möglichkeiten, da voranzukommen, sind halt toll. Die beiden Aspekte: die Perspektive und die Sicherheit, die man hat“ (Freier R). Zugleich ist sich der Interviewte bewusst, dass dies nicht für den gesamten Pressebereich gilt, sondern speziell für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Auch hat es Freie gegeben, die als Folge der Pandemie versucht haben, unter das Dach der Festanstellung zu schlüpfen. Dies scheint allerdings nicht einfach zu sein. Einer, der vorher nicht auf die Idee gekommen wäre, sich fest anstellen zu lassen und der es dann versucht hat, musste feststellen: „Zwischendurch, gerade auch in der Pandemiezeit, habe ich überlegt, fest zu arbeiten. Aber als ich die Angebote studiert habe, habe ich festgestellt: Entweder ich bin nicht dazu in der Lage, weil mir die Vorkenntnisse fehlen .... und als Content-Writer oder Copy-and-Paste-Manager, dazu habe ich überhaupt keine Lust. Nur die wenigsten Angebote sind ja journalistische Jobs“ (Freier B).

## **„Nur die wenigsten Angebote sind ja journalistische Jobs.“**

Andere hingegen betonten, dass sich die finanzielle Situation zwar erheblich verschlechtert habe – das Einkommen sei vorher auch schon schwankend gewesen, aber seit Beginn der Pandemie sei „die Einkommenssituation [...] schwierig geworden, [...] echt schwierig“ (Freie C) – trotzdem streben sie nach wie vor keine Festanstellung an.

Schließlich gab es in unserem Sample neben den bisher dargestellten Fällen auch einige, die im Grunde auf ein Einkommen aus dem Journalismus nicht angewiesen sind und sich im Einzelfall sogar selbst als Hobbyjournalist\*innen bezeichneten, ohne allerdings deshalb die journalistische Tätigkeit und deren Wert gering zu schätzen. Denn gerade in einer Situation wie der Pandemie besteht die Möglichkeit, sich an den journalistischen Idealen zu orientieren. Einer der Freien, die uns ein Interview gegeben haben, hätte zu Beginn seiner journalistischen Laufbahn gerne als Festangestellter gearbeitet; heute dagegen bezeichnet er eine Festanstellung angesichts der Tatsache, dass er auch eine Rente bezieht, als irrelevant: „Das würde mir nichts bringen. Die Freiheit ist mir wichtiger“ (Freier E).

Soweit die Interviewten Kinder hatten, spielte diese Tatsache, bis auf eine Ausnahme, vor allem bei den männlichen Freien – jedenfalls laut Interview – für die Ausübung des Berufes keine

Rolle: „Familienpflichten haben nicht daran gehindert, zu arbeiten“. Dass wir nur eine Frau mit Kindern interviewen konnten, kann verschiedene Gründe haben, über die wir an dieser Stelle nur spekulieren können, da uns dazu weitere Informationen fehlen. Dass es unter den Bedingungen der Freiberuflichkeit auch heutzutage weiterhin, insbesondere für Frauen, schwierig ist, Kinder zu haben oder dass es mit Beruf und Kindern nicht gerade als ideale Freizeitbeschäftigung angesehen wird, auch noch Zeit für ein Interview mit neugierigen Forscher\*innen zu erübrigen, sind ja nur zwei Möglichkeiten. Die freie Journalistin mit Kindern, die für ein Interview bereitstand, antwortete auf die Frage, warum sie als Freie arbeitet: „Es ging nicht anders, weil mein Mann beruflich sehr eingespannt ist. Er hat Zehn-Stunden-Tage und da ging es nicht anders“ (Freie F). Auf die Frage, ob sie gerne wieder fest arbeiten würde, antwortete sie: „Ja, klar. Ich hatte eine Festanstellung, eine unbefristete. Das ist ja Gold wert“ (Freie F).

## **„Ich hatte eine Festanstellung, eine unbefristete. Das ist ja Gold wert.“**

Teilzeit wäre jedoch aufgrund der familiären Situation nicht in Frage gekommen: „Das ist auch von den Zeiten her nicht möglich. Die (Kolleg\*innen in der Redaktion, d.V.) beginnen um 10 Uhr und machen Open End, Wochenenddienste. Das hätte ich mit den Kindern nicht geschafft. Ich hatte keine Unterstützung von den Eltern am Ort, das wäre nicht gegangen“ (Freie F).

Diese freie Journalistin ist seit mehreren Jahren im Beruf. Sie hat studiert, ein Volontariat absolviert und war als Redakteurin tätig. Später wechselte sie auf eine Festanstellung. Seit der Geburt ihrer Kinder ist sie freie Mitarbeiterin. Auf diese Weise fühlt sie sich nicht so termingebunden; diese Arbeit könne sie sich sehr frei einteilen „sehr familienkompatibel das Ganze“ (Freie F). „Ich schreibe gern bunte Geschichten, Porträts, Reportagen. Das ist so meins. Ich bin nicht so die Investigative“. Sie schreibe publikumsorientiert, „das trifft es sehr gut. Das macht mir Spaß“ (Freie F). Anfangs habe sie noch versucht, parallel dazu auch Theaterkritiken zu schreiben. „Da bin ich nachts nach Hause gefahren und habe getippt, aber das war auch nicht familienkompatibel. Da kam der Schlaf zu kurz“ (Freie F).

### **„Wenn man das in Minuten oder in Stundenlohn ’runterbricht, dann ist das ein Hungerlohn.“**

Jetzt arbeite sie im Schnitt in der Woche fünf bis zehn Stunden. Damit verdient sie rund 300 bis 400 Euro im Monat. Das ist ihr Einkommen aus dem Journalismus. Gelegentlich empfindet die Interviewte dies als fehlende Wertschätzung. Zwar gebe es auch einfache Texte, aber auch solche „die mühsam sind, wo man viel hinterhertelefonieren muss, wo der Anfahrtsweg lang war. Und wenn man das dann in Minuten oder in Stundenlohn ’runterbricht, dann ist das ein

Hungerlohn [...]. Mit Rückblick auf die Ausbildung, die man genossen hat, ist das ein bisschen bitter“ (Freie F).

Zukünftig möchte sie sich in Richtung Online orientieren. Vor einiger Zeit hat sie noch einen zweiten Job angenommen, außerhalb des Journalismus. Da ist sie festangestellt, für zehn Stunden in der Woche. Sie empfindet das als eine gute Ergänzung. „Da habe ich Kollegen, da habe ich Austausch, da habe ich Einblick in eine ganz andere Berufswelt. Ich finde es schön, das ist keine Belastung“ (Freie F). Sie bekommt dafür 550 Euro netto. Gegenüber ihrem neuen Job finde sie den Journalismus „nicht weniger wichtig, aber finanziell bringt es weniger“. Die Tätigkeit als freie Journalistin gibt sie aus prinzipiellen Gründen nicht auf: „Ohne Schreiben kann ich nicht“ (Freie F).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass alle Freien, die wir für diese Untersuchung interviewt haben, gerne als Freie arbeiteten. Manche führten zur Begründung an, dass sie auf etwas Geld verzichten, um dafür mehr freie Zeit und vor allem Zeitautonomie zu haben. Als Freie\*r zu arbeiten, so fanden viele, sei fast eine Lebensweise. Während einige am Beginn ihrer Karriere in einem festen Beschäftigungsverhältnis gearbeitet hatten, bevor sie in die Freiberuflichkeit wechselten, fanden andere eine Festanstellung im Laufe der Berufstätigkeit zunehmend attraktiver. In der Pandemie hat sich der Wunsch nach einer festen Beschäftigung allerdings nicht signifikant erhöht und wäre auch nicht einfach zu bewerkstelligen gewesen.



## 6 Die Arbeit von Freien unter dem Druck der Pandemie

### 6.1 Über die Veränderung von Arbeit, Arbeitszeit und Einkommen

„Nach dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 war erstmal so zwei Wochen Schockstarre. Da habe ich sechs bis acht Wochen erstmal nur ein bisschen gemacht. Dann fingen die Leute an, sich zu überlegen: Was können wir alternativ machen?“ (Freie A).

So beschreibt Freie A in ihrem Interview, wie sie das Frühjahr 2020 erlebt hat. Nach dem anfänglichen Schock habe sie „dann etwa den halben Tag gearbeitet. Manche Auftraggeber sind dann schneller aktiv geworden als andere“ (Freie A). Beispielsweise habe ein Bürgerzentrum zwar alle Veranstaltungen abgesagt, sei aber relativ schnell dazu übergegangen zu gucken: Was können wir sonst für unterstützende Angebote machen? „Weil die sich ja verantwortlich für die Menschen im Stadtteil fühlen und daher erst mal geguckt haben: Wie können wir Menschen unterstützen, die in Quarantäne sind? Wie können wir die Menschen im Stadtteil überhaupt unterstützen?“ (Freie A). Auf dieser Basis hat sich das Leben in den Quartieren nach dem Lockdown allmählich wieder erholt und mit ihm auch die Arbeitsmöglichkeiten freier Journalist\*innen. „Und da gab es dann zu der Zeit relativ viel Pressearbeit. Es war ganz anders als geplant, aber es war nicht so, dass alles sofort weggefallen ist. Es

ist tatsächlich so, dass jetzt im Laufe der Zeit alle wieder zurückgekommen sind, wenn auch in veränderter Form“ (Freie A). Ausgenommen davon war, nach Schilderung der Interviewten, aus dem Kreis ihrer damaligen Auftraggeber\*innen ein Verlag, der Kurzarbeit beantragt und beibehalten hatte. Dort galt die Regelung, dass bei Kurzarbeit keine Freien engagiert werden dürfen. „Das ist ja auch klar, wenn die Redakteure selbst nur zwölf Stunden in der Woche arbeiten, warum sollte ich dann die Wirtschaftsseite machen?“ (Freie A).

### **„Im Frühjahr 2020 war erstmal zwei Wochen Schockstarre.“**

Auch Freie C berichtete, dass sich Veränderungen in ihrer beruflichen Tätigkeit durch die Pandemie vor allem dadurch ergeben haben, dass die Verlage auf Kurzarbeit gegangen seien und für diese Zeiträume keine externen Aufträge mehr vergeben durften. Zwei Monate lang habe sie keine neuen Aufträge erhalten; nur alte Aufträge konnten noch abgearbeitet werden.

Außerdem seien Aufträge dadurch weggefallen, dass die Verlage Veröffentlichungen zusammengelegt und beispielsweise Doppelausgaben gemacht haben, weil dadurch weniger Beiträge benötigt wurden (Freie C).

## **Nur alte Aufträge konnten noch abgearbeitet werden.**

Eine Reduzierung ihrer Arbeit und damit ihrer Einnahmen hat, mehr oder weniger drastisch, die überwiegende Zahl der von uns interviewten Freien aus dem Printbereich erlebt. Im Rundfunkbereich war das anders, hier gab es sogar freie Mitarbeiter\*innen, die deutlich besser verdienten als zuvor. Dies ging teils auf organisatorische Regelungen in der Landesrundfunkanstalt zurück, teils aber auch auf eigene Bemühungen der Freien, den Auswirkungen der Pandemie zu entgehen.

Zur ersten Gruppe gehört Freie C. Sie schätzte zum Zeitpunkt des Interviews den zeitlichen Umfang ihrer beruflichen Tätigkeit auf 20 Stunden pro Woche. 2021 lief (zumindest bis zum Zeitpunkt des Interviews) ein bisschen besser als 2020, aber es war immer noch weniger als vor der Pandemie. Freier B hatte vor der Pandemie eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 bis 50 Stunden, ihm fielen durch die Pandemie etwa 20 bis 25 Prozent der Arbeitszeit weg. Der Interviewte ist aber auch ein Beispiel dafür, welche Möglichkeiten sich bieten, Ausfälle wettzumachen: Er hat begonnen, mit Kolleg\*innen ein Portal aufzubauen, über das Geschichten mit regionalem Bezug angeboten werden sollen – ein Vorhaben, das aus Sicht der Interviewten potentiell von jedem gemacht werden könne, und „nur“ Erfahrung, ‚Standing‘ und vor allem Mut voraussetze. Da die Aktion sich noch in der Aufbauphase befindet, ist der (finanzielle) Erfolg allerdings noch nicht gesichert.

Die Bürogemeinschaft, in der eine weitere Gesprächspartnerin (Freie D) arbeitet, ist überwiegend in der PR tätig und der Anteil journalistischer Arbeiten gering, trotzdem wirkte die Pandemie auch hier. Anfänglich habe sie einen großen Auftrag selbst aufgegeben, weil die Ausführung Vor-Ort-Interviews mit vielen Mitarbeiter\*innen eines Unternehmens vorausgesetzt hätte, was nach Auffassung der Befragten in der damaligen Situation nicht vertretbar gewesen sei. Dafür habe die Bürogemeinschaft allerdings neue Aufträge von anderen Auftraggeber\*innen bekommen, so dass sie im Effekt keinen Verlust zu verzeichnen hatte. Freie D verfügte zudem über ein kleines Polster, das sie hätte einsetzen können, „wenn es ernst geworden wäre“ (Freie D), dazu kam es jedoch nicht.

Auch beim Freien E hat die Pandemie zu einer deutlichen Reduzierung der Arbeitszeit geführt. „Als das losging, war ja erstmal zappenduster, da konnte man kaum Kontakt haben, und ich brauch’ viel Kontakt, also auch ‚face-to-face‘-Kommunikation, ja, und das fiel dann fast hinten runter“ (Freier E).

Vor der Pandemie hatte seine Tätigkeit als Journalist einen Umfang von etwa 30 Stunden pro Woche, dabei sind die Wegezeiten, etwa zu Sportereignissen und zurück, noch nicht mitgezählt. „Die Vorberichte zu den verschiedenen Ereignissen, die mache ich meistens am Mittwoch und Donnerstag, das sind so sechs Stunden. Am Wochenende, wenn ich nur ein Spiel hab’, fahr’ ich um 16 Uhr los, dann bin ich um 19 Uhr wieder zuhause. Dann hol’ ich mir noch ein paar Aus-

wärtsspiele 'ran, das mach' ich telefonisch, und dann schreib' ich das alles“ (Freier E).

### **„Ich fiel quasi durchs Raster.“**

Das hatte sich dann deutlich geändert. Infolge der Pandemie waren sämtliche Sporttermine ersatzlos gestrichen worden. Dadurch fielen aber nicht nur die Spielberichte weg, sondern auch die Vorberichte. Und der Lokalteil, für den er früher manchmal bei Personalknappheit zur Aushilfe angefordert wurde, war in der Zeit auch dünner geworden. Außerdem mussten dort die Redakteur\*innen selbst die Termine wahrnehmen. „Damit fiel ich eben durchs Raster, quasi“ (Freier E).

Bezüglich seiner Arbeitszeit schätzt Freier E, dass er 2020 etwa zehn oder sogar weniger Stunden pro Woche gearbeitet hat. Allerdings sieht er zum Zeitpunkt der Befragung im Frühsommer 2021 Licht am Horizont: „Glücklicherweise nimmt das langsam wieder Fahrt auf“ (Freier E). Da sein Lebensunterhalt durch Einkünfte gesichert ist, die von den Einflüssen der Pandemie unabhängig sind, brauchte Freier E seine Aktivitäten in der Pandemie nicht auszuweiten, um seine finanzielle Lage zu stabilisieren. Dass er sich bemüht hat, auf seinem Feld, dem Sport, nach dem Wegfall der Wettkämpfe andere Anlässe zur Berichterstattung zu finden, war eher dem Bedürfnis geschuldet, beschäftigt zu bleiben, als um des Lebensunterhaltes willen. Aktivitäten, die jetzt etwas stärker ins Blickfeld gerieten, wie etwa Interviews mit

Sportler\*innen aus der Region, hatte er früher auch schon ausgeübt, „aber viel seltener“ (Freier E). Zusätzlich motiviert hat ihn, dass dieser neue Schwerpunkt nicht selten auf Anregungen aus der Redaktion zurückging. „Da haben die mich gefragt in der Redaktion, ‚Mensch, hast Du nicht noch irgendwas Herausragendes, was man irgendwie in die Zeitung setzen könnte?‘, und da hatte ich dann immer ein paar Ideen, weil ich ja auch Viele kenne. Ich hab' ein großes Netzwerk in meinem Sport“ (Freier E).

In einer anderen Situation war Freier G. Er hatte vor der Pandemie eine Gesamtarbeitszeit einschließlich Wegezeiten von im Durchschnitt etwa 30 Stunden in der Woche. Auch seine Arbeitszeit hatte sich verringert, vor allem die Termine am Wochenende gab es nicht mehr. „Da fehlen schon mal acht, neun Stunden in der Woche, also etwa ein Drittel würde ich fast sagen, geht dann da schon mal locker verloren“. Die Arbeitszeit beträgt jetzt noch durchschnittlich etwa 20 Stunden, und davon sind etwa zwei Drittel journalistische Arbeit und der andere Teil PR. „Insgesamt ist es aber ein heftiger Einbruch“ (Freier G).

### **„Insgesamt ist es aber ein heftiger Einbruch.“**

Zum Zeitpunkt des Interviews im Frühsommer 2021 geht es aus Sicht des Befragten langsam aber wieder los. Zur Bewältigung des Wegfalls von Arbeitszeit hat sich Freier G seine persönliche Bewältigungsstrategie geschaffen: „Ich habe mir da manchmal schon manche Texte, die ich schon im Block hatte, für das Wochenende (aufgeho-

ben), damit ich zumindest mal wieder das Gefühl hatte, am Wochenende zu arbeiten, weil das ein Rhythmus ist, den ich ja nun mal 20 Jahre hatte und auf den zu verzichten mir offenbar schwerer fiel, als ich gedacht hatte“ (Freier G). Und: „Dafür, dass ich auch Entspannung hatte, hatte ich schon immer innerhalb der Woche gesorgt. Das ist immer sehr entspannt, wie ich arbeite. Also, ich fange ja auch am Wochenende nicht morgens an“ (Freier G). Bereits vor der Pandemie hatte ihn der Verlag durch eine interne Reorganisation, die sich auf seine Arbeitszeit und sein Einkommen ausgewirkt hatte, unter Spardruck gesetzt. Die Auswirkungen der Pandemie kamen dann noch gewissermaßen „oben drauf“.

### **Seit der Pandemie werden mehr Arbeiten von Festangestellten erledigt, so dass für die Freien weniger Bedarf ist.**

Das Vorgehen war dabei folgendermaßen: Im ersten Schritt, der schon vor der Pandemie vorgenommen wurde, war seitens des Verlags erklärt worden, dass angesichts der bedeutenden Reduzierung des Gesamtetats – vulgo: angesichts von Verlusten – das Ressort, für das unser Interviewpartner arbeitet, von den Einsparungen nicht ausgenommen werden könne. Das war für ihn persönlich zuerst nicht so dramatisch, weil er seine Einkommensminderung durch Einnahmen aus einer PR-Tätigkeit kompensieren konnte. In einem zweiten Schritt war dann aber der Redaktionsetat, aus dem die Freien bezahlt werden sind, noch

einmal deutlich reduziert worden und fast alle freien Mitarbeiter\*innen in dieser Redaktion wurden nicht mehr oder höchstens noch punktuell beschäftigt. Diesmal war auch Freier G merklich betroffen – und zu diesem Zeitpunkt gingen ihm aufgrund der Pandemie gleichzeitig die PR-Aufträge verloren. Seit Beginn der Corona-Krise werden aus Sicht des freien Journalisten generell mehr Arbeiten von Festangestellten erledigt, so dass für die Freien weniger Platz und Bedarf ist.

Andere Freie in unserem Sample mussten Einschränkungen ihrer Arbeitsmöglichkeiten in unterschiedlichem Ausmaß hinnehmen und versuchten, mit jeweils den Umständen angepassten Strategien darauf zu reagieren.

Für den freien Journalisten H machte sich vor allem die Tatsache bemerkbar, dass vor der Pandemie Auslandsreisen die Grundlage und einen wesentlichen Bestandteil seiner Tätigkeit gebildet hatten. Nun waren Auslandsreisen, wenn nicht unmöglich geworden, so doch so sehr erschwert, dass sie praktisch nicht mehr angetreten werden konnten. Er konnte nur noch die Sachen abarbeiten, die er von einer gerade beendeten Reise mitgebracht hatte, neue Auslandsreisen wurden „völlig eingefroren“. Als Reaktion auf diese Einschränkungen belebte er alte Kontakte zu Redaktionen neu, für die er ein, zwei Jahre nicht mehr gearbeitet hatte. „Und das hat ganz gut funktioniert“ (Freier H). Der zeitliche Aufwand der Arbeit pro Woche schwankte bei ihm vor der Pandemie zwischen 30 und 50 Stunden, inklusive Wegezeiten. Den zeitlichen Rückgang seiner Arbeit in der Pandemie-Phase schätzt er auf ca. 40 Prozent.

Keine zeitliche Reduzierung der Arbeitszeit durch die Pandemie gab es beim Befragten I, der seine Arbeitszeit gleichbleibend auf 45 bis 50 Stunden in der Woche schätzt. Allerdings hat es inhaltliche Verschiebungen gegeben: Außenmoderationen sind weggefallen, dafür wurde er verstärkt in der Stammredaktion eingesetzt.

Freier K bemisst den zeitlichen Umfang seiner Tätigkeit vor der Pandemie auf etwa fünf bis sechs Stunden am Tag. Zu der Zeit hat er auch noch einige Stunden im Gebäude der Redaktion gearbeitet und dort im Wesentlichen Redakteurstätigkeiten ausgeführt oder Kurzmeldungen und Ankündigungen geschrieben. Zu diesem zeitlichen Aufwand müssen dann noch die Fahrzeiten gerechnet werden, die im Einzelfall für einen Termin bei Benutzung des ÖPNV bis zu vier Stunden betragen können. Die langen Anfahrtszeiten in Bus und Bahn nutzt er, um den Termin vorzubereiten oder anschließend schon an Texten zu arbeiten, deswegen sieht er diese nicht als verlorene Zeit an. Viele Termine befinden sich allerdings auch in seiner Heimatregion und sind mit weniger Fahrzeit zu erreichen. Sein Einkommen hat sich in der Pandemie halbiert.

Freier L war für eine soziale Organisation tätig, deren Hausmagazin er gestaltet hat, sowie für ein unabhängiges Stadtmagazin; die Arbeit für mehrere Auftraggeber\*innen ist für ihn von Bedeutung, damit er den Tatbestand der Scheinselbstständigkeit vermeidet. Seine Arbeitszeit als freier Journalist entsprach vor der Pandemie (einschließlich Rüst- und Wegezeiten) etwa einer Vollzeitbeschäftigung. Sein Bruttoeinkommen

betrug 2019 knapp 19.000 Euro. Andere Tätigkeiten, aus denen weitere Einkünfte erzielt worden wären, gab es nicht. 2020 lag sein Einkommen dann um knapp 4.000 Euro niedriger, pendelte sich im Jahr 2021 jedoch wieder auf dem Vor-Pandemie-Niveau ein. Die spürbarste Veränderung der Arbeit durch die Pandemie liegt dem Freien L zufolge in dem völligen Ersatz von Sitzungen und von Begegnungen mit persönlicher Anwesenheit durch Video-Konferenzen. Auch wird viel häufiger das Telefon benutzt, „was ich gar nicht so gerne mag, aber ich kann es nicht ändern“ (Freier L). Außentermine sind sehr selten geworden. Das frühere wöchentliche Redaktionstreffen der Freien, bei denen die Themen an sie verteilt werden, ist seit März 2020 eingestellt: „Ich sehe meine Kollegen nicht mehr“ (Freier L).

### **„Ich sehe meine Kollegen nicht mehr.“**

Für die freie Journalistin N betrug die Arbeitszeit vor der Pandemie etwa 45 Stunden in der Woche, bei besonderen politischen Ereignissen konnten es auch 60 Stunden in der Woche sein; für solche Mehrarbeit im Rahmen von zeitlich eigentlich festgelegten Schichten hat sie Freizeitausgleich genommen. Zu Beginn der Pandemie wechselte sie zu einem anderen Medium, so dass die eingetretene Verringerung der Arbeitszeit auch auf diesen Wechsel und nicht ausschließlich auf die Pandemie zurückgeführt werden kann. Ihre Arbeitszeit beträgt seither nur noch etwa 20 bis 30 Stunden in der Woche; sie hoffte zum Zeitpunkt des Interviews, dass sie das auf 35 bis 40 Stunden in der Woche erhöhen kann.

Anders war die Arbeitszeitentwicklung einzelner Befragte\*r, die in der Landesrundfunkanstalt arbeiten. Die Änderungen der Arbeitszeiten in der Pandemie wurden in diesem Fall vor allem durch Regelungen beeinflusst, die zur Vermeidung von gesundheitlichen Risiken durch die Pandemie getroffen worden waren. Durch die Einteilung in abwechselnd eingesetzte feste Teams wurde dort versucht, die physische Begegnung von Beschäftigten möglichst zu reduzieren. Inhaltlich waren zwar ebenfalls ganze Themenblöcke ausgefallen, etwa im Kulturbereich. Freie konnten aber jetzt in „ihren“ Wochen, in denen die anderen Teams nicht anwesend waren, mehr und andere Themen übernehmen, die sie vorher nicht bearbeitet hatten. Im Effekt wurden dadurch einige Freie häufiger eingesetzt.

### **Im Effekt wurden einige Freie sogar häufiger eingesetzt.**

So war es bei dem Befragten R. Seine wöchentliche Arbeitszeit betrug vor der Pandemie 40 Stunden, „wobei das schwankte. Weil ich freier Mitarbeiter bin, konnte man sich die Zeit ja frei einteilen“ (Freier R). Seit der Pandemie übernehmen in seinem Arbeitsbereich die Teams in der Woche, in der sie ‚dran‘ sind, prinzipiell alle Themen, die anfallen. „Dann hat man halt Themen übernommen, die man vorher nicht gemacht hätte. Was ich aber gut fand, [...] dass ich mich breiter aufgestellt habe“ (Freier R). Sein Bruttoeinkommen, das 2019 im Schnitt 5.000 bis 5.500 Euro monatlich betragen hatte, hat sich

aufgrund dieser organisatorischen Regelung in der Pandemie auf 6.000 bis 6.500 Euro erhöht. Dies wird allerdings von ihm selbst relativiert: „Ich weiß aber auch, dass es Kolleginnen und Kollegen gibt, die weit weniger verdienen als früher“ (Freier R).

Auch für den Freien P hatte die Notwendigkeit, sich aufgrund der Pandemie verändern zu müssen, letztlich eine Einkommensverbesserung zur Folge, diese bewegte sich für den Printjournalisten aber in einer anderen Dimension. Er hatte vor der Pandemie eine Arbeitszeit von „insgesamt 40 bis 45 Stunden. Das Bruttoeinkommen betrug 2019 ungefähr 30.000 bis 33.000 Euro im Jahr; Einkünfte aus einer anderen Tätigkeit gab es nicht“ (Freier P). Als die Pandemie ausbrach, haben die Verlage, für die er gearbeitet hat, Kurzarbeit angemeldet und Freie nicht mehr beschäftigt. Für die festen Freien sind dabei hauptsächlich die Tagschichten weggefallen, in denen sie auch mit Blattplanung und mit Seiten-Bauen zu tun hatten. „Auch nach dem Ende der Kurzarbeit wurde an dieser Stelle dann nicht mehr auf Freie zurückgegriffen. Außerdem sind die Veranstaltungen komplett weggebrochen, das hat meistens die Hobby-Freien betroffen“ (Freier P).

Damit sind die Freien gemeint, die den Journalismus neben einer hauptsächlich ausgeübten anderen Tätigkeit betreiben. Für ihn galt das nicht. So traf es ihn ungleich härter, dass ihm außerdem der Hörfunk als weiterer Arbeitsbereich weggebrochen ist. „Früher wurde von 6 bis 18 Uhr live gesendet, jetzt wird nur noch die Frühschicht bestückt und der Rest mit Musik

oder mit ‚zeitlosen eingesprochenen Sachen‘ überbrückt“ (Freier P). Freier P musste sich also umorientieren. Heute arbeitet er hauptsächlich für einen Anbieter von digitalen Medieninhalten – und der zahlt deutlich besser. Sein jetziges Bruttoeinkommen beziffert er auf rund 42.000 Euro. „Es ist im Moment deutlich mehr als vor der Pandemie“ (Freier P).

Freier Q hatte vor der Pandemie eine wöchentliche Arbeitszeit, die „etwa einer vollen Arbeitswoche plus ein paar Stunden extra“ (Freier Q) entsprach, gemeint waren rund 40 Stunden einschließlich Wegezeiten. Sein Bruttoeinkommen betrug im Jahre 2019 gut 65.000 Euro und enthielt eine Vergütung für die gelegentliche Tätigkeit als Moderator. 2020 hat sich seine wöchentliche Arbeitszeit nicht verändert, aber er wurde von seinem Hauptauftraggeber ständig eingesetzt, dadurch ist sein Bruttoeinkommen „noch ein bisschen nach oben gespült“ worden und betrug zu dieser Zeit gut 78.000 Euro.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass sich für die Freien, die für Tageszeitungen arbeiten, mit Beginn der Pandemie Arbeitszeit und Einkommen zunächst drastisch reduziert haben und auch im weiteren Verlauf der Entwicklung deutliche Einbußen blieben. Die Kolleg\*innen bekamen sich nur noch selten zu Gesicht. Im Rundfunk sollte durch eine veränderte Arbeitsorganisation erreicht werden, dass es zu möglichst wenig physischen Begegnungen kommt. Diese Neuorganisation führte bei einzelnen Freien sogar zu mehr Arbeitszeit und höheren Einkommen als vor der Pandemie.

### ***Exkurs: Rationalisierung der Arbeit von Freien im Fotojournalismus***

Freie, die als Fotojournalist\*innen arbeiten, waren nicht ausdrücklich in diese Studie einbezogen. In den Gesprächen, die wir für dieses Projekt geführt haben, ist deshalb ihre Situation nicht systematisch untersucht worden. Sie dürften aber in gleicher Weise und in gleichem Ausmaß von der Pandemie und deren Folgen betroffen gewesen sein. Darüber haben Vertreter\*innen der Gewerkschaften berichtet, mit denen wir am Ende des Projektes über die von ihnen behandelten Problemkomplexe gesprochen haben.

Ein Mechanismus, an dem dies besonders deutlich geworden ist, war im Bereich der Berichterstattung über Großereignisse zu beobachten. Ursprünglich als Notmaßnahme unter den Bedingungen der Pandemie eingeführt, sind Praktiken erprobt worden, mit denen auf einen Schlag Dutzende Fotojournalist\*innen ihre Arbeitsmöglichkeiten verloren haben und dauerhaft verlieren könnten (Interview Hirschler 2021).

**„Wenn das anhalten sollte,  
wären eben mal 30 Kolleg\*innen  
aus dem Markt gedrückt.“**

So seien in der Show-Fotografie früher bei einer Produktion bis zu 30 Fotojournalist\*innen anwesend gewesen, die ihre Fotos anschließend an Medien verkauft haben. Wegen der Pandemie seien Fotos dann nur noch durch eine\*n Fotograf\*in angefertigt worden – und diese\*r



werde von der Produktionsgesellschaft selbst gestellt. Als die Folgen der Pandemie besser beherrschbar wurden und wieder eine größere Zahl von Fotojournalist\*innen hätte zugelassen werden können, seien diese Regelungen beibehalten worden. Und nicht nur das: Beibehalten worden sei auch die Möglichkeit für die Produktionsgesellschaften, mit dem Verkauf der Bilder selbst Geld zu verdienen – oder die Bilder seien kostenlos abgegeben worden, um die Zahl der abgenommenen Fotos (und damit die Werbungsmöglichkeiten) zu vergrößern. „Wenn das anhalten sollte, wären eben mal 30 Kolleg\*innen aus dem Markt gedrückt“, gibt Michael Hirschler (Interview Hirschler 2021) vom DJV zu bedenken.

Ähnliches sei in der Sportfotografie zu beobachten. Dort waren pro Wettkampf bzw. Spiel rund 120 Fotograf\*innen anwesend. Das sei in der Pandemie auf drei gesenkt worden (zuletzt wurde eine Steigerung auf acht oder mehr zugelassen). Inzwischen hat sich die Meinung verbreitet, man könne die Bilder auch über Bild-Portale bekommen; mit ähnlichen Folgen: „Wenn die Arbeitsbedingungen sich wieder normalisiert haben, wird es natürlich sehr schwer für die klassischen Fotograf\*innen, die für ein Bild 50 oder 80 Euro bekommen haben, wieder im Markt Fuß zu fassen, wenn man das Bild von einem Bild-Portal für einen Euro bekommt“ (Interview Hirschler 2021).

Langfristig wird sich die Dauerhaftigkeit dieser Rationalisierungsmaßnahmen daran entscheiden, so die Beurteilung unserer Gesprächspartner\*innen, ob die Leser\*innen bzw. Zuschauer\*innen oder aber auch die Medien, die die Bilder von den Fotograf\*innen bisher abgenommen

haben, akzeptieren, dass es von einem Ereignis nicht mehr viele verschiedene Fotos gibt, sondern nur noch einige wenige. Denn Bildportale bieten dasselbe Bild vielen Redaktionen an und sind daher billiger.

---

### 6.2 Der Umgang mit Einkommensverlusten

Die bisher vorgestellten Studien (und Teile unserer Befragungen) zeigen, dass besonders freie Journalist\*innen durch die Pandemie Einkommen verloren haben. Im Folgenden soll dargestellt werden, wie die Freien, die sich uns für ein Interview zur Verfügung stellten, diese Situation erlebt haben und wie sie mit ihr umgegangen sind. Vor allem wollten wir wissen, welche Ausgleichsmöglichkeiten sie hatten. Zu diesem Themenkomplex haben wir ganz unterschiedliche Antworten bekommen.

#### **Aufträge bringen teilweise nur noch die Hälfte des Honorars.**

Freie A gehört zu den von Auftrags- und Einkommensausfällen Betroffenen. Sie hatte 2019 ein Bruttoeinkommen von rund 40.000 Euro. Davon hat sie, nach eigener Schätzung, in der Lockdownphase 2020 etwa zehn Prozent eingebüßt. Zum Beispiel hatte sie ein Magazin für eine Initiative fertiggestellt, die sich um die Stadtentwicklung kümmert. „Dafür hätte ich anderthalb Tausend Euro bekommen. Es ist aber so, dass man das Geld erst dann bekommt, wenn das

gedruckt ist und es wurde ja nicht gedruckt und dementsprechend fehlte das“ (Freie A). Aus anderen Aufträgen hat sie teilweise nur die Hälfte des Honorars bekommen.

Aus eigener Kraft konnte sie die dadurch entstandenen Verluste zunächst nicht kompensieren. Sie hat dann gleich zu Beginn des Lockdowns 2020 aus dem Bremen-Fonds 4.000 Euro beantragt und auch bekommen. In ihrem Jahresabschluss hat sich später gezeigt, dass das genau die Summe war, die ihr sonst im Vergleich zum Vorjahr gefehlt hätte, was ihr also in diesen zwei Monaten verloren gegangen war. Und „danach hat es sich eigentlich wieder auf Normalniveau eingependelt“ (Freie A).

Ähnlich ist es dem Freien L ergangen. Auch er hat aus dem Bremen-Fonds 4.000 Euro bekommen, was auch bei ihm dem Verlust im Jahre 2020 gegenüber 2019 entsprach und demzufolge nicht zurückgezahlt werden musste. Das habe seine Situation „sehr entspannt“ (Freier L).

Anders beim Freien B. Für ihn hat sich „das Einkommen böse nach unten entwickelt“ (Freier B). „In ‚Spitzenzeiten‘ habe ich da wirklich nur 1.500 Euro Umsatz (im Monat, d.V.) gemacht. Ich habe das (den Verzicht auf einen Antrag – d.V.) als bewusste Entscheidung gesehen, weil ich ja die Reserven aus meinem Hausverkauf hatte. Und für mich war immer wichtig [...], dass ich sagen kann, meine Künstlersozialkasse, meine Miete und meine SWB (regionaler Energieversorger, d.V.), die müssen gedeckt sein und natürlich meine Fernmeldekosten. Der Rest wird sich schon irgendwie finden. Das hat bislang ganz

gut geklappt. Jetzt bewege ich mich vom Umsatz Stück für Stück wieder über die 2.000 rüber. Ich kann da keine großen Sprünge von machen, aber ich kann laufen“ (Freier B).

**„Ich kann da keine großen Sprünge von machen, aber ich kann laufen.“**

Freier B gehörte zu denen, die den knappen Zeitraum zu Beginn des Jahres 2020 verpasst hatten, in dem aus dem Bremen-Fonds auch solche Hilfen gewährt wurden, die nicht nur die Betriebsausgaben betrafen. Er selbst hat das im Nachhinein als seine Entscheidung gewertet, da er sich über einen Hausverkauf abgesichert sah.

In einer vergleichbaren Lage war Freie C. Ihr durchschnittliches Bruttoeinkommen hatte vor der Pandemie rund 20.000 Euro im Jahr betragen und sich 2020 auf 11.000 Euro reduziert, was sie als „drastischen Rückgang“ erlebt hat. Für 2021 rechnet sie mit 16.000 Euro. Sie gehört zu denen, die den Einkommensverlust immerhin durch Tätigkeiten außerhalb von Journalismus und PR kompensieren konnten. Freier G wiederum empfand den finanziellen Einbruch als erheblich, den Rückgang seiner Arbeitszeit dagegen als gar nicht so groß. Er nimmt jetzt monatlich noch gut 2.000 Euro ein und damit nur noch die Hälfte dessen, was er vor der Pandemie hatte. Das hält er allerdings immer noch für ausreichend zum Leben, obwohl er es als prekäre Arbeit ansieht; eine Entwicklung, die er vor vier Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Dieser Meinung ist er

vor allem, weil es früher in der Redaktion „immer etwas zu schreiben“ gegeben hat. Das sei heute nicht mehr der Fall.

Freier I gehört zu denen, die durch die Pandemie zwar Einkommensquellen verloren, im Endeffekt aber nichts eingebüßt haben. Seine Einnahmen, die auch für den Rundfunkbereich untypisch hoch sind, lagen vor der Pandemie bei durchschnittlich rund 12.000 Euro im Monat, davon aus rein journalistischer Tätigkeit durchschnittlich etwa 7.000 Euro. Die Tätigkeiten außerhalb des Journalismus sind ihm nun allerdings weggebrochen und zwar komplett – allerdings nicht ersatzlos. „Dadurch habe ich mehr Zeit für den Rundfunk gehabt und der Sender hat mich auch mehr beschäftigt. Ich habe mich selbst gewundert, dass ich im letzten Jahr (2020, d. V.) genauso viel verdient habe, wie 2019; fast plus minus Null. Das liegt daran, dass ich beim Rundfunk mehr Dienste annehmen konnte, die ich vorher abgelehnt hatte, weil ich schon drei Monate im Voraus bei anderen Auftraggebern zugesagt hatte“ (Freier I).

### **„Um davon leben zu können, muss man eine Menge schreiben ...“**

Ganz anders Freier K. Er hatte in der Zeit vor der Pandemie mit seiner journalistischen Tätigkeit ungefähr 1.200 bis 1.600 Euro im Monat verdient. Das empfand er als nicht eben viel. Als Bezahlung für seine Arbeit bekommt er ausschließlich ein Zeilenhonorar, je nachdem, wo ein Beitrag erscheint, zwischen 41 und 66 Cent.

„Um davon leben zu können, muss man eine Menge schreiben [...]. Um auf das Existenzminimum zu kommen, muss man acht Stunden am Tag, sieben Tage die Woche eigentlich schreiben. Das ist wirklich schlecht [...] wird es bezahlt. Ich habe es mal durchgerechnet, ich komme auf etwa acht Euro die Stunde [...]. Bei dem Zeilenhonorar hat man nicht die Zeit, gründlich zu recherchieren oder an dem Text zu arbeiten, wie es eigentlich im Journalismus nötig ist. Man muss sich dann mit einem suboptimalen Zustand zufriedengeben. Damit habe ich mich inzwischen auch abgefunden“ (Freier K). Wenn er mehr dafür bekäme, würde er auch mehr Zeit in die Qualität der Texte investieren. „Das mache ich nicht. Ich kann damit leben, dass die Texte nicht die Qualität haben, die sie haben könnten“ (Freier K).

Rechnet man ein, dass sein Einkommen aus journalistischer Arbeit sich schon vor der Pandemie in jeder Hinsicht an der unteren Grenze des zu Rechtfertigenden bewegt hatte, so wird deutlich, was es bedeutete, dass ihm in der Pandemie die Kultur als Gegenstand von Berichterstattung „vollkommen weggebrochen [ist] [...]. Das waren so minimal 600 Euro und maximal 800 Euro im Monat, um den Dreh. Und das über ein Jahr“ (Freier K). Er hatte wenigstens einen gewissen Ausgleich durch eine parallele Tätigkeit in einer pädagogisch-didaktischen Einrichtung, die ihm im Durchschnitt 200 Euro im Monat brachte. Weitere Einkommensquellen waren die Gestaltung von Kindergeburtstagen in einem Museum und die Pressearbeit für eine Umweltorganisation, „aber das sind immer so Kleckerbeträge“ (Freier K). Etwa 75 bis 80 Pro-

zent seines Einkommens hat er aus journalistischer Tätigkeit bezogen. Seine Antwort auf die Frage, ob er davon leben könne, scheint ihn selbst zu überraschen (*lacht*): „Bisher ging es sogar ganz gut. Ich habe immer sogar noch Geld zurücklegen können“ (Freier K).

**„So weit unter dem Mindestlohn für eine verantwortungsvolle, kreative und anstrengende Tätigkeit zu zahlen, das geht nicht.“**

Dann wird er doch ernst: „Ich will nicht anfangen zu klagen, aber es ist eigentlich eine Schweinerei [...]. So weit unter dem Mindestlohn für eine verantwortungsvolle, kreative und anstrengende Tätigkeit zu zahlen, das geht nicht [...]. Ich hab’ mich auch schon beschwert, auch an höherer Stelle (d. h. im Verlag, d. V.). Aber es nützt nichts. Auch die Redakteure (die den Einsatz der Freien planen und organisieren, d. V.) sehen die Misere, aber [...] einige (gemeint: andere Freie, d. V.) machen es trotzdem. Die sind im Rentenalter und bei denen ist eigentlich nur der Spaß an der Tätigkeit entscheidend und gar nicht das Einkommen“ (Freier K).

Freier E wiederum gehört zu denen, die auf die Einkünfte aus ihrer journalistischen Tätigkeit nicht angewiesen sind, weil er eine andere Haupteinnahmequelle hat, die von der Pandemie unabhängig ist. Sein Spezialgebiet, der Sport, gehörte zu den von der Pandemie am härtesten betroffenen Bereichen. Wettkämpfe fanden nicht statt und so entfielen nicht nur die

Berichterstattung, sondern auch Vorberichte, Nachberichte, begleitende Analysen und Interviews. Freier E hatte vor der Pandemie etwa 400 bis 600 Euro im Monat aus seiner journalistischen Tätigkeit bezogen, „jetzt sind es so 100 bis 200 Euro“ (Freier E).

Ähnlich, wenn auch aus anderem Grund, stellt für Freie F die Reduzierung eines schon vorher geringen Einkommens auf ein noch niedrigeres Niveau kein existentielles Problem dar. Dieser Einkommensbestandteil hatte auch vorher schon nur einen überschaubaren Teil zum Familieneinkommen beigetragen. Auch hatte die Reduzierung nur kurze Zeit angehalten: „Ich habe vielleicht ein, zwei Monate weniger verdient, aber ansonsten hat sich nichts geändert“ (Freie F).

Auch für den Freien H sind die Reduzierung von Arbeitszeit und Einkommen (um jeweils 20 Prozent) zwar merkbar gewesen, wurden aber von ihm selbst in ihrer Bedeutung relativiert: „Es ist auch nicht von hundert auf null gegangen, ich habe nicht überhaupt keine Aufträge mehr bekommen im März 2020“ (Freier H). Für diese vergleichsweise entspannte Reaktion dürfte auch die Tatsache, dass seine Lebenspartnerin nach kurzer Zeit in der gegenteiligen Situation war, eine Rolle gespielt haben: Sie bekam „schlagartig mehr (Aufträge, d. V.) als vorher. Das hat sich also sozusagen ausgeglichen“ (Freier H). Zudem konnte er die Reduzierung seiner Arbeitszeit auf der anderen Seite auch gut gebrauchen, da er seit einigen Jahren ein berufsbegleitendes Studium in einem nicht-journalistischen Bereich begonnen hatte, für das er jetzt die freigewordenen

Zeitkontingente nutzen konnte. Dies betrachtete er als „zweites Standbein“, das unabhängig vom Journalismus war, gewissermaßen eine Option für eine spätere Beschäftigung ohne Journalismus.

In einer ganz unterschiedlichen Situation befanden sich diejenigen, die nicht im Journalismus arbeiteten, sondern sich selbst der PR zuordneten. Die Bürogemeinschaft, zu der Freier D gehört, und die wesentlich in der PR tätig ist, hatte Verluste, wenn auch deutlich weniger merkbar, als andere in unserem Sample. „Natürlich haben wir auch knapsen müssen, aber in keinem Verhältnis (zu anderen betroffenen Kolleg\*innen, d.V.), da sind wir auch demütig“ (Freier D). Freie M sagte ebenfalls von sich, dass sie „auf jeden Fall unter zehn Prozent ihrer Arbeitszeit Journalismus mache, vielleicht so fünf Prozent“, wobei sie den Anteil am Einkommen als noch geringer einschätzte. Ihr Bruttoeinkommen sei gegenüber der Zeit vor der Pandemie „ein bisschen gestiegen“. Es seien „vor der Pandemie, 2019, vielleicht 50.000 Euro gewesen und ich würde sagen, jetzt sind es so 60.000 Euro“.

### **Zuerst leiden die Freien.**

Insgesamt haben also die meisten Freien, die wir befragt haben, durchaus von schweren Beeinträchtigungen der Möglichkeiten berichtet, ihren Beruf auszuüben. Dies war auch mit spürbaren Verlusten an Einkommen verbunden.

Einige bezeichneten diese Entwicklungen als „katastrophal“. Für diejenigen, die wir befragen konnten, war das allerdings – und so ist es auch von den Expert\*innen mit Übersicht über die Verhältnisse im Bundesgebiet bestätigt worden – eine zwar leidvolle, aber zum Glück doch vorübergehende Erfahrung, auch wenn die Kompensation keineswegs für alle und keineswegs immer vollständig eintrat. Dazu beigetragen hat auch, dass es im Jahr 2021 wieder eine gewisse Erholung und in Teilen sogar einen Aufholprozess gegeben hat.

Diese Situation hat dann allerdings für die Freien im Printbereich einen Nachteil ihrer bisherigen Situation umso schmerzlicher in Erinnerung gerufen: Die erhöhte Nachfrage konnte – jedenfalls bis zum Abschluss der Untersuchung – nicht für die Durchsetzung höherer Honorare genutzt werden. Eher war sogar das Gegenteil der Fall: Da sich die Preise für Papier extrem erhöht haben, versuchten die Verlage, ihre Kosten durch Reduzierung der Blattumfänge oder Verringerung anderer Ausgaben zu begrenzen. Und darunter leiden wiederum zuerst, durch Beschränkung des Platzes für Beiträge oder durch die Reduzierung der Honorarmittel, die Freien (Interview Hirschler 2021).

Wer Hilfen benötigte, erhielt sie – teils im privaten Rahmen, teils durch den Hilfsfonds des Landes. Die Wiederbelebung der Nachfrage im Laufe der Pandemie konnte im Printbereich aber auch nicht für eine Erhöhung der Honorare genutzt werden.

### 6.3 Die Bedeutung von Netzwerken

Als es der Freien A gelang, Einnahmeverluste dadurch auszugleichen, dass sie einen verlorenen Kunden relativ direkt durch einen neu dazu gewonnenen ersetzen konnte, führte sie das auf ihre gute Vernetzung zurück: „Das hat dann damit zu tun, dass man nach neun Jahren Selbstständigkeit ja durchaus ein paar Leute in der Stadt kennt, die sich dann an einen erinnern und dann auch einfach mal anfragen, weil man ja Zusammenhänge kennt. Und letztes Jahr im Mai, als es dann wieder so ein bisschen losging, ist noch ein neuer Kunde dazu gekommen“ (Freie A).

Auch nach der Auffassung des Freien B hilft ein Netzwerk, allerdings gehöre eine besondere Voraussetzung dazu: „Auf jeden Fall. Nur, die Leute, mit denen ich vernetzt bin, die sitzen oft an Positionen, an denen sie nicht entscheiden. Wir haben eher einen Austausch. Der bringt mich auch weiter, aber nur in Teilen für die Auftragsakquise.“ Und er erklärt: „Ich bin nicht mit Führungspersonal vernetzt [...]“. Das empfehle er aber „durchaus als Strategie, gerade, wenn mich junge Kollegen fragen. Dann sage ich: Ihr müsst dort akquirieren, wo die Entscheidungsträger sitzen. Ihr müsst dort akquirieren, wo gesagt wird, ja, den Auftrag kriegst du oder wo gesagt wird, tut mir leid, aber wir haben kein Interesse. Ein Redakteur von GEO kann das Thema noch so gut finden, wenn die Chefredaktion oder der Chef vom Dienst sagt, ‚da haben wir aber schon jemand anderen eingekauft‘, nützt das auch nichts. Wer das nicht macht, der hat ein Problem“ (Freier B).

Freier H wiederum sieht den Wert einer guten Vernetzung auch dann, wenn nicht jedes Mal sofort ein konkreter Auftrag dabei herauspringt. Gute Kontakte zu Kolleg\*innen haben ihm geholfen, die Pandemie zu überstehen, „und wenn es nur der Small Talk am Kaffeeautomaten ist, dass man einfach miteinander redet und sich austauscht“ (Freier H).

### **Gute Kontakte zu Kolleg\*innen haben geholfen, die Pandemie zu überstehen.**

Ein Netzwerk hält er sowieso für wichtig um miteinander zu reden – „und wenn’s nur mal das Gespräch darüber ist, wie blöd alles ist“ (Freier H).

Der Wert von Vernetzung zeigt sich ebenfalls an einem Beispiel, von dem Freie C berichtet. Sie hat kürzlich aus ihrem Netzwerk eine Information über einen Auftrag bekommen. Zwar war ihre Bewerbung dafür erfolglos, aber dieser Auftraggeber hat ihr dann eine andere, nicht ausgeschriebene Aufgabe angeboten. Das war nach ihrer Auffassung keine Hilfsaktion des Verlages für eine in Not befindliche freie Journalistin gewesen, sondern ein normaler Geschäftsvorgang, der sich auch ohne Pandemie so abgespielt hätte; in der Pandemie war er natürlich doppelt willkommen. Zwar hat sie diese Arbeit inzwischen wieder abgegeben, weil sie ihr inhaltlich nicht lag und ihr auch keinen Spaß gemacht hat; sie beschreibt die Tätigkeit

als „nicht wirklich journalistisch“. Immerhin konnte sie die Unterbrechung der Arbeit für die bisherigen Auftraggeber\*innen damit teilweise ausgleichen.

Freie F wiederum hat durchaus das Gefühl, dass die Redaktion auf ihre Beiträge Wert legt und sie daher kontinuierlich mit Themen versorgt. Technische Schwierigkeiten habe es allerdings mit der Kommunikation gegeben, als Redaktionsmitglieder in Kurzarbeit und manche im Home-Office waren. „Man konnte nicht mal eben anrufen, man musste eine Mail schreiben und hoffen, dass die die im Home-Office auch häufiger abrufen [...] das war ein bisschen schwierig“ (Freie F).

Freie C war allerdings der Meinung, dass eine gute Vernetzung auch nicht monetär geholfen hätte, weil sie nichts an der Zahl der Aufträge geändert hätte.

### **Eine gute Vernetzung ändert nicht zwangsläufig etwas an der Zahl der Aufträge.**

Sie gestand aber zu, dass Kontaktpflege die Sicherheit vermittelte, dass die Zusammenarbeit nach dem Wegfall der Pandemiebedingungen fortgesetzt werden würde.

Auch Freier L war angesichts der Frage zurückhaltend, ob gute Vernetzung in der Pandemie

eine positive Rolle für die Freien spiele. Er widersprach zwar zunächst nicht, wies aber dann zuerst auf die Konkurrenz zwischen den Freien hin. „Vernetzt sind wir eher nicht. Zwar gibt es immer mal Bestrebungen, dass wir uns zusammentun, auch, um für höhere Löhne zu streiten. Aber auch da sind wir uns nicht einig“ (Freier L). In einem anderen Fall habe eine Kollegin versucht, „die Fotos selber zu machen, so dass die Fotografen da nicht mehr hingingen und mit dieser Kollegin nicht mehr zusammenarbeiten wollen [...]. Deswegen bin ich da immer ganz vorsichtig, Informationen auszutauschen oder mich mit Menschen zusammenzuschließen“ (Freier L).

Und Freier G sieht die Erfahrungen mit der Vernetzung in eine gänzlich entgegengesetzte Gesamttendenz eingebettet: „Viel interessanter ist aber die Erfahrung, dass wir in einer Zeit leben, in der jeder auf sich und seine Zukunft bedacht ist. Die Individualisierung, von der wir seit Jahrzehnten sprechen, hat längst diesen Bereich erreicht. Die Kollegen in der Redaktion wissen auch, wenn sie sich für mich einsetzen, gefährden sie am Ende auch ihren eigenen Arbeitsplatz [...]. Und es ist auch nicht so, dass Sie bei jemandem anrufen können und sagen: ‚Du, wir kenn’ uns seit 20 Jahren, du hast doch bestimmt irgendeine Arbeit für mich‘. Dann überlegt der auch, was kann das für ihn bedeuten, wenn er mir Arbeit gibt [...]. Es ist so eine Form von Entsolidarisierung entstanden“ (Freier G). Er empfindet das als eine Form des Vordringens von betriebswirtschaftlichem Denken im Pressebereich.



## **Eine Form des Vordringens von betriebswirtschaftlichem Denken im Pressebereich.**

Freier G schließlich hatte durchaus das Gefühl, dass eine gute Vernetzung mit Kolleginnen und Kollegen hilft, durch die Pandemie zu kommen. Es geht nach seiner Erfahrung auch im Journalismus um Beziehungen, darum, dass man die entsprechenden Kontakte hat, um die Jobs zu bekommen. Einer der PR-Aufträge, von denen er berichtet habe, sei so zustande gekommen, „dass ein Kollege aus einer Redaktion zu mir gesagt hat: ‚Du, ich hab da einen Auftrag, ich nehme dich da gerne mit ’rein.‘ Das funktioniert alles nur darüber“ (Freier G).

Zusammenfassend zeigt sich: Eine gute Vernetzung in der lokalen Szene erwies sich als wichtig und hilfreich, allerdings nicht als Allheilmittel. Schließlich hatten viele dasselbe Problem und mussten entfallene Aufträge kompensieren. Als wirklich nützlich erwies sich Vernetzung mit Personen, die Entscheidungsbefugnis über die Vergabe von Aufträgen und die Annahme von Leistungen haben.

### **6.4 Profilveränderung als Lösungsstrategie**

Das Medienprofil der meisten Freien, die uns ein Interview gegeben haben, also die Antwort auf die Frage, für welche Medien und in welchen The-

menbereichen sie arbeiten, hat sich durch die Pandemie in der Regel nicht verändert. Nur in einigen Fällen hat es Versuche der von uns befragten Freien gegeben, sich durch das Erschließen neuer Themenbereiche neue Absatzchancen zu eröffnen. So sagte uns etwa der Freie G: „Natürlich bin ich noch offener für neue Aufgaben“, was in seinem Fall allerdings weniger mit der Pandemie, als mit der allgemeinen Reorganisation auf den anders verursachten Spardruck in der Redaktion der Tageszeitung zu tun hatte, für die er hauptsächlich arbeitete.

Aber auch auf Versuche, das thematische Profil zu verändern, etwa, um sich breiter aufzustellen und die Absatzchancen auf diese Weise zu vergrößern, sind wir nur vereinzelt getroffen und diese waren in keinem Falle von einer Niveauabsenkung begleitet. So hat etwa Freier H versucht, in dem Maße, in dem seine Berichterstattung über Themen aus dem Ausland mangels der Möglichkeit von Auslandsreisen zurückgegangen ist, stattdessen stärker Wissenschaftsthemen zu bearbeiten. Den gesamten Ausfall konnte er damit zwar nicht auffangen, aber „es gab immerhin Dinge zu tun“ (Freier H). Neue Redaktionen als tatsächliche oder potentielle Auftraggeber\*innen seien zwar in der Pandemie für ihn nicht dazugekommen; dabei war aber zu berücksichtigen, dass er auch vorher schon eine beachtliche Zahl von Kontakten hatte (er schätzte die Zahl auf 20), die er aktivieren konnte.

Freier B hat auf die Veränderungen des Frühjahrs 2020, als ihm etwa 20 Prozent seiner Aufträge

weggebrochen sind, mit einer anspruchsvollen Strategie reagiert. Er wollte sein eigenes Profil gleichzeitig verändern und schärfen und außerdem besser auf dessen Beachtung setzen. Hierfür hat er begonnen, mit Kollegen ein eigenes Portal zu entwickeln und zu etablieren, durch das er sich thematisch profiliert und zugleich gezielt mehr in den Online-Bereich geht. Darüber hinaus habe er sich gesagt, „ich möchte nur noch über das schreiben, was mir Spaß macht. Und ich suche mir nur noch das heraus, wo ich einigermaßen gute Honorare erlöse. Mein Portfolio hat sich sehr verändert, das ist gerade in einem hochinteressanten Prozess für mich“ (Freier B).

**„Ich suche mir nur noch das heraus, wo ich einigermaßen gute Honorare erlöse.“**

Auch Freier K konnte den Anforderungen der geänderten Situation während der Pandemie im Rahmen seines vorher entwickelten Profils entsprechen. „Die Themen aus Natur und Garten sind wichtiger geworden“ (Freier K). Für diese Themen ist er aufgrund seines Studiums besonders qualifiziert und die hat er auch vorher schon bearbeitet. „Man hat auch gemerkt, die Leute gehen mehr spazieren, die nutzen mehr die Natur, weil viele auch im Home-Office waren. Und da war es dann sinnvoll, mal zu beschreiben, was die nähere Umgebung eigentlich bietet“ (Freier K).

### **Exkurs: Arbeiten im Home-Office**

Während in den Medienbetrieben und von den Freien, die wir befragt haben, die Verlagerung der Arbeiten in das Home-Office ganz offensichtlich eher als einfacher technisch-organisatorischer Vorgang angesehen worden ist, der keine größere Beachtung verdiente, gab es seitens der Gewerkschaftsvertreter\*innen, mit denen wir gesprochen haben, hier durchaus einige kritische Anmerkungen; erklärlich ist diese unterschiedliche Bewertung durch die Tatsache, dass diese mit ihrer überregionalen Übersicht mehr Fälle in die Betrachtung einbeziehen konnten, als es für eine Studie mit regionalem Betrachtungsraum möglich war. Aus der Sicht und nach der Erfahrung der Gewerkschaft ver.di seien in der Pandemie Mobilarbeit und Home-Office von den Auftraggeber\*innen nicht in allen, aber doch in zu vielen Fällen so eingesetzt worden, dass die freien Journalist\*innen ohne finanziellen Ausgleich zuhause mit ihren eigenen, einfachen Arbeitsmitteln zurechtkommen mussten (Interview Hofmann/von Fintel 2021).

Vorschriftsmäßige Arbeitsmittel, die aus arbeitstechnischen, ergonomischen und gesundheitlichen Gründen notwendig gewesen wären, seien nicht immer zur Verfügung gestellt und damit entsprechende Standards unterlaufen worden. Beschäftigte haben in verschiedenen Redaktionssystemen arbeiten müssen, ohne dass die Auftraggeber\*innen eine dafür geeignete Hardware zur Verfügung gestellt hätten.

Inzwischen seien diese Sachverhalte zwar tarifvertraglich geregelt, die Einhaltung der vorgeschriebenen Standards bleibt aber einstweilen prekär.

### **Home-Office mit eigenen, einfachen Arbeitsmitteln ohne finanziellen Ausgleich**

Auch sei Home-Office an einigen Stellen angeordnet statt vereinbart worden. Viele seien wochenlang nicht mehr in ihren Redaktionsräumen gewesen. In den Zeitungen habe das auch Pauschalist\*innen betroffen. Nur wenige Freie haben einen Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt bekommen, der den Vorschriften für Telearbeit entsprach.

---

Unsere Aufmerksamkeit für eine mögliche Verwässerung der Profile oder des Anspruchsniveaus, der Rechercheintensität oder der Qualität der Beiträge freier Journalist\*innen in der Krise hatte, wie die oben wiedergegebenen Äußerungen zeigen, kein wahrnehmbares Resultat. Unsere Fragen, ob es seitens der Auftraggeber\*innen die Anmutung gegeben habe, mit Blick auf die verringerten Möglichkeiten, Beiträge unterzubringen, eine Veränderung der Richtung oder einen Verzicht auf anspruchsvollere oder kritische Inhalte vorzunehmen, wurden sämtlich verneint. Auch scheint es – jedenfalls bei den Freien, die uns für ein Interview zur Verfügung standen – ei-

nen direkten Druck auf die Zeilenhonorare nicht gegeben zu haben; gelegentlich wurde dies mit dem Hinweis unterstrichen, dass Honorarausfälle nur durch fehlende Anlässe für eine Berichterstattung, nicht aber durch Honorarkürzungen zustande gekommen seien. Wir wollen an dieser Stelle allerdings methodenkritisch sagen, dass wir dies auf der Basis unserer Ergebnisse nur für die Freien sicher behaupten können, mit denen wir gesprochen haben.

Den Eindruck, dass sie Beiträge leichter hätten unterbringen können, wenn sie sie weniger anspruchsvoll oder weniger kritisch gestaltet hätten, hatten die von uns befragten Freien ebenfalls nicht. Wir haben in unserem Sample also auch keinen kriseninduzierten Druck auf das Niveau der Beiträge von Freien festgestellt.

So sagte Freie A: „[A]uf keinen Fall. Weil das bei mir so ist, dass mir der Auftraggeber mal mehr mal weniger genau sagt, was er haben möchte und dann mache ich das. Ich setze ja Themen immer in Absprache mit den Auftraggebern um. Bei einigen bin ich da relativ frei. Einige wissen sehr genau, was sie da wollen“ (Freie A). Hier wird allerdings auch deutlich, dass Freie A vornehmlich PR-Aufträge bearbeitet, auch wenn sie selbst diese Arbeit als journalistisch ansieht.

### **Kein kriseninduzierter Druck auf das Niveau der Beiträge von freien Journalist\*innen**

Auch Freier B verneint einen Druck in Richtung unkritischerer Beiträge mit geringerem Niveau, allerdings weniger unbedingt, sondern eher funktional: „Das glaube ich nicht. Davon bin ich überzeugt. Gerade wenn ich weniger kritisch gewesen wäre, das hätte nicht funktioniert. Dann hätte ich eher gesagt, dann macht euren Kram alleine [...]. Auch gehen meine Aufträge weniger in die investigative Richtung. Ich versuche auch konstruktiv zu sein und bin auch der Chronist, weil ich mir nicht anmaßen möchte, überall und in allem kompetent zu sein“ (Freier B). Ähnlich antworteten andere Freie, die wir befragt haben.

### **Profilveränderung in der Krise?**

Der Wunsch nach einer – wenigstens kleinen – Profilveränderung der Freien M schließlich, die in einer Bürogemeinschaft arbeitet und im Wesentlichen PR-Aufträge bearbeitet, ging in eine ganz andere Richtung. Sie wünschte sich, wieder mehr journalistisch arbeiten zu können: „Ich hätte schon große Lust noch mal mehr zu machen. Es spricht absolut nichts dagegen, die persönliche Lust ist da, ein großer Mangel ist die Zeit und von der Bezahlung her ist ein großes Gefälle da. Wenn ich Öffentlichkeitsarbeit mache, kommen da ganz andere Summen bei 'rum, als wenn ich jetzt Journalismus mache. Das mache ich, weil mir das einfach Spaß macht und weil ich nach wie vor einfach große Lust dazu habe, und ich würde das schon gern irgendwann noch einmal wieder mehr aufnehmen“ (Freie M).

Insgesamt wird deutlich, dass eine Veränderung des journalistischen Profils nur selten und nur in geringem Umfang eingesetzt wurde, um weggefallene Aufträge durch neue zu ersetzen. Die meisten Befragten sahen ihre Stärke gerade in ihrem aktuellen Angebotsprofil. Es wurde auch nicht von Strategien der Anpassung von Niveau, Qualität und Honorarforderungen berichtet und ebenfalls nicht von einem Druck in dieser Richtung seitens potentieller Auftraggeber\*innen. Gewerkschaften monierten, dass die Veränderung des Arbeitsortes hin zum Home-Office vielfach angeordnet und nicht vereinbart worden sei. Auch seien für das Home-Office vorschriftsmäßige Arbeitsmittel nicht immer zur Verfügung gestellt worden.

### **6.5 Mit Akquisition gegen die Krise?**

Als sich in der Pandemiesituation abzeichnete, dass die Aufträge für freie Journalist\*innen weniger wurden, konnte man erwarten, dass die Betroffenen ihre Bemühungen erhöhen, da, wo sie eine Möglichkeit sahen, bestehende Auftraggeber\*innen intensiver anzusprechen oder neue Auftraggeber\*innen zu finden; kurz gesagt: ihre Akquisition zu verstärken. In der einen oder anderen Form haben das auch die meisten der von uns interviewten Freien getan und zum Beispiel ihre Websites „aufpoliert [...], [um] das eigene Angebot besser als bisher zu bewerben; darauf gerichtete Bildungsangebote der dju Niedersachsen-Bremen waren jedenfalls gut besucht“ (Interview Rose 2021).

Den Gründen für fehlende oder verhaltene Akquisitionsaktivitäten konnten wir nicht im Ein-

zelen nachgehen. Einige der Befragten mussten sich in dieser Richtung allerdings auch gar nicht bemühen, ihre Lage hatte sich in Bezug auf die notwendigen Aufträge nicht verschlechtert. Wir können aber natürlich auch nicht ausschließen, dass die Bemühungen um eine Profilveränderung, über die im vorigen Kapitel berichtet worden ist, in den Augen vieler Freier bereits das ihnen gemäße Mittel gewesen ist, den Wegfall von Aufträgen durch neue Aufträge auszugleichen, so dass sie zusätzliche Aktivitäten nicht für erforderlich gehalten haben.

### **Aktiv nach neuen Möglichkeiten suchen oder passiv auf Aufträge warten?**

So hat uns Freie A auf die Frage, ob sie aktiv nach neuen Möglichkeiten gesucht oder aber passiv auf Aufträge gewartet habe, geantwortet: „Es war ein bisschen eine Mischung. Ich habe mich relativ schnell mit allen, die ich kenne, die ich als feste Auftraggeber hatte, abgestimmt, wie wir jetzt mit der Situation umgehen, ob es Alternativen gibt. Aber es war so: Als ich merkte, es gibt da jetzt deutlich weniger zu tun, (habe ich) überlegt, ob ich jetzt noch einmal richtig aktiv werde, weil man ja auch Leute kennt, aber ich war auch ein bisschen verhalten. Ich habe damit gerechnet, dass sich die Situation nach dem ersten Lockdown wieder normalisiert. Ich habe dann auch gedacht, wenn ich mir neue Kunden suche und in zwei Monaten ist alles wieder halbwegs normal, was mach' ich dann mit denen?“ (Freie A).

In dieser Situation hat sie außerdem die Erfahrung gemacht, dass sich ihre Auftraggeber\*innen „relativ verantwortlich gefühlt und gesagt haben: ‚Keine Angst, dass dir hier die ganzen Aufträge und das ganze Geld verloren geht. Wir gucken, was wir alternativ machen können‘“ (Freie A). Und weiter: „Es war dann auch so, dass ich irgendwann gesagt habe: O.k., ich mache jetzt das, was anliegt und dann warte ich einfach ein bisschen ab“ (Freie A). Diese Überlegung fiel ihr auch deswegen leichter, weil sie sie gut in ihre private Situation integrieren konnte: „Mein Partner war auch in Kurzarbeit und wir haben einen Hund und dann war das Wetter gut und dann haben wir gesagt: ‚Komm, ich arbeite jetzt einen halben Tag, mache das, was auf jeden Fall anliegt und dann nutzen wir diese Zeit, um einfach mal ein bisschen zu entschleunigen‘“ (Freie A).

Ein anderer Befragter hat den Sinn gesteigerter Akquisitionsbemühungen überhaupt bezweifelt. Seine Überlegung war: „Die Flaute ist überall, und wenn alle auf dem letzten Loch pfeifen, dann brauche ich da auch nicht anzukommen“ (Freier L).

Wieder ein anderer hat sich ein wenig auf sich selbst zurückgezogen und die aktuelle Situation „als eine Phase eingeschätzt, die man jetzt durchstehen muss. Viele sind noch schlechter dran als ich. Ich warte das einfach ab und halte das durch. Ich wusste auch, dass ich einen guten Ruf habe in den Redaktionen und ich wusste auch, dass es mir weiterhin Spaß machen wird. Mehr Akquisition wollte ich nicht betreiben und ich habe gemerkt, dass ich, wenn ich meinen

Alltag gut strukturiere bei schlechterer Auftragslage, komme ich auch ganz gut klar. Und ich habe viele Sachen entdeckt, die ich vorher nicht gemacht habe. Zum Beispiel Aquarellmalerei (*lacht*). Das hat mir so viel gegeben, dass ich das gerne beibehalten möchte“ (Freier K).

### **„Viele sind noch schlechter dran als ich.“**

Und noch ein anderer erklärt den Umfang seiner Bemühungen aus seiner Gesamtbeurteilung der Lage: „Ich habe meine Akquisitionsbemühungen sicher verstärkt, aber nicht so, dass ich jetzt in einen anderen Bereich hineingehen würde“ (Freier G). Außerdem beurteilt er den Markt für Freie in Bremen als zu klein, um hier neue Auftraggeber\*innen zu finden. Einige der hiesigen Medienhäuser kommen für ihn nicht infrage und bei denen, die infrage kommen, bestehen derzeit offenbar keine Möglichkeiten. In einigen Fällen auch erfolgreiche Akquisitionsbemühungen hat er deshalb eher im Bereich PR und Öffentlichkeitsarbeit unternommen. So konnte er beispielsweise Texte für eine Homepage oder für Social Media schreiben, von einer Veranstaltung berichten oder aber in Redakteursfunktion Kolleg\*innen betreuen (Freier G).

Andere Freie, mit denen wir sprechen konnten, haben das allerdings doch anders gesehen. Freie N hatte durch den anhaltenden Auftragsrückgang durchaus den Eindruck, mehr für die Akquisition tun zu müssen. Der vorher regel-

mäßige Eingang von Aufträgen habe dazu geführt, „dass ich faul geworden bin“ (Freie N). Eine anschließende Zeit der Auftragsflaute habe ihr klar gemacht, dass Aufträge nicht unbedingt immer von selbst kommen oder auch, dass Aufträge nicht angeboten werden, wenn der Auftraggeber sieht, dass man für die Ausführung – aus welchem Grund auch immer – nicht zur Verfügung steht. Sie führt weiterhin an, dass ihr die Struktur des Ablaufs eines Arbeitstages durch den Wegfall des Eingebundenseins in die Tagesaktualität fehlt.

Und auch Freie F hatte zwischendurch den Eindruck, sie müsse mehr Akquisition betreiben, vor allem „anfangs eben, als die Redaktion auch so ein bisschen ins Schlingern kam, weil nicht genug Themen da waren [...]. Ich habe versucht, in der Nachbarschaft oder im Bekanntenkreis zu erfragen, was mit Corona-Themen zusammenhängt, eine Sport-WhatsApp-Gruppe, die sich aufgetan hat, weil Sport nicht mehr in den Fitnessstudios stattfinden konnte, solche Sachen“ (Freie F). Sie sei dann auf Themensuche gegangen und habe diese Themen angeboten, „und die wurden mit Kusshand genommen, weil nichts da war“ (Freie F).

### **„Diese Themen wurden mit Kusshand genommen, weil nichts da war.“**

Freier H hat nicht daran gezweifelt, dass seine Akquisitionstätigkeit ausreichend war. Zwar kön-

ne man immer mehr tun, aber er müsse sich nicht vorwerfen, „nicht genug am Ball geblieben zu sein“. Außerdem: „Ich hatte immer was zu tun, sei es Studium, sei es Arbeit. Also, ich bin da echt ganz gut durchgekommen“ (Freier H).

Freier B schließlich hat während der Auftragsflaute immer mal daran gedacht, er müsste mehr für die Akquisition tun. Doch bevor er das dann umgesetzt hatte, ist ihm jedes Mal etwas dazwischengekommen, was den ernstesten Fall nicht hat eintreten lassen: „Mal eine Steuererstattung, mal alte Auftraggeber, die sich gemeldet haben oder mir wurden ganz neue Möglichkeiten angeboten. Ich habe gerade ein Angebot bekommen, dass ich einen Podcast produziere“ (Freier B). In diesem Fall wird deutlich, dass verstärkte oder ausbleibende Akquisitionsbemühungen der Befragten auch mit ihrem sozialen Kontext außerhalb des Berufes als freie\*r Journalist\*in zusammenhängen: So hatte ein enger Freund des Freien B ihm angeboten, sich zu melden, wenn er Geldsorgen habe, was den Druck zur Akquisition milderte.

Es lässt sich bilanzieren, dass nur wenige der Befragten den Eindruck hatten, ihre Anstrengungen zur Akquisition steigern zu müssen. Die Freien sahen darin aber auch nicht unbedingt eine erfolgversprechende Strategie. Eine Veranstaltung der Gewerkschaft dju zur Steigerung der Attraktivität des eigenen journalistischen Angebotes wurde dennoch gut nachgefragt. Im Einzelfall haben auch Auftraggeber\*innen erkennen lassen, dass sie den Freien in ihrer schwierigen Situation helfen möchten.

## 6.6 Selbstzweifel und Anpassung

Die meisten der von uns befragten Freien haben auf die Frage, ob der Wegfall von Aufträgen in großer Zahl bei ihnen zu Zweifeln an ihren Fähigkeiten oder ihren Qualitäten als Journalist\*innen und ihrer Eignung für diesen Beruf geführt habe, in der einen oder anderen Form so geantwortet, wie die Freie N, deren bündige Antwort lautete: „Nö“. Das Gesamtbild, das sich uns auf diese Frage eröffnete, war dann allerdings doch etwas komplexer.

An dieser Stelle geben wir eine Antwort der Freien A in voller Länge wieder, weil sie prototypisch die Gedanken und die Gefühlslage freier Journalist\*innen wiedergibt, eine Hin- und Hergerissenheit zwischen dem Wissen, dass der Auftragsrückgang nicht durch eigene Versäumnisse, sondern durch die Pandemie entstanden war, und der Unsicherheit, ob ihre Reaktionen auf diese Situation immer angemessen und richtig waren:

**„Das war ein richtig beschissenes Gefühl, zu merken, dass einem unverschuldet so viele Sachen auf einmal weggebrochen sind.“**

„Es war schon das erste Mal, da ist mir schon der Hintern auf Grundeis gegangen, als das so hochploppte, als man merkte, da fallen jetzt so viele Sachen auf einmal weg. Ich verteile meine Arbeit ja auch auf so viele verschiedene Auftraggeber,



damit die Wahrscheinlichkeit nicht so groß ist, dass man da Gefahr läuft, dass man auf einmal finanzielle Schwierigkeiten hat. Sondern man weiß dann, o. k., selbst wenn mal ein Auftraggeber wegfällt, dann ist das keine Katastrophe. Dann kann man das, weil man ein bisschen Puffer hat, kann man das ausgleichen und ich habe nach neun Jahren auch das Vertrauen, dass neue Dinge kommen. Weil das immer schon so gewesen ist. Das ist ja eine sehr dynamische Branche und das ist ja normal, dass manche Sachen wegfallen und dann neue Sachen dazu kommen. Das hat sich immer die Waage gehalten und das war ein richtig beschissenes Gefühl, zu merken, dass einem unverschuldet so viele Sachen auf einmal weggebrochen sind.

### **„Ich habe zu keiner Zeit an mir als Journalist gezweifelt.“**

Das war richtig blöd. Und das war auch das erste Mal, dass ich bereut habe, Freie zu sein, weil ich dachte, an dich denkt auch gerade keiner. Ich war richtig ein bisschen neidisch auf alle, auf meinen Partner, auf Freunde, die in Kurzarbeit waren und festes Geld bekommen haben, auch für Zeiten in denen sie einen Tag nicht da waren. Und ich habe gedacht, wenn ich nichts mache, dann kriege ich keinen einzigen Cent. Und das war wirklich blöd, weil ich das vorher noch nie hatte, sondern es hat sich immer von der Tendenz so nach oben entwickelt. Dass ich eher in jedem Jahr ein bisschen mehr verdient habe, ein bisschen mehr Auftraggeber hatte. Und dann war es auf einmal, und ich dachte: Wie lange ist das jetzt?“ (Freie A).

Andererseits hat sie die Situation der Kolleg\*innen, die als Festangestellte in Kurzarbeit waren, auch als nicht so vorteilhaft angesehen. „Würde ich jetzt da sitzen und ich wäre dazu verdonnert, dass ich nur 12 Stunden arbeiten dürfte. Das fand ich auch blöd. Da habe ich dann tatsächlich angefangen zu realisieren, dass es besser ist, man hat das ein bisschen selber in der Hand. Ich hatte zumindest das Gefühl, ich kann selber ein bisschen aktiv werden. Ich konnte die Corona-Situation nicht ändern. Aber ich wusste, ich kann jetzt zehn Leute anrufen und danach habe ich zumindest ein, zwei Geschichten. Für die festangestellten Kolleg\*innen geht das jetzt seit fast anderthalb Jahren und da möchte ich auch nicht tauschen“ (Freie A).

Die meisten anderen von uns befragten freien Journalist\*innen haben diese widerstreitende Gefühlslage vermutlich auf einen Punkt gebracht, bevor sie uns ihre Antwort mitgeteilt haben, die dann entsprechend kurz und bündig vorgetragen wurde. Zum Beispiel sagte Freier B: Er habe „zu keiner Zeit an sich als Journalist gezweifelt“ (Freier B). In ähnlicher Formulierung antworteten die meisten anderen der von uns interviewten Freien.

Fazit: Die Krise hat die Freien nicht an ihrer Berufswahl und ihrer Eignung für den Journalismus zweifeln lassen; schließlich war allen klar, dass die Auftragsflaute nicht Folge individuellen Ungenügens war. Dennoch hat die Tatsache, dass der oder die Einzelne der Pandemie vergleichsweise machtlos gegenüberstand, die Freien doch erkennbar verunsichert. Nicht der oder die

Verursacher\*in der eigenen misslichen Lage zu sein, heißt nicht, von den Folgen unberührt zu bleiben.

### **6.7 Staat, Kolleg\*innen, Familie: Hilfen und Unterstützung in Krisenzeiten**

Das Konzept staatlicher Hilfen in der Pandemie für Soloselbstständige ist viel diskutiert und viel kritisiert worden. Auch die Freien und ihre Vertreter\*innen, die wir interviewen konnten (u. a. Interviews Buschmann 2021, Suling 2021), haben die Kritik vor allem daran geteilt, dass das Konzept der Neustarthilfen des Bundes anfangs ausschließlich auf Unternehmen mit fester materieller Infrastruktur und einem selbstverständlichen Anteil von Fremdmitteln in der Finanzierung zugeschnitten gewesen ist. Soloselbstständige, denen in der Pandemie die Einnahmen weggebrochen waren, mit denen sie schlicht ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, waren nicht berücksichtigt oder sogar explizit ausgeschlossen worden.

Freier B kritisiert dies grundsätzlich. „Ich habe oft den Eindruck gewonnen, dass die Politik in Berlin ...: Die haben die überhaupt nicht auf dem Schirm gehabt, die Freiberufler.“

„Der Primat für die Politik scheint immer noch zu sein: Abhängig Beschäftigte, Nine-to-Five-Jobs. Und das wird ja immer weniger. [...] Wenn auf Grund von Lagen, für die sie nichts können [...], dass sie dann Beihilfen und Fördergelder bekommen sollten, dass man da auch nicht so starrsinnig ist und sagt: Ihr dürft aber nur eure

Fixkosten davon bezahlen [...]. Diejenigen, die abhängig beschäftigt sind, bekommen Kurzarbeitergeld, und diejenigen, die ihnen normalerweise Arbeit geben, die müssen Beihilfen nach SGB II beantragen, also letztlich Hartz IV“ (Freier B).

### **„Die Politik in Berlin: Die haben die überhaupt nicht auf dem Schirm gehabt, die Freiberufler.“**

Zu denen, die keine Corona-Hilfsgelder beantragt haben, weil es nach ihrer Wahrnehmung für ihre spezielle Situation kein Programm gab, gehört Freie C. Die zu der Zeit existierenden Programme waren eben auf die Unterstützung für die Begleichung von Betriebsausgaben ausgerichtet, die sie nicht oder nur in verschwindendem Umfang habe, weil sie überwiegend im Home-Office arbeitet (Freie C).

Die wenig bekannte Regelung aus der Frühzeit des Bremen-Fonds, die eine Förderung des Lebensunterhalts wenigstens nicht ausgeschlossen und damit im Vollzug ermöglicht hat, haben auch einige der von uns Befragten genutzt; sie galt aber nur für sehr kurze Zeit, dann wurden die Bedingungen dieser Hilfeleistung an die Strukturen der Hilfen des Bundes angeschlossen, womit die Förderung des Lebensunterhaltes von Soloselbstständigen und also auch freien Journalist\*innen unmöglich wurde. Aus diesem ursprünglichen Programm haben einige der von

uns Befragten im Frühjahr 2020 eine Unterstützung bekommen, was von ihnen allen gelobt und anerkannt wurde: „Hätte ich das Geld aus dem Bremen-Fonds nicht bekommen, hätte ich vielleicht auch darauf (gemeint ist Grundsicherung, d.V.) zugreifen müssen“ (Freie A). Auch Freier K hat aus diesem Programm eine Hilfe beantragt und bekommen, die zwar versteuert, aber nicht zurückgezahlt werden musste. „Das waren 3.000 Euro, für zehn Monate. Gut, das war besser als nichts. Das hat schon ein bisschen was geholfen. Die kamen im Juni oder Juli 2020“ (Freier K). Auch Freier L hat Hilfen aus dem sogenannten Bremen-Fonds bekommen und zwar knapp 4.000 Euro; das war etwa die Summe, die er von 2019 auf 2020 an Einkommen eingebüßt hatte. Diese Hilfe, die er nicht zurückzahlen musste, hat seine Situation „sehr entspannt“. Freier D hat ebenfalls eine Unterstützungszahlung aus diesem Fonds erhalten, diese allerdings schnell vollständig wieder zurückgezahlt, nachdem klar geworden war, dass seine Bürogemeinschaft die Bedingungen dafür nicht erfüllen würde – immerhin, weil ihre Einkünfte tatsächlich deutlich zu hoch waren.

### **Verwandte, Freunde und die Hausgemeinschaft haben materiell unterstützt.**

Diejenigen, die die Möglichkeiten des Bremen-Fonds nicht oder zu spät in Erfahrung gebracht hatten und auf Hilfe angewiesen waren (was nicht bei allen der Fall war), suchten Hilfe,

wo immer sie sie bekommen konnten. Hilfen für die freien Journalist\*innen leisteten zum Beispiel die Elternfamilien, wobei auch moralische Unterstützung ihren Wert bewies. So hat Freie A zwar von ihrer Familie keine materielle Unterstützung in Anspruch nehmen müssen, ihre Eltern hatten ihr allerdings frühzeitig versichert, dass sie „sie im Zweifelsfall über die Zeit bringen würden“ und ihr damit die größte Sorge abgenommen (Freie A). Auch Freier B hatte eine gleichsam finanzielle Unterstützung von der Familie und Nachbarn: „Ich habe eine Tante und einen Cousin in der Nebenstraße, die haben mir zweimal Einkäufe vorbeigebracht, ansonsten hat die Hausgemeinschaft eingekauft“ (Freier B).

Freier P hatte ebenfalls soziale Beziehungen und Freunde, die für ihn Lebensmittel eingekauft haben.

Freie A griff ihr Ersparnis an: „[Mir] liefen in diesen zwei Monaten die Rücklagen weg und die Miete und alles lief weiter“ (Freie A), was sie als kritisch empfand. Ihre Alterssicherung musste sie aber nicht angreifen, was auch bei den anderen von uns interviewten Freien nur im Einzelfall, jeweils aus ganz unterschiedlichen Gründen, nötig war. Eine Aussage über die Häufigkeit, in der das vorgekommen ist, können wir aufgrund unserer Ergebnisse allerdings nicht treffen.

Freier B etwa hatte eine gewisse Absicherung durch eine Erbschaft. Das habe ihn davor bewahrt, Hilfe annehmen zu müssen und ihm gleichzeitig eine Basis verschafft, neue Projekte zur Abrundung seines Angebots zu erproben. Zu-

sätzlich habe er einmal eine Corona-Soforthilfe von etwas über 2.000 Euro vom Land Bremen bekommen (Freier B). Freier E hat eine auskömmliche Finanzierung aus einer Quelle, die von der Pandemie nicht berührt wird. Für Freie F stellte sich die Frage ebenfalls nicht: „Hauptverdiener ist mein Mann und da kommen wir ganz gut über die Runden“ (Freie F).

Freier G konnte sich in dieser Situation auf Vermögen stützen. Er besitze seit langem eine Eigentumswohnung, was er als „sehr großen Vorteil“ ansieht. Anderes Vermögen angreifen oder seine Alterssicherung auflösen musste er nicht. Außerdem betont er, dass mit sinkendem Einkommen die meisten Abgaben (zum Beispiel die Beiträge an die Künstlersozialkasse oder die steuerliche Belastung) überproportional zurückgehen, so dass „eine Halbierung der Bruttoeinkünfte nicht die Halbierung des Nettoeinkommens bedeutet“ (Freier G). Auch musste Freier G ebenfalls nicht Vermögen angreifen oder seine Alterssicherung auflösen.

„Aber Versicherungen gegen Unfall, gegen Berufsunfähigkeit, abzuschließen, das könnte ich mir gar nicht leisten“ (Freier G). Auch Freie C musste – und konnte – in der auftragslosen Zeit auf Rücklagen zurückgreifen, so dass es nicht zu Existenzsorgen kam. Und sie habe darauf gehofft, „dass es im nächsten Jahr wieder besser werden würde“ (Freie C). Freier P brauchte auch deswegen keine staatliche Unterstützung, weil er am Beginn seiner Selbstständigkeit genau für solche Situationen Rücklagen in Höhe von drei Bruttogehältern angelegt hatte, die er jetzt

aufgebraucht hat. Sonstige Hilfen hat er nicht beantragt. Nach seiner Einschätzung hätte er die Voraussetzungen auch nicht erfüllt, außer für die Grundsicherung. Das hat er aber nicht beantragt. „Man denkt manchmal dran, verdrängt das aber immer, weil es doch sehr stark negativ behaftet ist und man versucht, es solange wie möglich herauszuzögern“ (Freier P).

**„Versicherungen gegen Unfall,  
gegen Berufsunfähigkeit  
abzuschließen, das könnte  
ich mir gar nicht leisten.“**

Er betont noch einen weiteren Aspekt, der auch von mehreren anderen der von uns befragten Freien so oder in vergleichbarer Form angeführt wurde. Er habe sich angesichts seiner jetzt reduzierten Einkünfte gesagt: „Es gibt vierköpfige Familien, die weniger Geld zur Verfügung haben, als du. Du kannst natürlich jammern und du hast dich ja auch [...] gewöhnt an ein gewisses Leben, aber dann wirst du es auch mal ohne schaffen, ohne das eine oder andere, [...] wobei ich auch mal ehrlich sein will, ich kann nicht mal sagen, wobei ich jetzt mich wirklich einschränke. Also, das klingt total bescheuert, das ist mir klar, [...] aber ich war auch noch nie jemand, der viel Geld ausgegeben hat. Ich hab’ immer gesehen, dass ich mir das besorge, was ich brauche [...]. Also, um ehrlich zu sein, ich komme auch mit dem reduzierten Einkommen hin“ (Freier G).

Freie C ergänzte dies mit einer Erklärung, die uns häufiger begegnet ist und die ein wenig quer zu erwarteten Verhaltensmustern liegt: Sie habe selbst keine Existenzsorgen gehabt und sich gedacht, diese Programme seien eher für Kolleg\*innen, die in Existenzsorgen sind oder eine Familie zu ernähren haben. „Das war bei mir nicht der Fall und dann habe ich mir gedacht, ich spar’ mir den Aufwand“ (Freie C). Lediglich ihren Lebensstandard habe sie „etwas heruntergeschraubt“ (Freie C).

### **„Ich habe meinen Lebensstandard etwas heruntergeschraubt.“**

Auch in der Anfangszeit als Freie habe sie nicht sofort ein volles Einkommen erzielt und sei trotzdem gut durchgekommen (Freie C).

Freier H konnte sich mit der Hilfe seiner Lebenspartnerin dagegen entscheiden, staatliche Hilfen zu beantragen, aus dem Gefühl heraus: „Wir kommen hier ganz gut klar, nur weil man es machen kann, ist es kein Grund, es zu machen. Wenn wir in der Situation gewesen wären, hätten wir es auch gemacht. [...] Für die Neustarthilfe hätte ich auch die Bedingungen nicht erfüllt, da musste man 60 Prozent weniger als im Vorjahr umgesetzt haben. Und so krass war’s bei mir denn auch nicht“ (Freier H).

Freier K schließlich hat sich über Unterstützungsmöglichkeiten durchaus informiert. Aus der Information, dass Journalist\*innen anfangs das

Überbrückungsgeld nicht in Anspruch nehmen konnten, hat er den Schluss gezogen, dass es weitere staatliche Hilfen für ihn nur unter Voraussetzungen gebe, die er nicht erfüllte.

Freie A sagte, sie habe sich die Frage nach der Möglichkeit, Grundsicherung beantragen zu müssen, gar nicht gestellt, weil das mit dem Bremen-Fonds so schnell geklappt habe. „Wenn das jetzt noch vier Wochen gedauert hätte ... Aber: Das ist sicher so eine Stolz-Geschichte“ (Freie A). Freier L hätte auf Grundsicherung wegen vorhandener Ersparnisse, über die er aus einer gut bezahlten Angestelltentätigkeit in der Zeit vor der Freiberuflichkeit noch verfügte, keinen Anspruch gehabt. Es gab aber auch einige, die das mit der Grundsicherung pragmatischer angegangen sind: Gefragt, ob sie Grundsicherung beantragt hätte, wenn das notwendig gewesen wäre, lautete die kurze Antwort einer Befragten: „Ja. Klar“ (Freie M).

Insgesamt kann konstatiert werden, dass das Konzept der Bundesregierung, die Soloselbstständigen und damit auch die Freien per Definition aus den staatlichen Hilfeprogrammen auszuschließen, von den Freien und ihren Verbänden heftig kritisiert wurde. Trotzdem wurden diese Regelungen erst spät angepasst. Viele Befragte berichten von Hilfen aus dem privaten Bereich, auch die Regelungen des Landes Bremen wurden gelobt. Fälle, in denen auf Ersparnisse für die eigene Altersvorsorge zurückgegriffen werden musste, sind uns nur als Ausnahme begegnet.

## 6.8 Die allgemeine Beurteilung der sozialen Sicherung

Auf die Frage, ob die soziale Sicherung von freien Journalist\*innen in Deutschland generell gut organisiert ist, gab es vor allem eine Antwort in verschiedenen Formulierungen: „Was sich verbessern müsste, ist die Honorarsituation. Für die Absicherung gibt es die Pensionskasse, das machen ja auch viele. Die Honorarsituation ist schlecht“ (Freier H).

Es stelle sich doch die Frage, „wie Leute von Zeilengeld leben können, tun sie ja auch nicht, die müssen ja alle auch noch was anderes machen. Wenn jemand für eine Seite in einer renommierten Zeitung 600 Euro bekommt, dann ist das gut für die Visitenkarte, aber leben kann ich davon nicht“ (Freier H). Oder „Ich finde, dass es eine Katastrophe ist, wie sie bezahlt werden. [...] Wir haben auch schon häufiger mal eine kleine Meuterei versucht, aber da ist keine Chance“ (Freie F).

An dieser Stelle macht sich bemerkbar, dass die freien Journalist\*innen zwar eine Beschäftigtengruppe mit Selbstbewusstsein, aber nicht unbedingt mit gewerkschaftlicher Tradition sind.

Die Einsicht, dass gewerkschaftliche Organisation die Grundlage des Kampfes für bessere Lohn- bzw. Honorar- und Arbeitsbedingungen ist, scheint sich unter den Soloselbstständigen erst langsam durchzusetzen.

Diese Verschiebung des gesellschaftlichen Problems der sozialen Sicherung von freien Journalist\*innen auf die individuelle Ebene der Verdienste ist uns bei dieser Frage vor allem in den Interviews mit den Freien begegnet, die im Zeitungsbereich arbeiten. Der Verweis auf die existierenden Positionen etwa von ver.di zur Erwerbstätigenversicherung, zur Einbeziehung von Selbstständigen in die Arbeitslosenversicherung oder zur Ausweitung der Definition des Status der Arbeitnehmerähnlichkeit im Tarifvertragsgesetz (ver.di 2021) wurde dadurch in den Hintergrund gedrängt.

### **Eine Beschäftigtengruppe mit Selbstbewusstsein, aber nicht unbedingt mit gewerkschaftlicher Tradition**

Freier B fand: „Freie Journalisten in Deutschland sind im europäischen Vergleich gut abgesichert, aber in der Pandemie waren sie für meine Begriffe eher schlecht abgesichert. Sie sind einfach vergessen worden.“ Freier H ergänzte: „Man muss sich ja selber darum kümmern.“ Das Thema werde aber generell von Freiberuflern zu wenig angegangen. Es gebe einerseits Kolleg\*innen, die nicht die Möglichkeit haben, Rücklagen zu schaffen oder eine entsprechende Versicherung abzuschließen, aber es würde auch von vielen vernachlässigt. Der Freie H vermutet: „Da werden viele auch noch große Probleme bekommen“ (Freier H).

Freier P war in einer besonderen Situation. Er hätte in der Pandemie die Option gehabt, sich arbeitslos zu melden, weil er die Möglichkeit der freiwilligen Arbeitslosenversicherung als Selbstständiger genutzt hatte. Davon wollte er aber noch keinen Gebrauch machen, weil das nur zweimal gehe und dann habe die Versicherung das Recht, den Vertrag zu kündigen. Strategisch wollte er sich diese Möglichkeit als letzte Reserve aufsparen: „Das wäre die letzte Option gewesen, in dem Moment, wo wirklich das Geld am Ende gewesen wäre“ (Freier P). Verständnis für diese Regelung hat er nicht und er vergleicht das mit anderen staatlichen Aktionen in der Krisenbekämpfung: „Lufthansa war wichtiger“<sup>13</sup> (Freier P).

**Das Problem sind die niedrigen Honorare. „Da werden viele noch große Probleme bekommen.“**

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass auf die Frage nach der Angemessenheit der sozialen Sicherung für Freie meist eine Antwort folgte: Das Problem sind nicht die Regelungen der sozialen Sicherung, sondern die niedrigen Honorare für Freie, insbesondere im Printbereich.

### 6.9 Ausstieg als letzte Rettung

Die Antworten auf die Frage, ob die Schwierigkeiten der Situation während der Pandemie die Freien auf die Idee gebracht hätten, aus dem Beruf auszusteigen, zeigten: So leicht wollen sich die Freien nicht unterkriegen lassen, da sie gerne in diesem Beruf tätig sind oder, wenn sie den Journalismus nebenberuflich ausüben, zumindest gerne schreiben. Doch auch wenn ein größerer Teil der von uns befragten freien Journalist\*innen den Beruf nicht aufgeben möchte, so ist doch auffällig, dass fast alle Freien, vor allen Dingen diejenigen, die im Print-Bereich arbeiten, über Alternativen nachdenken. Einige haben sich schon Jobs gesucht, die sie neben der journalistischen Arbeit ausüben; entweder weil das Geld zum Leben sonst nicht ausreicht oder weil sie an eine Absicherung für die Zukunft denken und davon ausgehen, dass die lokalen Tageszeitungen bis zum Ende ihrer Berufslaufbahn entweder gar nicht mehr existieren oder ihnen zumindest keine Arbeit mehr werden anbieten können. Einige haben schon erste Schritte zur Umsetzung ihrer Ausstiegspläne unternommen oder den Printbereich verlassen, um entweder im Hörfunk zu arbeiten (Freie N) oder bei einem Online-Portal (Freier P).

Dennoch ist der Journalismus für alle von uns interviewten Freien noch immer ein Traumberuf und ein Ausstieg aus diesem Beruf für viele nicht wünschenswert.

---

<sup>13</sup> Es handelt sich hier um eine Anspielung auf die Hilfen der Bundesregierung für die Lufthansa in Höhe von 9 Milliarden Euro.



### **„Ich bin schon mit Leib und Seele Journalist.“**

„Ich bin schon mit Leib und Seele Journalist. Außerdem wäre ein Ausstieg mit einem Ausstieg aus meiner Lebensweise verbunden“ (Freier G). Freier B sagt von sich, er habe während der Pandemie nicht einmal überlegt, ob er zur Verdienstsicherung etwas anderes machen wollte, als journalistisch zu arbeiten. Das käme für ihn überhaupt nicht infrage und wenn, dann fiel es mit einem vergleichsweise radikalen Wechsel der beruflichen Tätigkeit zusammen: „Wenn das alles nichts mehr wird, mache ich eine Ausbildung zum Diakon“ (Freier B).

Freier H betreibt seit einiger Zeit ein berufs begleitendes Studium; inzwischen sieht er darin ein mögliches zweites Standbein. In der Pandemie habe sich das entlastend ausgewirkt, weil es Zeit beanspruchte und einer Untätigkeit vorbeugte. Und er sagt: „Ich glaube, dass ich in zehn Jahren nicht mehr so arbeiten werde, wie jetzt“ (Freier H). Insbesondere die Diskussion um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk lasse ihn daran zweifeln, dass die Medienlandschaft in Deutschland ihr Aussehen behalten werde. Und das beunruhige ihn.

Freie C hat sich wiederum bereits entschieden, einen anderen Beruf anzustreben und hat auch erste Schritte dazu schon eingeleitet; dies habe nichts mit der Pandemie zu tun. Nach dem BWL-Studium und einer Berufstätigkeit in einer Bank sei ihre Tätigkeit als Wirtschaftsjournalistin zwar ein brauchbarer Kompromiss gewesen, aber nun strebe sie eine berufliche Tätigkeit an, in der sie mit Menschen arbeiten könne. Die Vorbereitung habe sie schon begonnen und dafür nutze sie bereits heute die Zeitkontingente, die ihr zur Verfügung stehen, weil sie für ihre Tätigkeit als freie Journalistin kein Vollzeitäquivalent benötigt. Zum Wunsch, den Beruf zu wechseln, habe allerdings auch beigetragen, dass sie die Arbeit als Freie als eklatant unterbezahlt empfinde: „Es ist ein Knochenjob, der zwar Spaß macht, aber einfach nicht ausreichend bezahlt wird“ (Freie C).

### **„Es ist ein Knochenjob, der zwar Spaß macht, aber einfach nicht ausreichend bezahlt wird.“**

Als Fazit lässt sich konstatieren, dass ungeachtet ihrer Begeisterung für den Journalismus einige Freie aufgrund der schlechten Vergütung den Beruf verlassen (wollten) oder sich diese Option als ernsthafte Alternative für die Zukunft offenhielten.

## 7 Arbeitssituation und Arbeitsprozesse im Rundfunk

Bei privaten Radiosendern sind freie Journalist\*innen Dienstleister\*innen, die für verschiedene Sender oder zusätzlich für andere mediale Projekte arbeiten. Ein Unterschied zwischen festen Freien und freien Freien wie beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird in diesem Bereich nicht gemacht. In der Praxis gibt es allerdings durchaus Unterschiede. Diese beruhen aber nicht auf fachlich oder thematisch definierten Zuständigkeiten, sondern im Wesentlichen auf der Dauerhaftigkeit der Mitarbeit.

### **Das Bedürfnis nach Programm ist durch die Pandemie gestiegen.**

Ein Beispiel aus dem Bereich der Privatradios zeigt, dass die Anzahl der hier tätigen Freien etwa halb so groß ist, wie die der Festangestellten, die ihrerseits bei einer Größenordnung von rund 15 liegt (Betrieb 1). In der von uns untersuchten Zeit der Pandemie wurde die Zahl weder der freien noch der festangestellten journalistischen Mitarbeiter\*innen reduziert. Die Sendungen liefen weiter wie bisher, es fand moderiertes Programm statt<sup>14</sup>.

Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk liegt das Verhältnis von Freien und Festangestellten im journalistischen Bereich derzeit grob gesagt bei eins zu eins. Hier muss allerdings, wie beschrieben, berücksichtigt werden, dass die festangestellten Mitarbeiter\*innen nicht nur im journalistischen, sondern auch in anderen Bereichen, wie der Verwaltung, tätig sind. Für *Radio Bremen* besteht aufgrund von Vorgaben innerhalb der ARD nur noch bei den Freien Bewegungsspielraum. Bei den Festangestellten kann man nicht abbauen<sup>15</sup>, aber wegen einer Vorgabe der KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) auch nicht erhöhen. Bei den Freien dagegen können neue Mitarbeiter\*innen engagiert werden, wenn es Abgänge gegeben hat.

In der Pandemie wurde das Programmangebot der Rundfunkanstalt nicht verringert, nicht nur, weil gemäß Radio-Bremen-Gesetz ein Programmauftrag besteht. Außerdem ist der öffentlich-rechtliche Sender in nur relativ geringem Maße von den während der Pandemie bundesweit gesunkenen Werbeeinnahmen abhängig. Zudem sei die Programm-Nachfrage durch die Corona-Pandemie erkennbar nicht gesunken, sondern gestiegen (Betrieb 7).

---

14 Das war bundesweit nicht überall der Fall. Auf Grund von Werbeeinbrüchen wurde das Programm in kleinen Privatradios vielfach ausgedünnt oder vollständig durch einen Musiktappich ersetzt.

15 Grundsätzlich nicht betrachtet werden hier befristet Beschäftigte; bei Radio Bremen ist das allerdings ohnehin keine übliche Form der Beschäftigung.

Auf der anderen Seite verursachte die Organisation des Programmangebots angesichts der Pandemie Mehrkosten. „Das große Thema für uns war nicht ‚weniger Programm‘, sondern: Wie machen wir Programm möglich? Wie schaffen wir es, obwohl die Leute sich nicht sehen dürfen, obwohl wir Großraumredaktionen leerräumen mussten, trotzdem weiter Programm herzustellen? [...] Hauptproblem waren übrigens die Schnittplätze. Wir konnten ja nicht die Leute zusammen in einen Schnittraum geben“ (Betrieb 7).

Im Sender wurden A- und B-Teams eingeteilt, um die Zahl verschiedener Personen, die sich begegnen, möglichst gering zu halten. Dazu haben die Mitarbeiter\*innen so oft es ging von zuhause auf die Rechner im Sender zugegriffen und aus dem Home-Office gearbeitet, was technisch gerade für das Fernsehprogramm extrem aufwändig war. „Durch die abwechselnde Beschäftigung der Teams haben einige Leute, die vorher nur eine Woche im Monat gearbeitet haben, plötzlich zwei Wochen gekriegt und andere, die vorher drei Wochen gearbeitet haben, haben jetzt eine Woche weniger gekriegt. Also einige haben mehr gehabt dadurch und die, die weniger hatten, denen haben wir geholfen“ (Betrieb 7).

Dazu wurde eine sogenannte 80-Prozent-Regel geschaffen. Wenn Freie keine Aufträge bekommen haben, wurde die Differenz zwischen dem 2020 tatsächlich erzielten Einkommen und 80 Prozent des Jahresverdienstes von 2019 ausgeglichen. „Das hat schon gegriffen. Nur einzelne Mitarbeiter haben Probleme gehabt. Kaum ein freier Mitarbeiter hatte wirkliche Verluste. Es

gab einzelne, die welche hatten. Aber ich würde sagen 80 bis 90 Prozent haben im letzten Jahr eher mehr verdient als weniger [...]. Keiner musste ans Existenzminimum gehen“ (Betrieb 7).

### **„80 bis 90 Prozent haben im letzten Jahr eher mehr verdient als weniger.“**

Die beschriebene Differenz-Regelung soll auch für das Jahr 2021 greifen. Was Auswirkungen der Pandemie auf die Rundfunkanstalt als solche angeht, so habe die strenge Separierung den crossmedialen Prozess im Sender behindert, ein Schaden, der zwar nicht zu beziffern, aber spürbar sei (Betrieb 7).

In einer Produktionsfirma, die sich für Produktionen für verschiedenste Fernsehanstalten ursprünglich aus einem Pool von etwa 70 bis 80 Freien bediente, wurde beim Ausbruch der Pandemie und als sich herausstellte, welche Folgen diese gerade für die lokale Kulturszene haben würde, ein besonderes Projekt initiiert, um Arbeitsmöglichkeiten für Kulturschaffende und freie Journalist\*innen zu schaffen. Dadurch ist die Zahl der freien Mitarbeiter\*innen sogar auf ca. 100 gesteigert worden. Davon profitieren alle Gewerke, die für eine Fernsehproduktion gebraucht werden, darunter sind auch etwa 35 bis 40 freie Journalist\*innen. Ein Vergleich mit der Zeit vor der Pandemie ist schwierig anzustellen, weil die Zahlen immer von den Projekten abhängen und diese ständig wechseln. Außerdem ist

zu berücksichtigen, dass die Produktionsfirma mit Partner\*innen, die ihr Beiträge abnehmen, langfristige Verträge abgeschlossen hat, so dass es gar nicht in ihrer Macht stand, den Arbeitsaufwand zu senken und auf Personal zu verzichten. Für den Print-Bereich arbeitet die Produktionsfirma nicht, weil dieser zu schlecht zahle. Da die Produktionsfirma schon seit einiger Zeit gut im Geschäft ist, hatte sie auch in der jüngeren Vergangenheit viele Bewerbungen potentieller Mitarbeiter\*innen, so dass sie nicht sagen kann, ob die Pandemie auf dem Gebiet zu einem Anstieg geführt hat (Betrieb 5).

In der Regionalredaktion eines privaten Fernsehsenders (Betrieb 6) arbeiten neben knapp zehn festangestellten Journalist\*innen fünf freie, die je nach Bedarf dazugebucht werden. Das sind freie Autor\*innen, die alle noch mindestens ein weiteres Standbein haben. In der Pandemie hat sich die Zahl der festen und freien Mitarbeiter\*innen nicht geändert.

**„Es ist so, dass wir  
mehr Output produzieren  
müssen und wollen.“**

„Wir haben den Bedarf ja trotz Pandemie. [...] Es ist so, dass wir mehr Output produzieren müssen und wollen. Deswegen: Die Arbeit ist nicht weniger geworden in der Pandemie und daher brauchen wir die freien Kollegen. Da sind wir schon drauf angewiesen“ (Betrieb 6). Und: „Das sind Freie, die wollen diesen freien Status haben, da-

mit sie eben woanders arbeiten können. Es gab die einen oder anderen, die hätten wir durchaus fest angestellt, aber das wollen die halt gar nicht, weil die zufrieden sind mit ihrem Status“ (Betrieb 6).

Einsparungen waren allerdings notwendig aufgrund von Vorgaben vom Mutterkonzern „mit klaren Summen, die wir einsparen müssen“ (Betrieb 6). Dem wurde entsprochen, indem durch den Einsatz von Technologie der Arbeitsprozess rationalisiert wurde.

Das betraf vor allem den Einsatz von Smartphones anstelle von Kameras durch ‚mobile journalists‘, sogenannte MoJos, der letzten Endes die Herstellung von Bildmaterial vereinfacht: „[W]eil das jetzt auch möglich ist. Vor zehn Jahren [...] hätte man die noch nicht mit Handys losschicken können, weil die einfach noch nicht so weit waren. Heutzutage [...] sieht man kaum noch einen Unterschied“ (Betrieb 6). Diese Rationalisierungsform hat allerdings Grenzen: „Man sieht einen Unterschied in der Handhabung, denn es ist ein eigener Beruf und allein schon so einen Schwenk oder einen Zoom, den muss man können. Und auch die Bildsprache, das ist insgesamt nicht so einfach“ (Betrieb 6).

Hinsichtlich der Akzeptanz bei den Journalist\*innen gebe es vor allem den Unterschied zwischen Älteren und Jungen. „Es gibt welche, so blöd wie das klingt, aber meistens sind es die jüngeren Leute, die etwas affiner einfach dazu sind und die auch Bock dazu haben, die aber auch die Notwendigkeit sehen, für ihre Zukunft, sich an der

Stelle zu schulen, weiterzukommen. Für die (ist das) auf jeden Fall [...] eine Weiterqualifizierung und das wird immer mehr so sein, dass bei allen Sendern, dass diese Technik eingesetzt wird. Das ist ja nicht nur bei uns so. Das sehen natürlich auch die anderen. Und da steckt ja auch eine ganz lange Entwicklung hinter [...]. Damals (hat man) jeden Dreh mit Zwei-Mann-Teams gemacht, da war ein Kameramann, ein Tonassistent und manchmal sogar ein Beleuchter dabei“ (Betrieb 6).

Einsparungen wurden also nicht durch weniger Programmbeiträge aufgrund der Pandemie erbracht, sondern durch eigene Reorganisationsmaßnahmen im laufenden Prozess; sicherlich aber angestoßen aufgrund der Pandemie und der durch sie verursachten Verluste (zum Beispiel im Werbemarkt) des Gesamtkonzerns. Nicht alle Maßnahmen waren unter allen Umständen brauchbar. „Dass die Redakteure mit einfacher Ausrüstung, meistens einfach Handys, einen Dreh fahren, um ein Team zu sparen, das geht natürlich nur bei wenigen Dingen. Die können wir jetzt nicht zu Bovenschulte (Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, d. V.) schicken mit einem Handy, das ist klar, aber wenn es sich um eine Kurznachricht handelt oder eine Kleinigkeit, dann geht das schon mal und da versuchen wir schon ein bisschen einzusparen tatsächlich“ (Betrieb 6).

Obwohl die Produktionsfirma (Betrieb 5) nicht unter Beschäftigungsmangel gelitten hat, wurde dort dennoch bemerkt, dass die Freien in der Pandemie unter Druck standen. „Das war aber vor allem psychisch [...]. Die Journalist\*innen, die

für uns arbeiten, die gehen raus, die sind auf der Straße. Und wenn du dich nicht mehr bewegen kannst, dann hast du erstmal ein Problem, dann musst du umdenken. Also das ist erst einmal die Herausforderung. [...] [W]ir haben zwei Monate überlegt, wie finden wir jetzt neue Formate, wie können wir Geschichten jetzt trotzdem erlebbar machen?“ (Betrieb 5).

### **Einsparungen durch Reorganisationsmaßnahmen, nicht durch pandemiebedingte Programmreduktion**

Die Zahl der Freien ist in einem privaten Radiosender (Betrieb 1) unter den Bedingungen der Pandemie ebenso konstant geblieben, wie das Arbeitsvolumen, das von ihnen verlangt wurde. In Einzelfällen konnte es für den Sender sogar schwierig sein, bei einem Freien Termine zu finden – wenn dieser zum Beispiel über die besonderen technischen Fähigkeiten verfügt, im Home-Office zu arbeiten: „Der hat also – aus unserer Sicht – ‚zu viel‘ zu tun und nicht etwa zu wenig. Die Leute, die wir brauchen, also Nachrichtenredakteur\*innen und Moderator\*innen, die haben alle ausreichend zu tun gehabt in den letzten anderthalb Jahren“ (Betrieb 1).

Eine Beeinträchtigung der Arbeitsmöglichkeiten, wie sie von anderen Sendern im Hörfunk bekannt geworden sind, sei beim Betrieb 1 nicht eingetreten. „Es gibt allerdings schon Beispiele, wo Sender seit Beginn der Pandemie nicht mehr senden und in verschiedenen Bereichen kein Personal

mehr beschäftigten [...]. Wir hatten eine Bewerbung, da hatte jemand [...] schon seit Mitte 2020 nicht mehr moderiert, weil die einfach die Moderation komplett auf Null gefahren haben und nur noch Musik spielen und versuchen, Spots zu verkaufen. Das ist nicht unser Ansatz“ (Betrieb 1).

Auch in einem anderen privaten Fernsehsender (Betrieb 3) hatte die Sicherung des Programms oberste Priorität.

### **Die Sicherung des Programms als oberste Priorität**

Es war ein erheblicher Aufwand erforderlich, aber die Arbeit konnte normal weitergeführt werden. Geändert hat sich nur die Themenlage. Beim Drehen wurde die Maskenpflicht beachtet, der Abstand eingehalten und die Durchführung vorher mit den Beteiligten im Detail besprochen. Darüber hinaus wurde für die Dreharbeiten angestrebt, die Begegnung unterschiedlicher Menschen möglichst selten notwendig zu machen. Dazu wurden feste Teams eingerichtet und zwei Cutter\*innen eingesetzt; diese Teams werden über einen konzerneigenen Dienstleister beschäftigt, der seit 30 Jahren Partner ist.

Für den täglichen Arbeitseinsatz wurden zwischen den Schnittplätzen Trennwände eingebaut. Auch dort gibt es eine Maskenpflicht, es wurde eine Belüftung eingebaut und ein separater Aufenthaltsraum zur Verfügung gestellt. „Das war ein ziemlicher Aufwand; schnell aus der Hüfte geschossen, aber es funktioniert alles“ (Betrieb 3).

Die Technologie des Video-Journalismus (VJ) ist nicht erst in der Pandemie verwendet worden. „Die Kollegen und Kolleginnen sind vor 15 Jahren als VJs ausgebildet worden. Sie verwenden kleinere Kameras als die Kameraleute, die aber inzwischen auch einen technischen Standard haben, der genauso gut ist. Die Kameraleute werden auch weiterhin von der Redaktion behalten und eingesetzt werden“ (Betrieb 3).

Technisch könnten die Aufnahmen auch mit einem Smartphone gemacht und theoretisch auch im Sendebetrieb eingesetzt werden, meist werden sie dann jedoch für Social-Media-Beiträge verwendet. Eine Nutzung für den Sendebetrieb ist qualitativ als Notlösung erkennbar, „wir haben ja auch als Fernsehjournalisten und Fernsehjournalistinnen einen Qualitätsanspruch“ (Betrieb 3). Inzwischen wird das als Ergänzung angesehen. Die Anzahl der Journalist\*innen, die mit den Mobiltelefonen arbeiten, hat in der Pandemie zugenommen.

### **Der Einsatz von „mobile journalists“ hat in der Pandemie zugenommen.**

Den Volontär\*innen wird es schon während des Volontariats beigebracht. „Die neue Generation hat damit überhaupt kein Problem, weil die tagtäglich mit diesem Instrument arbeiten. Wir sehen das bei den jüngeren Kollegen oder Kolleginnen: Die sind draußen, die nehmen was auf und stellen das sofort in die Social-Media-Kanäle ein

[...]. Für ältere Kollegen und Kolleginnen ist das schon ein Aufwand. Man sieht aber auch den zusätzlichen Nutzen“ (Betrieb 3).

Interviews wurden auf Abstand gedreht – im Fachjargon wegen der Haltung des Mikrofons über eine gewisse Distanz hinweg „geangelt“. In einzelnen Situationen musste ein Dreh abgesagt werden, in anderen wurden vorher Schnelltests oder PCR-Tests gemacht. „Man hat vorher gedacht, es geht nicht, aber es ging. [...] Es ist vorgekommen, dass Leute zuhause gesessen haben, die von da zum Dreh gefahren sind, anschließend mit dem Material nachhause gefahren sind, dort geschnitten haben und dann über WeTransfer (ein Dienst zum Versand größerer Dateien, d. V.) überspielt haben für die Sendung“ (Betrieb 3). Dazu trug auch bei, dass alle Kollegen und Kolleginnen in diesem Betrieb als Video-Journalist\*innen ausgebildet sind und auch die Fähigkeit besitzen, Videomaterial zu schneiden.

Bei der Produktionsfirma, die vor allem Netzvideos produziert (Betrieb 5), hat man zusätzlich zu den Hygienemaßnahmen aufgrund der Pandemie auch im Blick behalten, dass sich die angebotenen Arbeiten für die Freien lohnen. „Wenn in einem Film fünf Monate Recherche stecken, dann machen das bei uns die Festangestellten, das lohnt sich für einen Freien nur unter ganz besonderen Umständen; zum Beispiel, wenn er die Geschichte an mehrere Sender verkaufen kann. Das gibt es auch“ (Betrieb 5).

Die Frage, ob Journalist\*innen lieber als Freie oder in Festanstellung arbeiten wollen, berührt

auch die Medienhäuser. In der Redaktion eines Fernsehsenders hat man die Erfahrung gemacht, dass viele jüngere Kolleginnen und Kollegen heute lieber in die Festanstellung gehen. „Vor drei Jahren hatten wir eine Stelle ausgeschrieben, es konnte nur eine Person genommen werden. Bei einer Bewerbung fehlten bestimmte Kompetenzen und Erfahrungen im eigentlichen Fernsehbereich. Die hätten in einer Beschäftigung als Freier aufgebaut werden können. Der Verdienst wäre nicht gemindert worden. Das Angebot wurde aber abgelehnt, weil eine bestehende Festanstellung als wichtiger eingestuft wurde“ (Betrieb 3).

**„Wir stellen sie auch  
so schnell es geht  
unbefristet ein.“**

Als „Achillesferse“ ihres inhaltlichen Konzeptes, das die Grundlage für ihr Geschäftsmodell darstellt, bezeichnete die Produktionsfirma, dass für das Konzept, „phantastisch ausgebildete Journalist\*innen gebraucht werden, [...] die nach öffentlich-rechtlichen Standards oder hohen journalistischen Standards arbeiten wollen und sich denen auch verpflichtet sehen; die aber nach anderen Produktionsstandards arbeiten. Die also viel mehr Verantwortung für ihre Produktionen übernehmen“ (Betrieb 5). Solche Leute zu finden, ist schwierig. Aus dem Grund gibt es auch eine Ausbildungskomponente in dem Konzept, man begreift sich auch als Ausbildungsredaktion. „Wir haben ja auch mehr und mehr



Leute in eine Festanstellung geholt. Das waren dann zum Beispiel Fälle, wenn Kinder geboren wurden oder wenn wir Redaktionsstellen hatten. Reporter sind bei uns meistens frei, außer denen, die das investigativ machen; und ‚Redaktion‘ ist bei uns fest. Wir gucken natürlich auch, dass wir langfristig mit unseren Festangestellten planen. Und wir stellen sie auch so schnell es geht unbefristet ein“ (Betrieb 5).

In der Produktionsfirma kümmert sich ein\*e festangestellte\*r Redakteur\*in hauptsächlich um die Freien und die Organisation, „mit dem Unterschied, dass wir natürlich von unseren Redakteur\*innen auch erwarten, dass sie Filme machen. Bei uns soll jeder merken, was das bedeutet, sich diesem Druck zu stellen, dieser kritischen Öffentlichkeit im Internet. Und das kannst du auch nur nachempfinden, wenn du das mal gemacht hast. Das unterscheidet sich wirklich radikal vom Fernsehen“ (Betrieb 5).

Für Privatradios besteht eine hohe Abhängigkeit von den Einschaltquoten, was eine spezifische Bedeutung der Festangestellten nach sich zieht. Der Befragte von Betrieb 1 macht mit einer ausführlichen Beschreibung die besondere Situation der Privatradios deutlich: „Eine bestimmte Sendung kann bei einem Sender, wie wir es sind, nicht über Jahre mit zehn verschiedenen Personen aufgebaut werden, das geht also mit Freien nicht. Radio funktioniert über ‚Personality‘, heißt: Die Bindung an den Sender wird, gerade morgens, über die Personen aufgebaut. Um einen Sender, wie wir es sind, erfolgreich zu machen, brauche ich ein eingespieltes Team. Da

muss ich immer mit Festangestellten arbeiten. [...] Gerade weil private Sender aus ihrer Entstehungsgeschichte vielleicht ein bestimmtes Image haben, bemühen wir uns sehr, was Arbeitszeiten und Vertragsbedingungen angeht, immer im Rahmen der geltenden Regeln zu bleiben. So sehen wir uns auch als Ausbildungsbetrieb und haben immer eine Zahl von Volontären. Viele unserer ehemaligen Mitarbeiter\*innen arbeiten heute in traditionellen Medienbetrieben“ (Betrieb 1).

### **Es gibt Aufgaben, die beim privaten Rundfunk an Freie nicht übertragen werden.**

Es gibt weitere Aufgaben, die Freien im privaten Radio nicht übertragen würden. Ein modernes Radiosystem ist komplett digital und recht kompliziert, „da kann man bei der technischen Belegung auch sehr viel falsch machen“ (Betrieb 1). „Das wollen die Freien gar nicht machen, die wollen moderieren. Und denen, die mit Leidenschaft moderieren, denen tut man auch keinen Gefallen, wenn man sagt: ‚Ich plan‘ dich mal am Samstag für ‚ne Technikschrift ein.‘ Da hat der gar keinen Bock drauf“ (Betrieb 1).

Aufgaben oder Themen, in denen bevorzugt Freie eingesetzt werden und Festangestellte nicht erwünscht sind, gibt es in diesem Betrieb dagegen nicht.

Von den genannten Bereichen abgesehen besteht die Auffassung, dass im privaten Rundfunk

sowohl Festangestellte als auch Freie prinzipiell alles machen, „die können moderieren, die können Social-Media-Kanäle des Senders bespielen, die sind als Reporter\*innen unterwegs, die sind mit allen Darstellungsformen vertraut, die es im Privatrado gibt“ (Betrieb 1). Insbesondere in der Moderationstätigkeit machen die Freien dieselben Arbeiten wie die Festangestellten, sie sind bei privaten Radiosendern auch weit überwiegend in diesem Bereich, für den ein spezifisches Talent erwartet wird, tätig. In der Redaktion oder für die Wahrnehmung von Terminen werden Freie nur in geringem Umfang eingesetzt, wobei Veranstaltungs-Termine in den letzten anderthalb Jahren verständlicherweise sowieso nicht häufig vorkamen.

Andererseits könnten die moderierten Sendungen gar nicht ausschließlich mit Festangestellten realisiert werden. Aus der Sicht der Sender ist es wesentlich einfacher, auf dem Markt der Radiojournalist\*innen Freie zu finden als Menschen, die sich fest anstellen lassen wollen. Bei einem privaten Sender arbeiten vor allem junge und sehr junge Menschen, „die wollen gar nicht fest angestellt sein, die wollen frei arbeiten“ (Betrieb 1).

In der Produktionsfirma ist man der Auffassung, dass das Reportagen-Konzept auf Freien beruhen müsse, weil es das Einzige sei, was richtig Sinn ergebe. „Journalisten müssen auf der Straße sein“ (Betrieb 5). Wenn sie das nicht sind, besteht die Vermutung, dass „wir nicht diese Qualität von Geschichten kriegen würden [...]. [D]ie Leute, die für uns arbeiten sind gut, weil sie eben anders arbeiten wollen. Der Typ

von Journalist\*innen ist ein anderer. Das sind Leute, die sind irgendwo unterwegs und dann läuft denen irgendwas über die Füße und dann sagen sie: ‚Oh ja, das wäre ja eine Geschichte‘“ (Betrieb 5).

### **Vor- oder Nachteile des Freienstatus und der Festanstellung als Ansichtssache**

Ob es ein Vor- oder ein Nachteil ist, frei oder festangestellt zu arbeiten, ist nach Einschätzung der Rundfunkanstalt (Betrieb 7) davon abhängig, mit wem man über das Thema spricht. „Wenn du mit Freien redest, dann hast du ein sehr differenziertes Bild. Die einen sagen, sie würden lieber fest angestellt sein [...]. Andere sagen: Dann muss ich aber auch immer arbeiten und kann nicht einfach mal zwei Monate weggehen. Dann habe ich nicht die Freiheiten, die ich habe. Und viele haben ja noch andere Jobs. Als Festangestellter musst du immer einen Nebenerwerbsantrag stellen, musst dich mit deinem Vorgesetzten abstimmen, ob du das darfst oder nicht, und gerade bei den Freien, die moderieren oder noch nebenbei irgendwelche Veranstaltungen machen, die verdienen halt viel mehr“ (Betrieb 7).

Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt es hinsichtlich der Kosten, die Freie und Festangestellte jeweils verursachen, unterschiedliche Auffassungen, die sich nicht wirklich auflösen lassen,

weil es sehr unterschiedliche Kontexte gibt, in denen sie zum Tragen kommen. Vergleicht man etwa Freie am Berufsbeginn mit Festangestellten, dann stehen die Freien finanziell häufig besser da, vor allem dann, wenn sie moderieren. In späteren Berufsjahren oder wenn die Freien vor allem Dingen Redaktionsdienste machen, dann sieht das Verhältnis völlig anders aus, denn dann müssten in diese Vergleiche auch Kosten einbezogen werden, die bei Freien nicht anfallen, etwa Zulagen für Wochenenddienste, die bei *Radio Bremen* nur an Festangestellte gezahlt werden, oder aber steigende Einkommen auf Grund der größeren Berufserfahrung.

In der Landesrundfunkanstalt geht man dennoch davon aus, dass, anders als in anderen Wirtschaftsbereichen, die Beschäftigung von Freien als Soloselbstständigen kein Sparmodell sei. „Freie sind teurer als Festangestellte. [...] Freie sind nicht günstiger für uns“ (Betrieb 7).

**„Die Vorstellung ist,  
dass wir immer so einen  
Pool an Freien haben,  
um die Arbeit abzupuffern.“**

Auch bei privaten Sendern ist man sich sicher, dass die Kosten für die Beschäftigung von Festangestellten und Freien für eine Redaktion mindestens die gleichen sind. Freie seien nicht preiswerter als Festangestellte. Die Beschäftigung von Freien entspringe nicht dem Wunsch, billige Arbeitskräfte einzusetzen. „Freie werden

natürlich teurer bezahlt, weil die sich ja auch selbst versichern müssen, da kommen ja einige Sachen zusammen. Es ist aber mitnichten so, dass die günstiger sind. Es ist einfach so, dass wir Stoßzeiten haben, dass es vorkommt, dass das Arbeitsaufkommen sehr hoch ist, und dann buche ich gezielt dazu, oder als Urlaubsvertretung ab und zu. Dafür haben wir überhaupt Freie, sonst würden wir einfach mehr Leute einstellen“ (Betrieb 6).

Andere verweisen auf die arbeitsorganisatorischen Vorteile, die die Freien in der Funktion als Puffer haben. „Die Vorstellung ist, dass wir immer so einen Pool an Freien haben, um die Arbeit abzupuffern. Wobei, bei vielen ist mir bewusst, dass das auf Dauer nicht funktionieren wird, weil es immer so ist, dass die Freien wechseln, dann geht der eine, weil er etwa noch studieren will. Also da ist schon Fluktuation drin. Also diese fünf Freien, die wir jetzt haben, das sind nicht die Gleichen seit zehn Jahren. Also der eine lässt sich dann doch irgendwann fest anstellen oder geht weg. [...] Es sind meistens ja auch recht junge Kollegen, die frei arbeiten. Und dann bindet sich jemand und geht in eine andere Stadt. Da ist mehr Fluktuation drin als bei den Festangestellten bei uns“ (Betrieb 6). An einigen Stellen wird bei der Bezahlung der Freien nach den in der Personalpolitik üblichen Kriterien verfahren (Alter, Kompetenz) (Betrieb 3).

Bei den Festangestellten hat es auch im journalistischen Bereich der Privatsender Kurzarbeit gegeben, die Dauer war nach Bereich unterschiedlich. Während dieser Zeit war man der

Auffassung, die Freien nicht beschäftigen zu können. „Wir haben aber Kontakt zu den Freien gehalten, nicht zuletzt, weil wir für die Zeit, in der die Freien wieder eingesetzt werden würden, inhaltliche und organisatorische Vorbereitungen treffen mussten. Außerdem brauchten wir unabhängig von der Kurzarbeit zum Beispiel Urlaubsvertretungen und Vergleichbares. Im Kontakt stehen wir immer“ (Betrieb 1).

Die Produktionsfirma (Betrieb 6) hat aufgrund ihrer guten Beschäftigungslage keine Kurzarbeit anmelden müssen. „Ehrlich gesagt, geht das gar nicht. Wir haben darüber nachgedacht [...]. Gemacht wurde das nur in den nicht-journalistischen Bereichen. [...] Bei uns wäre das gar nicht möglich“ (Betrieb 6). In der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt (Betrieb 7) wurde keine Kurzarbeit angemeldet, man sei ohnehin aus öffentlichen Geldern finanziert und hätte Kurzarbeit daher unangemessen gefunden.

Für die redaktionellen Arbeiten wurde Home-Office angeboten, was den Einsatz digitaler Arbeitsmittel erforderte. „Auch Home-Office ging besser, als wir dachten“ (Betrieb 3). In der Produktionsfirma (Betrieb 5) wird beispielsweise schon lange per Zoom geschnitten. „Unsere Autoren sind teilweise nicht in Deutschland. Wir haben Leute, die sind in Vietnam, die andere, die wohnt in Belize und die können auch von

dort aus arbeiten. Und dann ist die eben zwei Monate in Südamerika unterwegs und bringt von dort aus eine Geschichte mit, und dann schneidet die die bei uns. Manche sind auch so gut ausgebildet, crossmedial, dass sie uns fast gar nicht brauchen. Da sind wir dann eher Plattform und bieten quasi die Verpackung“ (Betrieb 5).

### **Keine Kurzarbeit aufgrund guter Beschäftigungslage oder öffentlicher Finanzierung**

Insgesamt zeigt sich: Im Rundfunkbereich wurde das Programm in Bremen aufrechterhalten, was im Bundesgebiet nicht überall so war. Daher haben sich für die Freien in Bremen insgesamt vergleichsweise weniger Probleme ergeben, lediglich für einen kurzen Zeitraum gab es bei Redaktionen des Privatfunks Kurzarbeit. Dennoch haben sich durch eine Anpassung der Arbeitsorganisation Veränderungen und vereinzelt dadurch auch Verschlechterungen für Freie ergeben. Bei *Radio Bremen* hat man dies durch eine Regelung aufgefangen, die 80 Prozent des Vor-Corona-Einkommens garantierte. Zudem hat die Pandemie im Rundfunkbereich zu Reorganisationen und teilweise auch zur Rationalisierung geführt, etwa durch den verstärkten Einsatz von Smartphones anstelle von Kamera-Teams.

## 8 Die (zukünftige) Rolle der Freien bei den Print-Medien

Die Zahlen zu der Beschäftigung von Freien seit 2019, die uns aus dem Zeitungsbereich übermittelt worden sind, geben – zusammen mit der Interpretation, die wir dazu in den Interviews erhielten – zugleich einen Einblick in Strategieansätze, die sich nicht nur für die Beschäftigung von Freien, sondern für das Produkt ‚Regionalzeitung‘ im Ganzen eröffnen.

Alle vier Zeitungsredaktionen, die wir um diese Zahlen gebeten hatten, übermittelten uns Werte, die bei aller Unterschiedlichkeit eine gemeinsame Struktur offenbarten.

### **Verlage beschäftigen nur wenige Pauschalist\*innen.**

Die Verlage beschäftigten jeweils nur einige wenige Personen (im mittleren oder niedrigen einstelligen Bereich) aus der Gruppe, die wir oben als Pauschalist\*innen klassifiziert haben. In der Gruppe derer, die wir oben als Gruppe von freien Freien und Hobby-Freien zusammengefasst hatten (wobei wir mit unseren Möglichkeiten nicht ausmachen konnten, wie viele innerhalb dieser Gesamtgruppe zu der jeweils einen oder der anderen Teilgruppe gerechnet

werden mussten), waren die genannten Zahlen dagegen im oberen zweistelligen oder sogar deutlich im dreistelligen Bereich. Die freien Freien und die Hobby-Freien machen also ein Vielfaches derjenigen Freien aus, die in einer mehr oder minder festen Bindung an das jeweilige Blatt arbeiten (vgl. für eine grundlegende Darstellung Moenikes 2001, später auch Steindl et al. 2018; 2019). Und für diesen Sachverhalt erhielten wir aus verschiedenen Redaktionen eine übereinstimmende Erklärung – mit auseinanderlaufenden Schlussfolgerungen für die Zukunft.

Es gab bei mehreren Interviewpartner\*innen eine klare Vorstellung davon, dass man diese große Zahl von Freien für die Berichterstattung in der Fläche braucht. „[W]ir können das mit Festangestellten überhaupt nicht auffangen. Wir sind auf sie angewiesen, wenn wir in der Fläche berichten. Auch über Ereignisse, die wir nicht so hoch hängen, dass gleich der Bürgermeister da auftaucht oder so, oder die so eine Bedeutung haben. Sondern es sind manchmal wirklich Meldungen. Es ist Ergebnisberichterstattung, ganz oft vor allem im Sport, bei der Kultur in der Fläche sind es Veranstaltungen, am Wochenende oft, wo Freie eingesetzt werden. [...] Auch wenn wir noch eine Stelle hätten, wäre das nicht zu leisten, wenn am Sonntag

fünf Fußballspiele sind, in einer niedrigeren Klasse, kann ja keiner sich mal eben hin und her beamen. Sondern da sitzen fünf verschiedene Kollegen, die das aufschreiben. Das ist nicht zu schaffen ohne Freie. [...]. Und natürlich, manche Zeitungen machen das, man kann sich bewusst entscheiden, zu sagen, wir schaffen das nicht mehr oder es wird nur noch online gemacht oder die Vereine machen das selber. Aber das ist bei uns im Moment nicht vorgesehen“ (Betrieb 4). Um den Leser\*innen ein umfassendes Angebot zu machen, sei im Verlag die Situation der Krise auch nicht genutzt worden, um der Redaktion die Honorarmittel zu kürzen, aus denen die Freien beschäftigt worden sind (Betrieb 4).

Diese Analyse wurde von Betrieb 8 und 10 geteilt: „Die große Zahl der Freien sind solche, die vor allem in der Region mit der Berichterstattung über lokale Ereignisse beschäftigt waren, also Vereinsleben, kulturelle und andere Veranstaltungen, Jubiläen, Eröffnungen usw. In der Regel haben diese Personen keine journalistische Ausbildung, sondern sind Hobbyjournalisten, also Rentner, Schüler, manche Lehrer und ‚Vergleichbares‘“ (Betrieb 8). Viele von ihnen seien nur in einem geringen Umfang in dieser Funktion tätig und so gut wie niemand aus dieser Gruppe lebe von dieser Tätigkeit. Diese Fläche, in der die Zeitung eine Reihe von Lokalausgaben habe, könne nur mit dem festen redaktionellen Personalbestand gar nicht bearbeitet werden. Das Haus gibt nach Einschätzung der Redaktion relativ viel Geld für Freie aus.

**„Die große Zahl der Freien sind solche, die vor allem in der Region mit der Berichterstattung über lokale Ereignisse beschäftigt waren.“**

Seitens der Redaktion des Betriebs 4 wurde die Analyse mit einer Aussage abgeschlossen, die eine eindeutige Strategie mindestens für die nähere Zukunft enthielt: „Diese Freien sollen später wieder beschäftigt werden [...] Wo es wieder anfängt, fangen die auch wieder an zu arbeiten; [...] für uns ist eigentlich das Ziel, dass wir den Status Quo von vor der Pandemie wieder herstellen“ (Betrieb 4).

Im Betrieb 8 war man, was diese Frage angeht, deutlich vorsichtiger und zeigte sich hinsichtlich einer künftigen Strategie noch offen. Auch Betrieb 10 äußerte sich zurückhaltend: Die künftige Struktur und Ausrichtung, von der auch die Beschäftigung von Freien abhängt, werde zurzeit intensiv diskutiert.

Im Betrieb 8 betonte man, die weitere Entwicklung sei im Moment nicht vorhersehbar, es sei unklar, in welche Richtung sie gehen werde. Auf der einen Seite sei man der Auffassung, dass der Zeitung die Freien fehlen, dass man viel zu wenig habe und man freue sich über jede\*n, den bzw. die man gewinnen könne. Auf der anderen Seite sei ja jetzt vieles, vor allem an lokaler Ter-

minberichterstattung, was früher von den Freien wahrgenommen wurde, weggefallen und durch Beiträge anderer Art und Thematik ersetzt worden. Durch diese neuen Inhalte, die Festangestellte entwickelt hätten, sei auch die Qualität des Blattes verbessert worden (Betrieb 8). Daran seien weitergehende Überlegungen angeknüpft worden, die die künftige Strategie betreffen: die Idee, zur thematischen Konzentration und Qualitätsverbesserung weitgehend auf Hobby-Freie zu verzichten und überwiegend Festangestellte zu beschäftigen.

### **Verzicht auf Hobby-Freie zur künftigen Qualitätsverbesserung**

Auch könne mittlerweile, nämlich beim E-Paper, gesehen werden, was gelesen und was nicht gelesen werde. Das habe die Kenntnis davon verbessert, welche Themen von den Leser\*innen in der Online-Ausgabe wahrgenommen werden. Zum Beispiel habe sich herausgestellt, dass eine Berichterstattung im Nachgang über große Veranstaltungen, die früher immer für wichtig gehalten wurde, in der Realität gar keine hohe Lesequote aufweise. Das Gegenteil gelte – das sei allerdings keine neue Erkenntnis – bei Geschichten über Personen und der „Geschichte dahinter“. In der Folge werde jetzt in der Redaktion diskutiert, inwieweit man wieder zur alten Anlass-Berichterstattung zurückgehen sollte – oder eben nicht. Und das könne dann natürlich

Auswirkungen auf die Beschäftigung derjenigen Freien haben, die bisher die Termine besetzt haben, die möglicherweise künftig aus inhaltlichen Gründen weniger oder gar nicht mehr besetzt werden (Betrieb 8).

Eine vergleichbare Überlegung wird auch in Betrieb 2 angestellt. Ob aus der Tatsache, dass jetzt keine Berichte über Stadtteilveranstaltungen mehr erschienen sind, der Schluss gezogen werde, dass man auch künftig darauf verzichten werde, könne noch nicht gesagt werden. Wichtig werde sein, wie sich das Werbevolumen entwickelt. Wenn das – was intern stark bezweifelt wird – wieder auf das frühere Niveau steige, dann könne es so sein, dass auch die Berichterstattung wieder dahin zurückkehren wird. Ansonsten ist schon lange hinterfragt worden, „ob der Aufwand, den wir da (in der lokalen Berichterstattung, d. V.) treiben, sich tatsächlich für uns lohnt, oder ob wir vielleicht sogar eine bessere Zeitung machen, wenn wir uns auf Themen konzentrieren, die für mehr Leute interessant sind, ob wir also nicht mit weniger Personalaufwand mehr erreichen“ (Betrieb 2). Die Stadtteil Ausgaben schluckten sehr viel Arbeitskraft, wenn man für jeden Stadtteil die Sachen immer wieder neu erfinde. Das würde bedeuten, entweder die Zahl der Stadtteil Ausgaben zu reduzieren oder überhaupt die Stadtteilebene zu verlassen und mehr auf die Stadtebene zu gehen; das Blatt würde dann weniger lokal. Ereignisse würden dann berichtet, wenn sie für einen größeren Leser\*innenkreis auch über die unmittelbare lokale Betroffenheit hinaus eine Bedeutung haben.



Und wenn nicht, dann würde eben nicht berichtet und zwar auch da nicht, wo der lokale Bezug existiere. „Das Blatt würde weniger kleinteilig. Dieser Gedanke ist schon früher überlegt worden, für die Umsetzung hat die Pandemie als Katalysator gewirkt“ (Betrieb 2).

Die Frage, ob es umgekehrt eine Strategie sein könnte, Festangestellte durch freie Journalist\*innen zu ersetzen, weil Freie grundsätzlich weniger Geld kosten, würde man nach Auffassung von Betrieb 8 zunächst einmal grundsätzlich mit „ja“ beantworten. Sie sei aber, wenn man genau hinsehe, nicht so einfach, wie es scheine. Zu berücksichtigen sei zum Beispiel das gesamte Gehaltsniveau eines Betriebs, ob er tarifgebunden sei oder nicht, welches die Altersstruktur der Beschäftigten sei und wie sich die journalistische Qualität der Redaktion finanziell auf die Nachfrage nach dem Blatt auswirke. Das letztere sei das viel Gravierendere: „Wir werden zunehmend Probleme bekommen, gute hauptamtliche, hauptberufliche Journalist\*innen zu finden und an uns zu binden, weil PR-Agenturen, Werbeagenturen und sogar der Öffentliche Dienst inzwischen besser bezahlen.“

„Es hat hier zwei Fälle gegeben, wo gute Redakteure als Pressesprecher in den lokalen Öffentlichen Dienst gewechselt sind, gar nicht mal so gut bezahlt, aber das hat sicher auch was mit Sicherheit und regelmäßigen Arbeitszeiten zu tun. Dabei bieten wir sichere Arbeitsplätze, denn wir brauchen Lokalredakteur\*innen. Das ist ein generelles Problem unserer Branche. Bis

vor kurzem hatten wir auch Probleme, unsere Volontariatsstellen zu besetzen, jetzt stellen wir wieder ein“ (Betrieb 8).

**„Wir werden zunehmend Probleme bekommen, gute hauptamtliche, hauptberufliche Journalist\*innen zu finden und an uns zu binden.“**

Betrieb 8 verweist außerdem darauf, dass man bisher keine Rückmeldungen habe, die einen Zusammenhang von Berücksichtigung des eigenen Lebensraumes in der Berichterstattung und Bezug der Zeitung herstellt. Aussagen wie: „Wenn aus unserem Dorf oder unserem Verein oder unserer Nachbarschaft nicht mehr berichtet wird, dann bestellen wir die Zeitung ab“, seien nicht bekannt. „[D]as gibt’s bestimmt, aber wir sind ja sowieso anders als andere [...] wir machen ja schon viel weniger Berichterstattung, wir haben da einfach gesagt, wir sind eine andere Zeitung, wir verstehen uns nicht als ..., zu jeder Jahreshauptversammlung traben und dann hören, was die da gesagt haben, obwohl das nur die Mitglieder der Jahreshauptversammlung oder die Teilnehmer lesen“ (Betrieb 8).

Zu einer vergleichbaren Schlussfolgerung kommt man in Betrieb 2. „Nimmt man die Reaktionen der Leser\*innen als Maßstab, dann hat kaum jemand bemerkt, dass ein Wechsel in der Bearbei-

tung stattgefunden hat. Jedenfalls hat es keine Protestwelle gegeben, die gefragt hat: ‚Warum berichtet Ihr nicht mehr über meinen Verein?‘ Das mag allerdings auch damit zusammenhängen, dass auf der Ebene einfach auch weniger passiert ist, was den Leuten ja auch nicht entgangen war. Wenn keine Veranstaltungen stattfinden, kann auch darüber nicht berichtet werden und dann fehlt das auch keinem“ (Betrieb 2).

### **Der Rückzug aus den lokalen Bereichen der Region – ein strategischer Fehler?**

Diese Überlegung hält man allerdings bei der Gewerkschaft ver.di/dju für einen grundlegenden Fehler, der seinen Ursprung in einem Widerspruch in der übergreifenden geschäftlichen Strategie der Verlagshäuser habe (Interview Hofmann/von Fintel 2021): Diese versuchten Dienstleistungen aufzubauen, bei denen die Zeitung nicht mehr der allein entscheidende und möglicherweise auch nicht mehr der maßgebliche Faktor sei. Dazu werde eine Wachstumserwartung ausgegeben, bei der das digitale Geschäft in kurzer Zeit um ein Vielfaches gesteigert werden soll. Gleichzeitig streiche man das Lokale und das Regionale in den Zeitungen. Der Journalismus habe aber gerade im

Zeitungsbereich seine lokale und regionale Verankerung. Das werde auch ein werthaltiger und für Leser\*innen attraktiver Abo-Stoff sein, weil nur das etwas ist, was es anderswo nicht gibt. Es sei ein Alleinstellungsmerkmal der Tageszeitungen und könne auch nicht durch andere Dinge ersetzt werden. Als Zeitungsverlag habe man dadurch ein hohes Potential, gesellschaftliche Veränderungen zu begleiten und dadurch auch Leute wieder zurückzuholen. Freie spielten dabei eine große Rolle. Es sei komplett widersprüchlich, einerseits eine Wachstumsstrategie zu propagieren und dann die Aktivitäten einzustellen, bei denen man ein Alleinstellungsmerkmal habe.

Festgehalten werden kann, dass die Zeitungen deutlich weniger Pauschalist\*innen als freie Freie und Hobbyjournalist\*innen beschäftigen. Letztere werden vor allem gebraucht, um in der Region die kleinteilige lokale Berichterstattung abzudecken, etwa im Amateursport. Während ein Betrieb diese Hobbyjournalist\*innen so schnell wie möglich wieder einsetzen möchte, überlegen andere, künftig ganz auf Hobbyjournalist\*innen zu verzichten – und auf die Teile der Berichterstattung, die bislang von dieser Personengruppe produziert wurden. Diese Überlegungen hält man bei der ver.di/dju für einen strategischen Fehler, weil die Lokalzeitungen damit ihr Alleinstellungsmerkmal aufgeben würden.

## 9 Perspektiven

Dass Steindl et al. 2018 einen Artikel über freie Journalist\*innen „Die Zukunft ist frei“ (vgl. Steindl et al. 2018) überschrieben haben, ist in Anbetracht der von ihnen präsentierten Ergebnisse etwas erstaunlich. Journalist\*innen nämlich arbeiten danach, so sie als Freie tätig sind, zunehmend prekär, ihre Verdienste sind niedrig, ihre soziale Absicherung in der Regel alles andere als ausreichend und folglich suchen sie Nebentätigkeiten außerhalb des Journalismus oder sind schon auf dem Absprung in andere Berufe.

Unsere Untersuchung hatte zwar keinen mit der Arbeit von Steindl et al. vergleichbaren Ansatz, aber durchaus ähnliche Ergebnisse. Eine gewisse Berechtigung hat der Titel dennoch, denn die Zahl der freien Journalist\*innen nahm im Verhältnis zu den Festangestellten bislang zu. Allerdings gilt das vor allem dann, wenn die sogenannten Hobby-Freien, die nicht von ihrer journalistischen Tätigkeit leben, mitberücksichtigt werden.

Doch nicht wenige Freie sind nur scheinbar Hobbyjournalist\*innen. Ihre Tätigkeit als Hobby zu bezeichnen, ist nur dann zutreffend, wenn man ausschließlich Einkommen und Arbeitszeit zählt, nicht aber das eigene Rollenselbstverständnis der Freien, den Grad des professionellen Agierens oder etwa die Ausbildung. Wobei hervorzuheben ist, dass die Einkommen, vor

allem im Print-Bereich, in der Corona-Pandemie aufgrund der reduzierten Auftragslage noch einmal drastisch gesunken sind. Wenn also die Zukunft des Journalismus in diesem Sinne frei ist, dann ist diese Zukunft vergleichsweise trist – und sie ist es insbesondere für die Freien im Printbereich. Für sie hat sich, so auch die Ergebnisse unserer Untersuchung, durch die Corona-Pandemie die Prekarität ihrer Arbeitssituation noch einmal deutlich gezeigt und zum Teil verschärft. Die Print-Redaktionen haben Kurzarbeit angemeldet, die Freien bekamen keine Aufträge mehr. Bei den ohnehin mageren Honoraren war es im Vorfeld längst nicht für alle Freien möglich, Rücklagen zu bilden. Die soziale Absicherung für die Freien ist also alles andere als zufriedenstellend. Für die Zukunft müssen hier neue Lösungen gefunden werden, etwa der Zugang zu den Sozialversicherungen auch für Selbstständige, wie von der dju gefordert (vgl. ver.di/dju 2021b).

Dass die Freien im Regelfall während der Corona-Pandemie nicht vollständig in die Knie gegangen sind, lag vor allem daran, dass die meisten von ihnen mit der Prekarität, die mit der Arbeit für Printmedien einhergeht, schon vor der Pandemie einen Umgang gefunden hatten. Einige haben sich anderweitig Einkommensquellen gesucht, etwa durch PR-Tätigkeit oder Arbeiten

außerhalb des Medienbereichs. Andere sind, recht typisch für Freie im Print-Bereich, wie auch Gewerkschaftsvertreter\*innen bestätigen, durch Familie und/oder Partner\*in abgesichert.

Freie Journalist\*innen, die ausschließlich von ihrer Arbeit für tagesaktuelle Printmedien leben, haben wir kaum antreffen können. Tendenziell orientieren sich Freie aus dem Printbereich anderweitig: Diejenigen, mit denen wir sprachen, haben entweder schon erste Schritte gemacht, um sich Perspektiven außerhalb einer Arbeit für Zeitungen zu schaffen oder sie denken mindestens über Alternativen nach. Freie Arbeit für Zeitungen wird nicht als langfristige Zukunftsoption gesehen.

Genau betrachtet, ist die freie Mitarbeit für lokale und regionale Tageszeitungen schon lange keine Option mehr, denn die Honorare sind so schlecht, dass die Arbeit häufig nicht einmal auf einem Niveau vergütet wird, das dem Mindestlohn entspricht. Ökonomisch gesehen handelt es sich für viele Freie also in der Tat um ein Hobby. Und gerade der Print-Bereich war von der Pandemie stark betroffen, da die Arbeit dieser Freien vor allem an lokale Ereignisse in der Kultur und im Sport gebunden ist, die wochenlang nicht stattfanden. Für echte Hobby-Freie (oder wenigstens für einen großen Teil von ihnen) ist das nicht weiter problematisch, denn wer lediglich neben der Rente oder neben einem laufenden Einkommen aus einem anderen Beruf gelegentlich ein wenig bei einer Zeitung dazu verdient, erlebt eine Situation, wie sie durch die Pandemie hervorgerufen wurde, zwar als

bedauerlich oder ärgerlich, aber nicht als existenzbedrohend. Problematisch wird es dann, wenn diese Freien, die von dem Einkommen, das sie über ihre journalistische Tätigkeit erzielen, ihren Lebensunterhalt oder wenigstens relevante Teile davon bestreiten wollen, von den Auftraggeber\*innen als Hobby-Freie wahrgenommen werden. Das traf durchaus auf einige der von uns befragten freien Journalist\*innen zu. Sie werden von den Betrieben auch dann häufig nicht als Journalist\*innen wahrgenommen, wenn sie hauptberuflich Journalist\*innen sind. Die Betriebe können auf diese Weise die niedrigen Honorare rechtfertigen und zudem dem Scheinselbstständigkeitsverdacht entgehen. Soweit uns die Tageszeitungen Zahlen zur Verfügung gestellt haben, wurden dort nur weniger als eine Handvoll als freie Journalist\*innen aufgeführt, mehrere dutzend bis zu dreistelligen Zahlen aber als Hobby-Freie, die auch keine journalistische Ausbildung hätten und nicht vom Journalismus lebten. Ob die dort beschäftigten Freien aber als Hobbyjournalist\*innen gelten können, ist also vor allem eine Frage der Wertung, die von den vorab gesetzten Parametern abhängt. In den einschlägigen Studien werden Journalist\*innen dann als hauptberuflich arbeitende Journalist\*innen gewertet, wenn sie mehr als die Hälfte ihres Einkommens aus der journalistischen Tätigkeit erzielen. Wie aber bezeichnen wir eine Journalistin, die neben ihrer journalistischen Ausbildung ein Studium und mehrere Jahre Berufserfahrung vorzuweisen hat, und die ihre Arbeitszeit auf Grund der aktuellen Familiensituation drastisch reduziert hat? Wäre sie beispielsweise Busfahrerin, würde

niemand auf die Idee kommen, sie als Hobby-Busfahrerin zu bezeichnen und mit einem niedrigeren Stundenlohn zu bezahlen, nur weil sie weniger Stunden arbeitet. Im Journalismus ist das anders. Bei einer solchen Profi-Journalistin, die wir befragt haben (Freie F), ist das Einkommen aus dem Journalismus nicht hoch genug, um davon leben zu können. Also hat sie sich einen weiteren Job gesucht, aber im Grunde lebt sie vom Familieneinkommen, bzw. vom Einkommen des Ehemannes. Oder handelt es sich um eine Hobbyjournalistin, nur, weil ihr seit elf Jahren der gleiche Satz gezahlt wird, 41 Cent pro Zeile? Sie müsse die Arbeit mit viel Idealismus betreiben und könne sich das lediglich leisten, weil ihr Ehemann das Geld verdiene, lautet denn auch ihre Einschätzung.

Die Medienunternehmen sehen das offenbar anders. Sie gehen davon aus, mehrheitlich Hobbyjournalist\*innen zu beschäftigen. Das machen sie etwa an der begrenzten Zahl der Beschäftigten fest, die vielen Freien würden benötigt, um kleinteilige Ereignisse in der Fläche abzubilden. Die vielen gleichzeitigen Ereignisse, etwa im Lokalsport am Wochenende, ließen sich nicht durch festangestellte Journalist\*innen abdecken, allein die Gleichzeitigkeit verhindere dies.

Doch 250 festangestellte Journalist\*innen bräuchten die Betriebe keinesfalls. Daher sei klar, dass es sich bei den Freien um Hobbyjournalist\*innen handeln würde. Auch wenn dies in vielen Fällen stimmt, werden die Freien, die eben keine Hobbyjournalist\*innen sind, hier gewissermaßen mit ‚eingemeindet‘, was zu großen beruf-

lichen Nachteilen führt. Die Zeitungen brauchen entweder die große Zahl von Hobby-Freien, um die Berichterstattung in der Fläche aufrecht zu erhalten, oder sie müssen diese Art von kleinteiliger Berichterstattung auf der lokalen Ebene aufgeben. Darüber denken einige Redaktionen zurzeit nach.

Dass damit auch einige echte Freie ihre Arbeitsmöglichkeit verlieren würden, wäre sozusagen ein Kollateralschaden. Wenn man die Freien seitens der Verlage vielfach als Hobbyjournalist\*innen ansieht, entzieht man sich damit der Verantwortung für eine faire Bezahlung. Von Seiten der Gewerkschaften und Verbände kam daher der Verweis auf die Situation in Frankreich. Hier ist die Gleichbehandlung von Beschäftigten in einem Betrieb verpflichtend. Dass man professionelle Journalist\*innen mit 41 Cent pro Zeile abspeist, nur weil sie freie Mitarbeiter\*innen sind, ließe sich über diesen Weg verhindern.

Eine Veränderung der gegenwärtigen Situation ist dringend geboten, wenn wir in Deutschland Menschen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft im Journalismus haben wollen, denn die schlechte Bezahlung verhindert den Zugang für alle, die tatsächlich von ihren Einkünften leben müssen. Es gilt dann das Fazit für den Printbereich, das sich aus unseren Gesprächen mit den Vertreter\*innen von Gewerkschaften und Verbänden ergeben hat: Freier Journalismus für Zeitungen ist das Hobby von Menschen, die ihren Lebensunterhalt anderweitig abgesichert haben; das wäre dann eine ganz neue Interpretation des Begriffs ‚Hobbyjournalist\*innen‘.

Klar ist aber, dass sich durch einen solchen Schritt die zukünftige Berichterstattung im lokalen Bereich wesentlich ändern würde. Ob weniger lokal angelegte Lokal- und Regionalzeitungen dann eher attraktiver oder eher unattraktiver werden, würde sich zeigen, wenn die Verlage diesen Schritt wirklich gehen.

Diversity im Newsroom, ein echtes Abbild der Gesamtgesellschaft in einer Redaktion, ist vor diesem Hintergrund nicht herstellbar. So werden Teile der Gesellschaft nicht abgebildet und damit auch nicht mehr erreicht. Dadurch entsteht dann eine Dynamik, die – bezogen auf die Entwicklung der Demokratie – für ernste Probleme sorgen könnte.

Die soziale Situation für die Freien beim Rundfunk stellt sich anders dar. Bei den untersuchten privaten Fernsehsendern arbeiten kaum freie Mitarbeiter\*innen. Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist die Situation für die Freien in der Corona-Pandemie wesentlich besser gewesen als bei den Zeitungen. Auch hier gilt allerdings, dass diejenigen, die nicht sehr eng an eine Redaktion angebunden sind, mehr Schwierigkeiten durch die Pandemie hatten, als diejenigen die einen Status als sogenannte arbeitnehmerähnliche (feste) Freie haben. Die Landesrundfunkanstalt hat relativ schnell eine Formel gefunden, um die arbeitnehmerähnlichen Freien abzusichern und ihr Einkommensniveau einigermaßen stabil zu halten. Durch die pandemiebedingte Veränderung der Arbeitsstrukturen haben einige freie Mitarbeiter\*in-

nen tatsächlich sogar mehr verdient als vor der Corona-Phase, andere haben allerdings auch weniger verdient.

Die Veränderungen, die sich für die journalistischen freien Mitarbeiter\*innen im Rundfunk ergeben haben, bezogen sich im Fernsbereich auf die verstärkte Nutzung einfacher Technik, etwa von Mobiltelefonen, die vermehrt für die Produktion eingesetzt wurden. Der Einsatz sogenannter MoJos ist in der Pandemie häufiger vorgekommen als vorher. Das bedeutet einen Einschnitt vor allem für Kameraleute. Ob sich die MoJos am Ende durchsetzen, ist allerdings noch nicht ausgemacht. Vermutlich werden sie eher in Situationen eingesetzt, in denen es weniger um die Bildqualität geht, als darum, schnell eine Nachricht zu bebildern. Seitens der Redaktionen wurde uns gegenüber jedenfalls darauf hingewiesen, dass Kameraleute über Qualifikationen verfügen, die andere nicht ohne weiteres haben, die aber weiterhin benötigt werden. Zudem haben die Redaktionen schon bei der Einführung von Videojournalist\*innen (VJs) die Erfahrung gemacht, dass es häufig sehr gewinnbringend ist, im Fernsbereich ein Team einzusetzen statt einer Einzelperson, die als VJ alle Anforderungen gleichzeitig erfüllen muss. Man kann allerdings davon ausgehen, dass die in diesem Bereich gemachten Erfahrungen dennoch in die künftige Redaktionsarbeit eingehen werden. Hier hat sich eine Entwicklung beschleunigt und verstärkt, die es schon länger gibt und die dazu führen wird, dass perspektivisch etwa weniger Kameraleute und Cutter\*innen beschäftigt werden.

Die meisten Veränderungen bezogen sich aber auf das soziale Miteinander und die durch Corona veränderten Arbeitsbedingungen, die die Arbeit insgesamt oft anstrengender gemacht haben und unterscheiden sich damit nicht von Belastungen, die für viele Bereiche der Arbeitswelt zum Tragen kamen.

Insgesamt ist die Rolle des Journalismus in den elektronischen Medien während der Pandemie wichtiger geworden. Die privaten Anbieter haben ihren Nachrichtenbereich gestärkt, die öffentlich-rechtlichen Sender stellten in der Pandemie ebenfalls ein großes Informationsbedürfnis fest. Dem wurde, etwa durch Formate wie dem ‚Coronavirus-Update‘, das der NDR anbot, auch Rechnung getragen. In der Landesrundfunkanstalt hat man während der Pandemie weitgehend das normale Programm gesendet, was einerseits mit der Gebührenfinanzierung und andererseits mit dem öffentlich-rechtlichen Auftrag zusammenhängt. Daher wurden die Freien auch weiterhin benötigt.

Für die Zukunft ist das aber keine Absicherung. Denn wenn sich die wirtschaftliche Situation der Rundfunkanstalten verschlechtert, dann können diese die Freien jedes Jahr etwas weniger einsetzen, ein Ende des wirtschaftlich Tragbaren ist dann für einzelne Mitarbeiter\*innen

schnell erreicht. Dass mehr Journalist\*innen fest angestellt werden, um auch in diesem Bereich die soziale Absicherung zu verbessern, ist derzeit nicht möglich, weil die Vorgaben der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) dies verhindern. Und dass sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert, ist nach den Erfahrungen des Sommers 2021, als das sachsen-anhaltinische Landesparlament den Staatsvertrag nicht abstimmte, durchaus vorstellbar<sup>16</sup>. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, und vor allem seine finanzielle Ausstattung, sind immer wieder in der Diskussion und nach wie vor durch eine relativ große Abhängigkeit von der Politik geprägt.

Dies zukunftsicher so zu gestalten, dass politische Einflüsse nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität außen vor bleiben, hat die Politik bisher versäumt. Dabei wäre eine solche Absicherung gerade als Schutz vor autokratischen Ambitionen in der Politik absolut essentiell.

Praktisch alle Journalist\*innen, mit denen wir gesprochen haben, wiesen darauf hin, dass es sicher viele Menschen gebe, denen es deutlich schlechter gehe als ihnen; das galt ausdrücklich auch für die Freien aus dem Print-Bereich. Sogar bei Journalist\*innen, die durch die Pandemie

---

<sup>16</sup> Der Medienstaatsvertrag wird regelmäßig angepasst, die Parlamente der Länder müssen dem jeweils zustimmen. Zuletzt hatte das Land Sachsen-Anhalt die notwendige Abstimmung im Parlament nicht vorgenommen, da der Ministerpräsident davon ausging, dass das Parlament den Staatsvertrag mit den Stimmen von CDU und AfD ablehnen würde. Die Rundfunkanstalten haben dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt; dieses hat zugunsten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten entschieden.



große Einbußen hatten, tauchte dieses Motiv auf. Einige haben aus diesem Grund gezögert, Hilfen zu beantragen. Die Hilfen wurden insgesamt sehr unterschiedlich bewertet. Grundversicherung wurde nicht als Alternative gesehen. Eher, so eine Einschätzung, leihe man sich Geld von Verwandten. Positiv wurde in Bremen die Hilfe aus dem Bremen-Fonds bewertet, die allerdings nur über einen sehr kurzen Zeitraum zu beantragen war. Denn obwohl diese Hilfen gut funktioniert haben, hat man sie relativ schnell an die auf Bundesebene geltenden Bewilligungsbedingungen angepasst und damit ihrer Wirkung für die Soloselbständigen beraubt.

Erstaunlich war, dass der Ruf nach größeren oder mehr Hilfen auch auf Nachfrage recht verhalten war. Die Freien aus dem Rundfunkbereich mit denen wir sprachen, betonten alle, sie hätten keine weitere Unterstützung benötigt. Die Freien aus dem Printbereich haben auf die Frage nach Vorschlägen für eine generell bessere Absicherung von freien Journalist\*innen vor allem auf die viel zu schlechten Honorare hingewiesen.

Sehen wir die Corona-Pandemie als das Brennglas, das bisher schon vorhandene Probleme und Entwicklungen noch einmal deutlich macht und verstärkt, dann zeigt sie im journalistischen Bereich noch einmal das Gespenst eines Endes des freien Journalismus im Bereich der Printmedien am Horizont.

Die Entwicklungen während der Pandemie haben deutlich gezeigt: Wenn wir als Gesellschaft Wert auf freien Journalismus im lokalen Bereich

legen, was in vielen Bereichen gleichbedeutend mit Journalismus im lokalen Bereich insgesamt ist, dann werden wir eine andere Vergütung für diesen Journalismus, oder andere Formen der sozialen Absicherung für die Journalist\*innen benötigen. Das jetzige System zwingt freie Journalist\*innen in die Nebentätigkeit oder in Abhängigkeiten anderer Art oder es drängt sie ganz aus dem Beruf. Ein Instrument wären etwa Mindestlöhne, ein anderes die erwähnte französische Lösung einer Gleichbehandlung aller Beschäftigten in einem Betrieb. Wie auch immer eine bessere Absicherung am Ende erreicht wird, ein einfaches ‚Weiter so‘ ist keine Lösung.

Wir müssen uns als Gesellschaft generell den Fragen der Finanzierung von Journalismus, gerade auch im lokalen Bereich, stellen. Demokratien, das haben Entwicklungen in den USA, Polen oder Ungarn gezeigt, haben keinen Ewigkeitsstatus. Im Gegenteil: Es scheint eher, als gäbe es auch bei Demokratien eine Art Kipppunkt, ähnlich wie beim Klimawandel. Diesen Kipppunkt sollten wir gar nicht erst erreichen.

Der Journalismus ist sicher nicht der einzige Bereich, der wichtig ist, um antidemokratische Entwicklungen zu verhindern, aber er ist ein sehr entscheidender Baustein. Dabei kommt dem Lokaljournalismus eine sehr wichtige Rolle zu, denn gerade im Lokalen ist die Anbindung an verschiedene gesellschaftliche Gruppen möglich und nötig.

Zudem wird die Kontrollfunktion, die der Journalismus hat, im Lokalen vor allen Dingen von

den Tageszeitungen wahrgenommen. Eine amerikanische Studie aus dem Jahr 2021 zeigt, dass dort, wo es keine Lokalzeitungen mehr gibt, die Kriminalität von Unternehmen ebenso ansteigt wie die Umweltverschmutzung (vgl. Heese et al. 2021). Das ist natürlich eine amerikanische Untersuchung, die Situation in Deutschland, so ließe sich argumentieren, ist eine andere. Das stimmt auch: Wir haben bisher noch keine Region, in der es gar keine Zeitung mehr gibt und vor allen Dingen haben wir einen deutlich besser funktionierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dennoch gibt es Vergleichbarkeiten und Anzeichen dafür, dass wir gut darüber nachdenken müssen, wie wir die künftige lokale Berichterstattung organisieren möchten. Denn auch hierzulande werden Lokalredaktionen zusammengelegt, Mantelteile von größeren oder einfach anderen Redaktionen übernommen, Redaktionen ausgegliedert und verkleinert: kurz gesagt: Auch hierzulande sterben die Zeitungen, vor allem die Lokalzeitungen.

Wir werden also als Gesellschaft darüber befinden müssen, wie wir uns unser gesellschaftliches Selbstgespräch künftig vorstellen und wie wir es organisieren wollen. In der Diskussion ist dieses Problem schon lange. Bereits 2006 hat der Philosoph Jürgen Habermas in der *Süddeutschen Zeitung* für eine Art öffentlich-rechtliche Zeitung votiert (Habermas 2006). Sein damaliges Argument gilt auch heute noch: Ein Marktversagen auf dem

Gebiet des seriösen Journalismus können wir uns als Demokratie schlicht nicht leisten. Auch wenn Habermas sich vor allem auf den überregionalen Journalismus bezog, so gilt das Argument auch für die regionalen und lokalen Angebote. Ob diese Angebote noch gedruckt werden oder nicht, ist dabei weniger von Belang. Bisher spielen die Lokal- und Regionalzeitungen eine sehr wichtige Rolle, wenn es darum geht, entscheidungsrelevante Informationen zu generieren.

Wir müssen diskutieren, wie wir uns diese Aufgabe künftig vorstellen, wie sie organisiert werden kann, und wer ihre Bewältigung kontrollieren soll. Wir müssen darüber reden, wie auf der lokalen und regionalen Ebene das Zusammenspiel von öffentlich-rechtlichem und privatwirtschaftlichem Journalismus aussehen soll. Kurz gesagt: Wir müssen klären, wieviel institutionalisiertes Misstrauen wir uns künftig leisten wollen und wie wir dieses Misstrauen, auch Journalismus genannt, finanzieren wollen. Der Markt allein löst das Problem ganz offenkundig nicht. Doch statt diese Diskussion streitbar, aber mit klarem Ziel zu führen, wird gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk klein geredet und die Zeitungslandschaft ihrem Untergang überlassen. Lösungsorientierte Debatten hingegen sollten einerseits den Journalismus als institutionalisiertes Selbstgespräch, andererseits die konkreten Akteur\*innen, also auch die freien Journalist\*innen, im Blick haben. Bisher ist beides nicht der Fall.

## Literaturverzeichnis

Beck, Klaus/Reineck, Dennis/Schubert, Christiane (2010): Journalistische Qualität in der Wirtschaftskrise. Eine Studie im Auftrag des Deutschen Fachjournalisten-Verbandes (DFJV). Online unter: [https://www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/arbeitsstellen/kommunikationspolitik/media/Studie\\_Journalistische\\_Qualitaet\\_03\\_2010.pdf](https://www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/arbeitsstellen/kommunikationspolitik/media/Studie_Journalistische_Qualitaet_03_2010.pdf) (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

BJV – Bayerischer Journalisten-Verband (2020): Die Freien trifft Corona besonders hart. München, 1.12.2020. Online unter: <https://www.bjv.de/news/freien-trifft-corona-besonders-hart> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Blöbaum, Bernd/Kutscha, Annika/Bonk, Sophie/Karthaus, Anne (2011): Immer mehr und immer schneller – Journalistische Handlungen in innovativen Redaktionsstrukturen. In: Wolling, Jens/Will, Andreas/Schumann, Christina (Hrsg.): Medieninnovationen. Wie Medienentwicklungen die Kommunikation in der Gesellschaft verändern, S. 43-60. Konstanz, UVK.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (2020): Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft. Kurzfassung. Berlin. Online unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/monitoringbericht-kultur-und-kreativwirtschaft-2020-kurzfassung.html> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021): Maßnahmenpaket für Unternehmen gegen die Folgen des Corona-Virus vom 23.2.2021. Online unter: [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/massnahmenpaket-fuer-unternehmen-gegen-die-folgen-des-coronavirus.pdf?\\_blob=publicationFile&v=42](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/massnahmenpaket-fuer-unternehmen-gegen-die-folgen-des-coronavirus.pdf?_blob=publicationFile&v=42) (zuletzt abgerufen 18.8.2021).

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2022): Informationen zu Corona-Hilfen des Bundes. Online unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Coronavirus/informationen-zu-corona-hilfen-des-bundes.html> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

BMWi/BMF – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie/Bundesministerium der Finanzen (2020): Neustarthilfe. Online unter: <https://www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de/UBH/Redaktion//DE/Artikel/neustarthilfe.html> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Buckow, Isabelle (2011): Freie Journalisten und ihre berufliche Identität. Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Journalistenverbands Freischreiber. Wiesbaden, Springer VS.

Dachwitz, Ingo/Fanta, Alexander (2020): Medienmäzen Google. Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt. OBS-Arbeitsheft 103, Frankfurt a. M. Online unter: [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AH103\\_Google.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH103_Google.pdf) (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

DJV – Deutscher Journalisten-Verband (2014): DJV-Umfrage Freie Journalisten. Online unter: [https://www.djv.de/fileadmin/user\\_upload/Freidateien/Freie-Hintergrund/Zwischenbericht-Umfrage-Freie-2014.pdf](https://www.djv.de/fileadmin/user_upload/Freidateien/Freie-Hintergrund/Zwischenbericht-Umfrage-Freie-2014.pdf) (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

DJV – Deutscher Journalisten-Verband (2020a): Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die wirtschaftliche und soziale Lage der freien Journalistinnen und Journalisten (Mai 2020). Online unter: [https://www.djv.de/fileadmin/user\\_upload/Freidateien/Freie-Hintergrund/Umfrage\\_2020-Ergebnis-Freie-Corona-Krise.pdf](https://www.djv.de/fileadmin/user_upload/Freidateien/Freie-Hintergrund/Umfrage_2020-Ergebnis-Freie-Corona-Krise.pdf) (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

DJV – Deutscher Journalisten-Verband (2020b): Weiterhin kaum Hilfen für einen Teil der Freien. 16.11.2020. Online unter: <https://www.djv.de/suche/meldungen/news-weiterhin-kaum-hilfen-fuer-einen-teil-der-freien> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

DJV – Deutscher Journalisten-Verband (2020c): Freie Journalisten unter Druck. Pressemitteilung vom 28.10.2020. Online unter: <https://www.djv.de/startseite/profil/der-djv/pressebereich-download/pressemitteilungen/detail/news-freie-journalisten-unter-druck> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

DJV – Deutscher Journalisten-Verband (2020d): Tipps für Freie vom 17. April 2020. Online unter: <https://www.djv.de/startseite/info/themen-wissen/gesundheits/corona-infos-und-tipps> (abgerufen 16.8.2021).

DJV – Deutscher Journalisten-Verband (2021) Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den freien Journalismus. Bericht zu einer Umfrage des DJV im Januar/Februar 2021. Online unter: [https://www.djv.de/fileadmin/user\\_upload/Freidateien/Freie-Hintergrund/FreieumfrageDJV2021.pdf](https://www.djv.de/fileadmin/user_upload/Freidateien/Freie-Hintergrund/FreieumfrageDJV2021.pdf) (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Döbler, Yvonne (2020): Corona-Überbrückungshilfe: Zuschüsse für Handwerker in: Handwerks-Magazin 2020. Online unter: <https://www.handwerk-magazin.de/ueberbrueckungshilfe-zuschuesse-fuer-handwerker/150/401/403115> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Fromm, Anne (2015): Problem Scheinselbstständigkeit. Die Leiharbeiter des Journalismus. In: taz. Online unter: <https://taz.de/Problem-Scheinselbststaendigkeit/!5210276/> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Frühbrodt, Lutz (2016): Content Marketing. Wie „Unternehmensjournalisten“ die öffentliche Meinung beeinflussen. OBS-Arbeitsheft 86, Frankfurt am Main. Online unter: [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AH86\\_Contentmarketing\\_Fruehbrodt\\_2016\\_06\\_09.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH86_Contentmarketing_Fruehbrodt_2016_06_09.pdf) (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Artikel 5 Absatz 1. Online unter: [https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_5.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_5.html) (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Habermas, Jürgen (2006): Keine Demokratie kann sich das leisten. Süddeutsche Zeitung, Erstmals 05.05.2006. Online 2010 unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/juergen-habermas-keine-demokratie-kann-sich-das-leisten-1.892340> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Hanitzsch, Thomas/Seethaler, Josef/Wyss, Vinzenz (2019): Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Wiesbaden, Springer VS.

Hanitzsch, Thomas/Rick, Jana (2021): Prekarisierung im Journalismus. Erster Ergebnisbericht März 2021. Online unter: [https://survey.ifkw.lmu.de/Journalismus\\_und\\_Prekarisierung/Prekarisierung\\_im\\_Journalismus\\_erster\\_Ergebnisbericht.pdf](https://survey.ifkw.lmu.de/Journalismus_und_Prekarisierung/Prekarisierung_im_Journalismus_erster_Ergebnisbericht.pdf) (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Hasebrink, Uwe/Schulz, Wolfgang/Dreyer, Stephan/Kirsch, Anna-Katharina/Loosen, Wiebke/Puschmann, Cornelius/van Roessel, Lies/Schmidt, Jan-Hinrik/Schröder, Herman-Dieter (2017). Zur Entwicklung der Medien in Deutschland zwischen 2013 und 2016. Wissenschaftliches Gutachten zum Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung. Hans-Bredow-Institut. Online unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/752272/cfbc2bc28dd2a6fc33eb5f5c2a437b0/2017-06-27-medienbericht-data.pdf?download=1> (zuletzt abgerufen am 28.1.2022).

Heese, Jonas/Perez Cavazos, Gerardo/Peter, Caspar David (2021): When the Local Newspaper Leaves Town: The Effects of Local Newspaper Closures on Corporate Misconduct (July 21, 2021). Journal of Financial Economics (JFE), Forthcoming, Online unter: <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3889039> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

- Helka, Natalie (2014): Redaktionsschluss – warum Journalisten aussteigen. Eine qualitative Studie mit ehemaligen Journalisten aus dem NRW-Lokalfunk. Wiesbaden, Springer VS.
- Hohlfeld, Ralf/Müller, Philipp/Richter, Annkathrin/Zacher, Franziska (Hrsg.) (2010): Crossmedia – Wer bleibt auf der Strecke? Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Passauer Schriften zur Kommunikationswissenschaft, Band 1. Münster, Lit.
- Hörnig, Annette (1999): Stehaufmännchen mit langem Atem. In: Belz, Christopher/Haller, Michael/Sellheim, Armin: Berufsbilder im Journalismus. Von den alten zu den neuen Medien. S. 164, Konstanz, UVK
- IVW Online (2021a): Weser-Kurier Gesamtausgabe. Online unter: <https://www.ivw.de/aw/print/qa/titel/1003?quartal%5B20212%5D=20212#views-exposed-form-aw-titel-az-aw-az-qa> (zuletzt abgerufen 17.1.2022).
- IVW Online (2021b): taz. Die tageszeitung nord Bremen. Online unter: <https://www.ivw.de/aw/print/qa/titel/2354?quartal%5B20212%5D=20212#views-exposed-form-aw-titel-az-aw-az-qa> (zuletzt abgerufen 17.1.2022).
- Langer, Jörg/Dienel, Elisabeth (2019): Beschäftigte zweiter Klasse? Gute Arbeit auch für Freie. Untersuchung zur sozialen und beruflichen Situation von freien Mitarbeiter\*innen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Befragung im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Januar 2019. Online unter: <https://digital.zlb.de/viewer/resolver?urn=urn:nbn:de:kobv:109-1-15412220> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).
- Lauerer, Corinna/Dingerkus, Filip/Steindl, Nina (2019): Journalisten in ihrem Arbeitsumfeld. In: Hanitzsch, Thomas; Seethaler, Josef; Wyss, Vinzenz (Hrsg.): Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Wiesbaden, Springer VS.
- Meier, Klaus (2012): Statistisch berechnet: Im Jahr 2034 erscheint die letzte gedruckte Tageszeitung. Online unter: <https://journalistiklehrbuch.wordpress.com/2012/03/06/statistisch-berechnet-im-jahr-2034-erscheint-die-letzte-gedruckte-tageszeitung/> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).
- Meier, Klaus (2016): Crossmedialer und digitaler Journalismus. In: Meier, Klaus, Neuberger, Christoph. Journalismusforschung. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. S. 201-262. Baden-Baden, Nomos.
- Meier, Klaus (2019): DuMont, Funke und Co.: Die letzte gedruckte Zeitung erscheint 2033 – was müssen Verlage bis dahin tun? Online unter: <https://meedia.de/2019/03/19/dumont-funke-und-co-die-letzte-gedruckte-zeitung-erscheint-2033-was-muessen-verlage-bis-dahin-tun/> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).
- Meyen, Michael/Springer, Nina/Pfaff-Rüdiger, Senta (2008): Freie Journalisten in Deutschland. Berufsstruktur, Selbstverständnis, Arbeitszufriedenheit und Auftragsentwicklung 2008. Eine Online-Befragung (Vollerhebung) im Auftrag des Deutschen Fachjournalistenverbandes. Online unter: <https://www.dfjv.de/wp-content/uploads/DFJV-Studie-Freie-Journalisten-Deutschland.pdf> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).
- Meyen, Michael/Springer, Nina (2009): Freie Journalisten in Deutschland. Ein Report. Konstanz, UVK.
- Moenikes, Manuela (2001): Hobby: Journalist. Freie Mitarbeiter in lokalen Tageszeitungen. Wiesbaden, Westdeutscher.
- Neuberger, Christoph/Nuernbergk, Christian/Rischke, Melanie (2009): Crossmedialität oder Ablösung? In: Christoph Neuberger; Christian Nuernbergk; Melanie Rischke (Hg.): Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung. Wiesbaden, VS.
- Pöttker, Horst (2008): Blackbox freier Journalismus. In: Journalistik Journal. Nr. 1. 2008.

Pöttker, Horst (2018): Quo vadis Journalismus? Über Perspektiven des Öffentlichkeitsberufs in der digitalen Medienwelt. *Journalistik* 2/2018. Online unter: <https://journalistik.online/archiv/ausgabe-02-2018/> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Prantl, Heribert (2010): Selbstzensur in den Medien. Über den Hochverrat. In: *Süddeutsche Zeitung*. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/selbstzensur-in-den-medien-ueber-den-hochverrat-1.887576-0#seite-3> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Rautenberg, Kirsten (2016): *Medienwandel durch Crossmedia*. Köln, UVK.

Rinsdorf, Lars/Theiss, Laura (2020). Leidenschaftliche Amateur\*innen oder kühle Profis: Zum Integrationspotenzial der freien Mitarbeiter\*innen lokaler Tageszeitungen, in: Jürgen Gehrke/Annie Waldherr/Armin Scholl (Hrsg.): *Integration durch Kommunikation (in einer digitalen Gesellschaft)*, Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 2019 (S. 57-67). Münster: Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft e.V. Online unter: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/66416> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Rudershausen, Adrian (2020): *Kultur- und Kreativwirtschaft im Land Bremen – wenn Corona auf einen fragilen Arbeitsmarkt trifft. Branchenanalyse mit Fokus auf Rundfunksektor und Pressemarkt*. Hg. von der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen.

Schnedler, Thomas (2017): *Prekäre Arbeit im Journalismus*. Hamburg. Online unter: <https://ediss.sub.uni-hamburg.de/bitstream/ediss/6133/1/Dissertation.pdf> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Senatorin für Wirtschaft und Arbeit der freien Hansestadt Bremen (2020): „Zusätzliches Förderprogramm zur Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise“, Vorlage Nr. 20/090-I für die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit am 20.3.2020, Bremen.

Steindl, Nina/Lauerer, Corinna/Hanitzsch, Thomas (2018): „Die Zukunft ist frei!“ Eine Bestandsaufnahme des freien Journalismus in Deutschland. *Journalistik* 1/2018. Online unter: <https://journalistik.online/ausgabe-012018/die-zukunft-ist-frei/> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Steindl, Nina/Lauerer, Corinna/Hanitzsch, Thomas (2019): Die methodische Anlage der Studie. In: Hanitzsch, Thomas; Seethaler, Josef; Wyss, Vinzenz (2019): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Wiesbaden, Springer VS.

ver.di – Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (2021): Positionen der ver.di-Selbstständigen zur Bundestagswahl 2021. [https://selbststaendige.verdi.de/was-tun\\_1/++co++b73f5db2-8e19-11eb-a4de-001a4a160100](https://selbststaendige.verdi.de/was-tun_1/++co++b73f5db2-8e19-11eb-a4de-001a4a160100) (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

ver.di/dju – Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft/Deutsche Journalisten Union (2020): Grundsicherung in Corona-Zeiten. Rettungsanker für Solo-Selbstständige? 22.12.2020. Online unter: <https://selbststaendige.verdi.de/beratung/corona-infopool/++co++c6fa490a-a3fb-11ea-824a-001a4a160100> (abgerufen 18.8.2021).

ver.di/dju – Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft/Deutsche Journalisten Union (2021a): Hilfen für Soloselbstständige solidarisch gestalten. Online unter: <https://selbststaendige.verdi.de/geld/++co++c102c704-7149-11eb-b368-001a4a160100> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

ver.di/dju – Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft/Deutsche Journalisten Union (2021b): Was wir wollen. Online unter: <https://bremen.verdi.de/frauen-und-gruppen/freie-mitarbeiterinnen-und-selbststaendige> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Wagner, Anna-Lena/Möhring, Wiebke (2020): Freie im Lokalen. Wer sie sind und was sie tun. Online unter: <https://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/freie-im-lokalen-wer-sie-sind-und-was-sie-tun> (zuletzt abgerufen 28.1.2022).

Weichler, Kurt (2005): Freier Journalismus. In: Weischenberg, Siegfried; Kleinsteuber, Hans J.; Pörksen, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Journalismus und Medien. Konstanz S. 69-73, UVK.

Weischenberg, Siegfried/Löffelholz, Martin/Scholl, Armin (1993): Journalismus in Deutschland. Design und erste Befunde der Kommunikatorstudie. In: Media Perspektiven, Nr. 1, S. 21-35.

Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Journalismus in Deutschland 2005 in Media Perspektiven 7/2006 S. 346-361.

Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006a): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz, UVK.

---

### **Interviewpartner\*innen**

Buschmann, Ulf (2021): Zoom-Interview mit Ulf Buschmann, kooptiertes Mitglied im Vorstand von Freischreiber, Berufsverband für freie Journalist\*innen (bis 15.6.2021), 7.10.2021

Hirschler, Michael (2021): Zoom-Interview mit Michael Hirschler, Deutscher Journalisten-Verband e. V. (DJV) Stellv. Hauptgeschäftsführung, Referat Freie Journalist\*innen, Bildjournalist\*innen, 14.10.2021

Hofmann, Monique/von Fintel, Matthias (2021): Zoom-Interview mit Monique Hofmann, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) und Matthias von Fintel, Leiter des Bereichs Medien, Journalismus und Film der Gewerkschaft ver.di, 3.11.2021

Rose, Annette (2021): Zoom-Interview mit Annette Rose, Sprecherin Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen, 20.10.2021

Suling, Regine (2021): Zoom-Interview mit Regine Suling, Vorstand Deutscher Journalist\*innenverband e. V. Bremen, 11.10.2021



## Weitere Interviews

17 Interviews mit freien Journalist\*innen wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht mit ‚Anonym a‘, ‚Anonym b‘ etc. sondern mit ‚Freie\*r und Großbuchstaben zitiert (z. B. ‚Freier L‘).

10 Interviews mit Vertreter\*innen verschiedener Medienbetriebe bzw. Medienhäuser wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit mit ‚Betrieb‘ und Nummerierung zitiert (z. B. ‚Betrieb 7‘).

Interviewte Medienbetriebe		
1	Privater Radiosender	Betrieb 1
2	Wochenzeitung, erscheint in Bremen und wird kostenlos verteilt	Betrieb 2
3	Regionalredaktion eines privaten Fernsehsenders	Betrieb 3
4	Regionale Tageszeitung	Betrieb 4
5	Produktionsfirma	Betrieb 5
6	Regionalredaktion eines privaten Fernsehsenders	Betrieb 6
7	Landesrundfunkanstalt	Betrieb 7
8	Regionale Tageszeitung	Betrieb 8
9	Bremer Redaktion einer überregionalen Tageszeitung	Betrieb 9
10	Regionale Tageszeitung	Betrieb 10
Außerdem Daten telefonisch abgefragt, kein Interview:		
11	Lokales Kulturmagazin	Betrieb 11

### **Hinweise zu den Autor\*innen**

**Prof. Dr. Barbara Witte**, Professorin für Rundfunkjournalismus und Onlinekommunikation an der Hochschule Bremen. Lehr- und Forschungsgebiet: Praktischer Qualitätsjournalismus. Barbara Witte hat viele Jahre für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gearbeitet, bevor sie 2004 an die Hochschule Bremen berufen wurde.

**Prof. Dr. Gerhard Syben**, ehem. Professor für Arbeits-, Berufs- und Industriesoziologie an der Hochschule Bremen. Forschungsgebiet: Zusammenhang von Arbeitstätigkeit, Kompetenzanforderungen und beruflicher Bildung. Informationen auf [www.baq-bremen.de](http://www.baq-bremen.de)

**OBS-Arbeitspapiere** Infos und Download: [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

- Nr. 53 Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise  
(Marc Engelhardt)
- Nr. 52 Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD  
(Stephan Pühringer, Karl M. Beyer, Dominik Kronberger)
- Nr. 51 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen  
(Arne Semsrott, Matthias Jakubowski)
- Nr. 50 Künstliche Intelligenz und die Zukunft der Arbeit. Die digitale Transformation  
in den (sozialen) Medien (Derya Gür-Şeker)
- Nr. 49 Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook  
(Hannah Trautmann, Nils C. Kumkar)
- Nr. 48 Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode  
(Sven Osterberg)
- Nr. 47 Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten  
(Christine E. Meltzer)
- Nr. 46 Wenn Politik Presse macht. Gastbeiträge von Politiker\*innen in ausgewählten Tageszeitungen  
(Marvin Oppong)
- Nr. 45 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung  
Deutschlands fest? (Lutz Mücke)
- Nr. 44 „Alleine ist man zerbrechlich“. Perspektiven auf die Interessenvertretung von  
Arbeitnehmer\*innen in Ost und West (Simon Storcks, Jana Faus, Rainer Faus)
- Nr. 43 Streitfall Vermögenssteuer. Defizite in der Medienberichterstattung  
(Hendrik Theine, Andrea Grisold)
- Nr. 42 Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel  
(Ayline Heller, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel, Elmar Brähler)
- Nr. 41 Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters  
(Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 40 Armutszeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt (Bernd Gäbler)
- Nr. 39 Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und  
Migration in 17 Ländern (Susanne Fengler, Marcus Kreutler)
- Nr. 38 Rechte Allianzen in Europa. Wie sich NationalistInnen gegen die EU verbünden  
(Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob, Sabine am Orde [Redaktion])
- Nr. 37 Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“. Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand  
(Michael Haller)
- Nr. 36 Krimis, Kontroversen, Kochrezepte. Das Regionale in den Dritten der ARD – mit aktuellen  
Programmanalysen von rbb und SWR (Joachim Trebbe, Eva Spittka)

- Nr. 35 Agenda-Setting bei ARD und ZDF? Analyse politischer Sendungen vor der Bundestagswahl 2017 (Marc Liesching, Gabriele Hooffacker)
- Nr. 34 Demoskopie, Medien und Politik. Ein Schulterchluss mit Risiken und Nebenwirkungen (Thomas Wind)
- Nr. 33 Zwischen Fanreportern und Spielverderbern. Fußballjournalismus auf dem Prüfstand (Tonio Postel)
- Nr. 32 Unsichere Arbeit – unsichere Mitbestimmung. Die Interessenvertretung atypisch Beschäftigter (Berndt Keller)
- Nr. 31 Aufstocker im Bundestag III. Eröffnungsbilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten zu Beginn der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 30 Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag (Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde)
- Nr. 29 Lindners FDP. Profil – Strategie – Perspektiven (Michael Freckmann)
- Nr. 28 Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn)
- Nr. 27 Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen (Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler)
- Nr. 26 Aufstocker im Bundestag II. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner, Anne Beier)
- Nr. 24 #MythosTwitter. Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König, Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit. Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Animateur – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz)
- Nr. 21 Ausverkauf des Journalismus? Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong)
- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016. Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch, Julika Förster)
- Nr. 19 Bürgerbeteiligung im Fernsehen. Town Hall Meetings als neues TV-Format? (Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“. Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz)

## Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z.B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: [www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/](http://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/)

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

## Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

### Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

**Bank:** HELABA Frankfurt/Main  
**IBAN:** DE11 5005 0000 0090 5460 03  
**BIC:** HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

**Bank:** HELABA Frankfurt/Main  
**IBAN:** DE86 5005 0000 0090 5460 11  
**BIC:** HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

## Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 108**  
Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto  
**Framing in der Wirtschaftsberichterstattung**  
Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich
- **OBS-Arbeitsheft 107**  
Leif Kramp, Stephan Weichert  
**Konstruktiv durch Krisen?**  
Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106\***  
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher  
**Den richtigen Ton treffen**  
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105\***  
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk  
**Medienjournalismus in Deutschland**  
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104**  
Valentin Sagvosdkin  
**Qualifiziert für die Zukunft?**  
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103\***  
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta  
**Medienmäzen Google**  
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102\***  
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.  
**Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts**  
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101\***  
Leif Kramp, Stephan Weichert  
**Nachrichten mit Perspektive**  
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 100\***  
Tim Engartner  
**Wie DAX-Unternehmen Schule machen**  
Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus
- **OBS-Arbeitsheft 99\***  
Tobias Gostomzyk, Daniel Moßbrucker  
**„Wenn Sie das schreiben, verklage ich Sie!“**  
Studie zu präventiven Anwaltsstrategien gegenüber Medien
- **OBS-Arbeitsheft 98\***  
Lutz Frühbrodt, Annette Floren  
**Unboxing YouTube**  
Im Netzwerk der Profis und Profiteure

\* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitsheft 109

# **Erosion von Öffentlichkeit**

Freie Journalist\*innen in der Corona-Pandemie